



DESI – Institut für
Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration

Produktive Resonanzräume schaffen

Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie

Dr. Frank Gesemann, Lea Freudenberg

Berlin, Oktober 2021

Impressum

Die Autor*innen

Dr. Frank Gesemann ist Diplom-Politologe, Mitbegründer und Geschäftsführer des DESI Instituts. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Engagement und Beteiligung, Migration und Integration sowie Stadt- und Quartiersentwicklung.

Lea Freudenberg, M.A. International Relations und M.Sc. Human Geography, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am DESI Institut. Sie forscht und arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Integration, Identität und Intersektionalität sowie dem Verhältnis zwischen Menschen und verschiedenen Ebenen der Politik.

Unter Mitarbeit von

Alexander Seidel und **Leif Jannis Höfler**.

Grafische Gestaltung der Titelseite

Ellen Windmüller, Diplom-Kommunikationsdesignerin

Danksagung

Wir danken allen, die uns bei der Durchführung des Projekts unterstützt haben, insbesondere unseren Partner*innen in den fünf Untersuchungsgebieten – dem *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V.* in Berlin, der *GWA St. Pauli e.V.* in Hamburg, dem *Planerladen e.V.* in Dortmund, dem *Stadtteilbüro Prohlis* in Dresden und dem *Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung* in Düren – sowie denjenigen, die uns in Interviews und Gruppendiskussionen ihre Sicht auf die Entwicklung des Gemeinwesens und das Miteinander vor Ort geschildert haben. Danken möchten wir auch unseren Kolleginnen von der Hochschule für Angewandte Pädagogik, die einen Teil der Interviews, insbesondere in Dresden und Düren, durchgeführt haben, sowie den Interviewer*innen, die uns bei der Bevölkerungsbefragung in den fünf Gebieten unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt Dr. Anna Becker, die das Projekt beim vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung wissenschaftlich begleitet hat.

© DESI 2021

ISBN: 978-3-9821139-3-7

DESI- Schriftenreihe Nr. 4

Produktive Resonanzräume schaffen –
Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Theoretische Bezüge	5
3	Empirische Instrumente	8
3.1	Bereiche, Elemente und Handlungsebenen von Gemeinwesenarbeit	8
3.2	Wirkungsmodell „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“	10
4	Untersuchungsgebiete und Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit	12
4.1	Vorstellung der Untersuchungsgebiete.....	13
4.2	Demokratische Integration durch die Teilnahme an Wahlen	14
4.3	Zwischenfazit.....	17
5	Soziale Integration und politische Beteiligung im Stadtteil: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung	17
5.1	Soziale Integration im Stadtteil	18
5.2	Politische Beteiligung im Stadtteil.....	19
5.3	Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil	21
5.4	Statistische Zusammenhänge.....	22
5.5	Zwischenfazit.....	25
6	Ergebnisse der qualitativen Erhebungen in den Quartieren	26
6.1	Individuum: Demokratische Kompetenzen.....	26
6.2	Zivilgesellschaft: Engagement und Beteiligung	29
6.3	Kommune: Ausbau von Beteiligungsstrukturen.....	35
6.4	Zwischenfazit.....	38
7	Strategien der Gemeinwesenarbeit	39
7.1	Hamburg St. Pauli Süd: Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und politische Beteiligung in einem eigensinnigen Stadtteil.....	39
7.2	Dortmund Innenstadt-Nord: Empowerment und Dialogveranstaltungen im Ankommensstadtteil	41
7.3	Dresden Prohlis: Demokratieförderung und Quartiersentwicklung in einer Großwohnsiedlung	43
7.4	Zwischenfazit.....	45
8	Diskussion der Ergebnisse und Fazit	45
8.1	Gelingensbedingungen der Gemeinwesenarbeit.....	46
8.2	Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit	47
8.3	Weiterführende Forschungsfragen	48
9	Empfehlungen zur Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe	50
9.1	Förderung demokratischer Kompetenzen	50
9.2	Förderung von Engagement und Beteiligung.....	51
9.3	Ausbau von Beteiligungsstrukturen in der Kommune	53
10	Literatur	55

1 Einleitung

In Deutschland zeigt sich eine „neue Zerschlagbarkeit der Demokratie“ (Merkel et al. 2020: 389). Symptome sind das niedrige Vertrauen in Parteien und Politik, eine verbreitete Unzufriedenheit (vgl. Decker et al. 2019) und eine zunehmende Verhärtung antidemokratischer und rechtspopulistischer Einstellungen (siehe die Beiträge in Zick/Küpper 2021). Diese Verdrossenheit bezüglich des Funktionierens der repräsentativen Demokratie wurzelt in der komplexen Gemengelage eines tiefgreifenden sozio-ökonomischen, soziokulturellen und politischen Wandels, aber auch in realen Repräsentationsdefiziten der liberalen Demokratie. Sie manifestiert sich in sozialen Abstiegsorgen und Unsicherheitsgefühlen von Menschen sowie in gesellschaftlichen Spaltungslinien, die besonders häufig in Konflikten über die Verteilung von Wohlstand, den Umgang mit Migrationsprozessen und die Gestaltung kultureller Pluralität zu Tage treten (vgl. Schäfer/Zürn 2021; Przeworski 2020).

Ansatzpunkte für eine „Demokratisierung der Demokratie“ (Merkel et al. 2020: 405) werden zumeist in einer Kombination repräsentativer, direktdemokratischer und partizipativer Elemente gesehen (siehe zum Beispiel die Beiträge in Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014). Potenziale zur Vitalisierung der Demokratie können am besten auf der lokalen Ebene erschlossen werden, denn dort bieten sich aufgrund der Lebensnähe politischer Prozesse sowie der geringeren Distanzen zwischen Politik, Verwaltung und lokaler Bevölkerung bessere Mitwirkungsmöglichkeiten (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013). Eine partizipative Demokratie mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten und Selbstwirksamkeitserfahrungen lässt sich in überschaubaren sozialen Räumen leichter als in größeren Zusammenhängen realisieren (vgl. Jörke 2019). In zunehmend zu „Laboratorien der Bürgerbeteiligung“ werdenden Städten und Gemeinden muss sich die „Vitalität und Kreativität der Demokratie“ beweisen (Deutscher Städtetag 2013: 3).

Die Suche nach wirksamen Handlungsansätzen zur Aktivierung der Bevölkerung, zur Förderung von Engagement und Beteiligung sowie zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts hat zuletzt das Interesse an der Gemeinwesenarbeit, ihren konzeptionellen Grundlagen und Potenzialen für (lokale) Demokratie wiederbelebt (vgl. Gesemann/Riede 2021; Oehler 2021; Potz et al. 2020). Eine aktive Gemeinwesenarbeit wird vielfach als ein erfolgversprechendes Instrument zur Bewältigung gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen gesehen, da diese „immer auch Arbeit an der (lokalen) Demokratie [ist]. Ihr direkter Kontakt zu zahlreichen Menschen und die vielen persönlichen Gespräche; die alltagsnahe, niedrigschwellige Förderung politischer Bildung, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und des Zusammenhalts im gemeinsamen Handeln“ können Politikverdrossenheit und Populismus entgegenwirken sowie Demokratie stärken (Stövesand 2019).

Der vorliegende Bericht knüpft an die Ergebnisse einer Studie zu den Potenzialen von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie an und bearbeitet sie weiter.¹ Mit der Fokussierung auf den Wirkungsbereich ‚Gesellschaftliche Teilhabe‘ und die Kernelemente ‚Demokratische Kompetenzen‘, ‚Engagement und Beteiligung‘ und ‚Ausbau von Teilhabestrukturen‘ sowie eine vertiefende Auswertung der qualitativen Erhebungen werden Interpretationsrahmen und Wirkungsgefüge zu Potenzialen der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie weiter differenziert und verfeinert. Für die vertiefende Analyse

¹ Die Studie „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ wurde vom *vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung* beauftragt und vom *DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration* in Kooperation mit der *Hochschule für Angewandte Pädagogik (HSAP)* durchgeführt (vgl. Gesemann/Riede 2021). Der vorliegende Bericht greift zudem auf Veröffentlichungen zurück, die nach Abschluss des Projekts entstanden sind (vgl. Gesemann/Höfler 2021; Gesemann et al. 2021a; 2021b).

wurde die Darstellung auf die drei städtischen Untersuchungsgebiete Hamburg St. Pauli Süd, Dortmund Innenstadt-Nord und Dresden Prohlis beschränkt sowie um weiteres Material ergänzt.

Im Zentrum der Analyse stehen dabei folgende Forschungsfragen:

- Wie stärkt Gemeinwesenarbeit demokratische Kompetenzen von Individuen (Werte, Einstellungen, Fähigkeiten, Wissen und kritisches Denken), die diese befähigen, sich angemessen und effektiv in das Gemeinwesen einzubringen?
- Wie fördert Gemeinwesenarbeit demokratische Potenziale zivilgesellschaftlicher Partizipation (freiwilliges Engagement, politische Teilhabe) im Stadtteil bzw. im Quartier? Wie werden soziale Resonanz Erfahrungen durch gemeinsames Handeln ermöglicht?
- Wie trägt Gemeinwesenarbeit zur Weiterentwicklung und Ausgestaltung demokratischer Beteiligungsstrukturen in der Kommune bzw. im Stadtteil (Bürger- und Quartiersräte, Bewohnerorganisationen, Mietervereine, Nachbarschaftsdialoge) bei?

2 Theoretische Bezüge

Die theoretischen Anknüpfungspunkte unserer Studie sehen wir im Demokratieverständnis von John Dewey als Lebensform, in den empirischen Arbeiten zum sozialen Kapital von Robert D. Putnam, aber auch in den normativen Begründungen einer deliberativen und partizipativen Demokratie von Benjamin Barber und Jürgen Habermas sowie im konzeptionellen Entwurf von Politik als Resonanzraum von Hartmut Rosa.

Der amerikanische Philosoph und Reformpädagoge Dewey (2011: 121) sieht in der Demokratie vor allem „eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“. Putnam (2000) zufolge sind ein hohes Maß an sozialem Kapital und eine lebendige Zivilgesellschaft wesentliche Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit und Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren. Barber (1994) entwirft eine normative Theorie einer starken Demokratie, in der Partizipation das lokale Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt und Vertrauen und Solidarität generiert. Für Habermas (1992: 443) bildet eine lebendige Zivilgesellschaft das Rückgrat einer deliberativen Politik, indem sie durch eine Bündelung gesellschaftlicher Erfahrungen und Interessen auf die institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung einwirkt.

Mit der Konzeptualisierung von „Politik als Resonanzsphäre“ erweitert Rosa (2016: 73) das Verständnis von Demokratie. Diese erfordere eine „Revitalisierung des Gemeinwohlgedankens“ und eine Ausgestaltung der „institutionellen Praktiken des politischen Handelns“, die „den Bürgerinnen und Bürgern die Erfahrung resonanzsensibler Selbstwirksamkeit auch unter den Bedingungen globaler Vernetzung“ ermöglicht (Rosa 2019: 178 f.). Resonanz lässt sich allerdings nicht einfach institutionell garantieren, sondern ist prinzipiell unverfügbar. Günstige Rahmenbedingungen lassen sich indes sehr wohl schaffen, bleiben aber ergebnisoffen (ebd.: 166f.).

„Das Gemeinwohl wird dann verfolgt und dort verwirklicht, wo es einem politischen Gemeinwesen gelingt, Resonanzbeziehungen, oder genauer: Resonanzachsen, erstens, zwischen seinen Mitgliedern, zweitens, zu den geteilten Institutionen und Praktiken der kollektiven Lebenswelt und, drittens, zur Vergangenheit und Zukunft zu etablieren“ (Rosa 2019: 163).

Greift man diese Überlegungen auf, um die Rolle der Gemeinwesenarbeit in der voraussetzungsvollen Arbeit an der Resonanzsphäre zu beleuchten, so ließe sich diese vor allem im Vermitteln und Unterstützen innerhalb der Zivilgesellschaft sowie an der Schnittstelle zwischen Institutionen und Bürgerschaft konkretisieren: Idealtypisch unterstützt die Gemeinwesenarbeit einzelne Menschen, insbesondere die eher Schweigsamen und Ungehörten, im demokratischen Einbringen ihrer Stimme. Damit ermöglicht sie (politische) Selbstwirksamkeit und achtet darüber hinaus darauf, dass das „resonante *In-Beziehung-treten*“ mehrerer Beteiligter produktive Resultate sowie gelungene Kompromisse hervorbringt und diese schließlich gehört werden (ebd.: 164ff).

Die Förderung der lokalen Demokratie muss bei der Zivilgesellschaft ansetzen, da nachbarschaftliches Miteinander und Hilfsbereitschaft, Engagement und Solidarität politisches Interesse und gesellschaftliche Teilhabe nicht nur Ausdruck einer lebendigen, partizipativen Demokratie, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren sind (vgl. Wiesner 2018: 30). Gemeinwesenarbeit kann hier einen positiven Beitrag zur lokalen Demokratieförderung leisten. Konkret zeigten sich vor allem Wirkungen auf drei Ebenen: (1) in der Förderung von Demokratie als sozialer und kultureller Lebensform, die mit einer Akzeptanz von Meinungsvielfalt und Diversität sowie einem zivilen, lernenden Umgang miteinander einhergeht, (2) in der Ermöglichung von Begegnung und Dialog sowie (3) der Förderung verschiedener Formen des gemeinsamen Handelns und der Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft. Die Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie liegen somit vor allem in der Aktivierung und Stärkung von Individuen, in der Schaffung produktiver Resonanzräume und der Entstehung sozialer Resonanzbeziehungen sowie in der Ermöglichung kollektiver Selbstwirksamkeitserfahrungen (vgl. Rosa 2016: 275).

Politische Ungleichheit als Herausforderung für lokale Demokratie

Politische Gleichheit ist ein fundamentales Qualitätsmerkmal einer lebendigen Demokratie. Alle Bürger*innen müssen die gleichen Möglichkeiten haben, „ihre Meinung zu bilden, diese frei zu äußern und sich an den politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen“ (Wagner 2019: 64). Das Ausmaß politischer Interessen und Kompetenzen, bürgerschaftlichen Engagements und politischer Beteiligung sowie ihre Wechselwirkungen mit unterschiedlichen Lebenswelten und Sozialräumen zeigt sich dabei vor allem in kleinräumigen Analysen.

„Viele Studien belegen, dass in Stadtteilen, in denen die Bevölkerung über geringe sozioökonomische Ressourcen verfügt, wenig gewählt wird. [...] Ein großer Teil von Menschen sind in diesem [demokratischen] System nicht repräsentiert, denn es gibt außerdem noch viele, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus gar nicht wählen dürfen, da gibt es eine richtige demokratische Lücke, ein großes Problem“ (Interview mit Sabine Stövesand, Professorin an der Hochschule für angewandte Wissenschaft Hamburg, 13. Juni 2019).

Die akademische und gesellschaftliche Debatte über den Zustand westlicher Demokratien ist nicht neu. Verschiedene Beiträge konstatieren „Erosionserscheinungen“ (Merkel 2015: 490) oder gar eine „Krise“ (Kuder 2019: 29) der Demokratie infolge zahlreicher globaler, nationaler und lokaler Veränderungen politischer, sozialer und ökonomischer Art. Die Autor*innen beziehen sich zumeist auf signifikante Symptome: eine niedrige Wahlbeteiligung, eine geringe Nachfrage von Parteimitgliedschaften sowie ein stetig sinkendes Vertrauen in politische Institutionen auf unterschiedlichen Ebenen (vgl. Nolte 2011: 6). Obwohl diese Ausgangslage aktuell wissenschaftlich unterschiedlich bewertet wird (vgl. u.a.

Schnur et al. 2019), stellt sie eine wichtige Grundlage für die Betrachtung der Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie dar. Dies ist im Ineinandergreifen sozialräumlicher und sozioökonomischer Problemfaktoren begründet, deren Interaktion eine potenzielle Bedrohung für die (lokale) Demokratie darstellt:

„Eine wesentliche Krisenerscheinung der Gegenwartsdemokratie besteht [...] im nachweisbaren Rückgang politischer Gleichheit. Während es für einen Teil der Bevölkerung neue Wege gibt, sich politisch zu artikulieren, nutzen andere selbst herkömmliche Beteiligungsformen immer weniger. Für die Demokratie besteht die Gefahr darin, dass die Politik sich an den Aktiven und Vernehmbaren orientiert, während die Passiven und Stillen übergangen werden“ (Schäfer 2015: 24).

Armin Schäfer (2015: 122) sieht eine deutliche Abhängigkeit der Wahlbeteiligung eines Individuums von dessen „Schichtzugehörigkeit, Einkommen und Bildung“. Nichtwählen ist daher nicht Ausdruck politischen Protests oder Desinteresses, sondern vielmehr Folge und gleichzeitig verstärkendes Element sozialer Ungleichheit. Das Problem sieht Schäfer (2015) hier in der Wechselwirkung zwischen Beteiligung und Interessenvertretung: Wer nicht an politischen Prozessen beteiligt ist, dessen*deren Interessen werden selten bis nie berücksichtigt. Dies ist besonders kritisch, da auch die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an Elementen direkter Demokratie sowie an alternativen gesellschaftlichen Beteiligungsformen stark von der Klassenzugehörigkeit des Individuums bestimmt wird. Des Weiteren führt die sozialräumliche Segregation innerhalb von (Groß-) Städten dazu, dass sozioökonomisch schlechter gestellte Stadtviertel besonders benachteiligt sind (siehe auch Schäfer/Roßteutscher 2015). Schließlich werden bisher unbeteiligte Bürger*innen durch das sogenannte republikanische Dilemma zusätzlich entmutigt, denn „je ungleicher die politische Partizipation, desto unwahrscheinlicher sind Reformen, die diese Ungleichheit beheben könnten“ (Schäfer 2015: 242); das eigene politische Engagement droht somit als irrelevant angesehen zu werden. Infolgedessen besteht eine Gefahr für die Demokratie aktuell in der voranschreitenden Öffnung der sozialen Schere, die eine gesellschaftliche Polarisierung weiter vorantreibt (vgl. Kuder 2019).

Die lokale Quartiersebene bildet für diese Dynamiken einen wichtigen Ort, da sich hier „Marginalisierung, Heterogenisierung, Gentrifizierung und Globalisierung überlagern“ (Schnur et al. 2019: 3) und repräsentative, direkte und kooperative demokratische Elemente aufeinandertreffen und Anwendung finden (vgl. ebd.: 5). Zudem lassen sich die Auswirkungen sozialer und ethnischer Segregation auf politische Beteiligung am besten in kleinräumigen Analysen identifizieren und belegen (vgl. Schäfer 2015: 150). Ein zentrales Problem ist in diesem Zusammenhang, dass Ungleichheit häufig zu segregierten Lebenswelten führt, die vielfach wenig gemeinsam haben: „Wie sollen jedoch eigene Positionen hinterfragt und möglicherweise korrigiert werden, wenn einem die Lebenswelt fremd erscheint und wenn einem Sorgen und Nöte kaum bekannt sind, die dort den Alltag prägen?“ (ebd.: 165).

Im vorliegenden Bericht wird analysiert, inwieweit eine aktive Gemeinwesenarbeit – auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene – einen Beitrag zur Stärkung lokaler Demokratie leistet, die politische Kompetenzen, soziale Resonanzbeziehungen und gesellschaftliche Teilhabe fördert.

3 Empirische Instrumente

Im Rahmen einer Vorexpertise wurden im Forschungsprojekt zwei Modelle entwickelt, die darauf abzielten, (1) die Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie differenziert nach Themenfeldern und Wirkungsebenen darzustellen sowie (2) die Wirkungszusammenhänge zwischen Gemeinwesenarbeit und Kommunalpolitik unter Berücksichtigung zentraler Einflussfaktoren lokaler Demokratie zu bestimmen. Diese Modelle wurden nach Beendigung des Projekts analytisch weiterentwickelt und teilweise auch grafisch neu konzipiert.

3.1 Bereiche, Elemente und Handlungsebenen von Gemeinwesenarbeit

Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie können vor allem in den Bereichen (A) *Förderung sozialer Integration*, (B) *Förderung von Kommunikation und Zivilität* sowie (C) *Verbesserung gesellschaftliche Teilhabe* erschlossen werden. Diese drei Bereiche umfassen wiederum jeweils drei Elemente, die sich auf die Handlungsebenen (1) *Individuum*, (2) *Zivilgesellschaft* und (3) *Kommune* beziehen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie



Förderung der sozialen Integration

Das soziale Miteinander ist in vielen Quartieren nur wenig oder gar nicht ausgeprägt, da sich im Alltag der Bewohner*innen kaum oder keine Kontaktpunkte zu anderen Gruppen und Milieus ergeben. Hierdurch wird die soziale und politische Marginalisierung auch auf sehr lokaler Ebene begünstigt. Gemeinwesenarbeit schafft Begegnungsmöglichkeiten und setzt sich für einen Austausch innerhalb der Wohnbevölkerung ein. Die so entstehenden *sozialen Netze und Identifikation mit dem Quartier* sowie begleitete *Begegnungen und Dialoge* zwischen einer Vielzahl an Menschen und Organisationen helfen, ein resilientes Gemeinwesen entstehen zu lassen, das den Ausgrenzungstendenzen entgegenwirkt. Mithilfe von ressourcenorientierten und verbindenden ortsspezifischen Strategien kann Gemeinwesenarbeit des Weiteren auch auf kommunaler Ebene die *Vernetzung und Kooperation* zwischen relevanten Akteur*innen aufbauen und stärken.

Förderung von Kommunikation und Zivilität

Eine funktionierende (lokale) Demokratie, wie auch lebendige zivilgesellschaftliche Strukturen beruhen auf einer gesunden Dialog- und Streitkultur, die den Austausch und die Diskussion unterschiedlicher Meinungen und Perspektiven nicht nur erlaubt, sondern fördert. In vielen Quartieren muss eine solche Atmosphäre zunächst gemeinschaftlich entwickelt werden. Mit ihrem aktivierenden Ansatz kann Gemeinwesenarbeit den Bewohner*innen beim Trainieren ihrer *sozialen und kommunikativen Kompetenzen* helfen. Zudem schafft sie durch professionell begleitete Veranstaltungsformate eine Plattform für Diskurse, die *Interessenausgleich und Konfliktschlichtung* ermöglichen. Auch in der Interaktion zwischen der Wohnbevölkerung und ‚offiziellen‘ Strukturen kann Gemeinwesenarbeit unterstützend wirken, indem sie *zwischen Lebens- und Systemwelten vermittelt*. Hierbei kann sie mittels einer advokatorischen Haltung eine wirkungsvolle Position einnehmen, die es artikulationschwächeren Menschen ermöglicht, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe

Die Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe wirkt sich auf verschiedenen Ebenen des sozialen Zusammenlebens aus. Gemeinwesenarbeit kann hier auf vielfältige Weise Einfluss nehmen, indem sie einzelne Menschen bei der Artikulation ihrer Anliegen und Bedarfe stärkt sowie die Entstehung von (Selbst-) Organisationen im Quartier unterstützt. So können die Bewohner*innen *demokratische Kompetenzen* ausbilden und kollektive Selbstwirksamkeitserfahrungen durch gemeinsames Handeln machen. Die Identifikation mit dem Stadtteil wird gefestigt, sodass sich *Engagement und Beteiligung* entfalten können.

Diese Entwicklungen fördern ein verändertes Selbstverständnis der Bewohner*innen, das sich nicht zuletzt in einem neuen Verhältnis zu Kommunalpolitik und -verwaltung äußern kann. Die zivilgesellschaftlichen Potenziale können durch den *Ausbau von Beteiligungsstrukturen* erschlossen werden und in demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einfließen. Da die neuen Strukturen und Prozesse anspruchsvoll und komplex sind, erfordert diese Entwicklung eine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft und Konfliktfähigkeit aller Beteiligten, wobei die Gemeinwesenarbeit unterstützend und vermittelnd auftreten kann.

Diese neun Elemente der Gemeinwesenarbeit zur Förderung lokaler Demokratie lassen sich durch Leitsätze prägnant charakterisieren:

Soziale Integration
<ul style="list-style-type: none">■ <i>Soziale Netze der Menschen und Identifikation mit dem Quartier (A1):</i> Gemeinwesenarbeit stärkt die sozialen Netze der Bewohner*innen und erhöht ihre Identifikation mit dem Quartier.■ <i>Förderung von Begegnung und Dialog (A2):</i> Gemeinwesenarbeit fördert Begegnungen zwischen Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und stärkt den sozialen Zusammenhalt im Quartier.■ <i>Förderung von Vernetzung und Kooperation (A3):</i> Gemeinwesenarbeit fördert den Aufbau und die Weiterentwicklung von Netzwerken und Kooperationsstrukturen im Quartier.
Kommunikation und Zivilität
<ul style="list-style-type: none">■ <i>Kommunikation und soziale Kompetenzen (B1):</i> Gemeinwesenarbeit fördert Kommunikationsfähigkeit und soziale Kompetenzen der Bewohner*innen.■ <i>Interessenausgleich und Konfliktschichtung (B2):</i> Gemeinwesenarbeit hilft den Konfliktparteien, unterschiedliche Interessen fair und auf Augenhöhe auszuhandeln und eine gemeinsame Lösung zu finden.■ <i>Vermittlung zwischen Lebens- und Systemwelten (B3):</i> Gemeinwesenarbeit übersetzt und vermittelt zwischen den unterschiedlichen Handlungslogiken von Lebens- und Systemwelten.
Gesellschaftliche Teilhabe
<ul style="list-style-type: none">■ <i>Demokratische Kompetenzen (C1):</i> Gemeinwesenarbeit fördert das Verständnis politischer Prozesse und stärkt den Erwerb demokratischer Kompetenzen.■ <i>Engagement und Beteiligung (C2):</i> Gemeinwesenarbeit fördert die Bereitschaft der Bewohner*innen, sich im Quartier zu engagieren und zu beteiligen.■ <i>Ausbau von Beteiligungsstrukturen (C3):</i> Gemeinwesenarbeit trägt zur Weiterentwicklung demokratischer Beteiligungsstrukturen bei und ermutigt die Bewohner*innen, sich aktiv im Quartier und in der Kommune einzubringen.

3.2 Wirkungsmodell „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“

Die Handlungsebenen der Gemeinwesenarbeit lassen sich zusammen mit den Einflussfaktoren lokaler Demokratie und der thematischen Ausrichtung einer aktiven Kommunalpolitik modellhaft in einem Wirkungsgefüge darstellen (vgl. Abbildung 2). Gemeinwesenarbeit leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie durch die Stärkung individueller Kompetenzen, die Förderung einer lebendigen Zivilgesellschaft und die Ausgestaltung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Sie fördert demokratische Kompetenzen, indem sie Menschen aktiviert und Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht. Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene fördert Gemeinwesenarbeit die Selbstorganisation von Bewohner*innen und auf kommunaler Ebene wirkt sie an der Entstehung und Verankerung von Beteiligungsstrukturen mit.

Ausprägung und Qualität lokaler Demokratie lassen sich durch Form und Stärke von sechs Determinanten bestimmt, die ein trichterförmiges Wirkungsgefüge bilden, bei dem die Komplexität schrittweise zunimmt (vgl. Ladner/Bühlmann 2007: 26f.): *Soziale Integration* beeinflusst *politisches Interesse*, das wiederum eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für *politische Kompetenz* ist. Kompetenz beeinflusst ihrerseits *Vertrauen* und *Zufriedenheit*, wobei letztere auch mit dem Grad an Vertrauen in (lokale) Politik und Politiker*innen korrespondiert. Diese fünf Kernelemente prägen schließlich die Bereitschaft der Bürger*innen, sich aktiv in politische Prozesse einzubringen. Die besonderen Potenziale der Gemeinwesenarbeit bestehen darin, dass sie durch ihre Arbeit auf allen Ebenen dieses Wirkungstrichters ansetzt.

Diese Einflussfaktoren bilden zentrale Prinzipien der Demokratie ab: Sie beschreiben erstens Aspekte einer aktiven Zivilgesellschaft (Integration, Interesse und Kompetenzen) als Grundlage einer funktionierenden Demokratie und entsprechen zweitens dem Prinzip der Responsivität (Vertrauen und Zufriedenheit), das dann realisiert ist, wenn die lokale Politik ihre Entscheidungen verantwortungsvoll im Sinne der Menschen trifft und diese mit den Ergebnissen zufrieden sind. Die Bereitschaft der lokalen Bevölkerung zu aktiver politischer Beteiligung deckt schließlich drittens das zentrale Prinzip der Partizipation ab, denn nur in einem System, das Partizipation anregt, ermöglicht und unterstützt, kann sich eine Demokratie entfalten (vgl. Ladner/Bühlmann 2007: 28).

Abbildung 2: Wirkungsgefüge Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie



Die Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie können vor allem erschlossen werden, wenn lokal verankerte Träger von der Kommune einen entsprechenden Auftrag erhalten, hierfür ausreichende Ressourcen bereitgestellt und förderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Ergebnisse unserer Studie zeigen zudem, dass eine aktive, partizipative und strategisch ausgerichtete Kommunalpolitik, zu deren Merkmalen insbesondere Stadtteilbezug, Diversitätssensibilität, Engagementförderung und Bürgerbeteiligung gehören, ein weiterer Schlüsselfaktor ist. Eine Politik, die soziale und räumliche Disparitäten ausgleicht, Integration und Teilhabe, Akzeptanz von Vielfalt sowie Engagement und Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen fördert, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in demokratische Prozesse (vgl. Gesemann/Schwarze/Seidel 2019).

4 Untersuchungsgebiete und Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit

Die kontrastierend angelegte Fallauswahl der ursprünglich fünf Untersuchungsgebiete im Rahmen der Studie (vgl. Gesemann/Riede 2021) erfolgte auf Grundlage der Bewertung unterschiedlicher Faktoren wie konzeptionelle Grundlagen und strategische Orientierungen sowie lokale Entwicklung und Verankerung von Gemeinwesenarbeit. Die empirischen Erhebungen waren multimethodisch und -perspektivisch angelegt und umfassten neben qualitativen Interviews mit Akteur*innen und Trägern der lokalen Gemeinwesenarbeit sowie zuständigen Stellen in Verwaltung und Politik auch Gruppendiskussionen mit Netzwerkpartner*innen sowie engagierten Bewohner*innen. Insgesamt wurden Interviews und Gruppendiskussionen mit über achtzig Personen durchgeführt. Quantitative Straßenbefragungen von insgesamt 603 Personen bildeten hierzu eine Ergänzung, um Anliegen der Bevölkerung in die Analyse mit einzubeziehen. Angereichert wurden diese Erhebungen durch teilnehmende Beobachtungen im Rahmen von Veranstaltungen und (geführte) Stadtteilrundgänge.

Für diesen Bericht mit der Fokussierung auf gesellschaftliche Teilhabe wurde die Fallauswahl auf drei Untersuchungsgebiete begrenzt. Im Hinblick auf die drei oben definierten Herausforderungen für lokale Demokratie ergibt sich durch diese Reduzierung ein interessantes und hochrelevantes Spannungsfeld:

- Hamburg St. Pauli Süd als Beispiel für ein Quartier mit einer stark politisierten Bevölkerung, die eine Beteiligung an politischen und kommunalen Prozessen einfordert;
- die Dortmunder Nordstadt, stellvertretend für Stadtteile mit einem vergleichsweise geringen Anteil von Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung, was die Erschließung politischer Mitbestimmungspotenziale erschwert; und
- Dresden Prohlis als Illustration der Herausforderung von Rechtspopulismus und demokratiefeindlichen Strömungen in Zusammenhang mit der politischen Aktivierung von Bewohner*innen eines Quartiers.

4.1 Vorstellung der Untersuchungsgebiete

Im Folgenden werden die drei Untersuchungsgebiete und die jeweiligen Trägerstrukturen im Bereich der Gemeinwesenarbeit vorgestellt:

Hamburg St. Pauli Süd

Das für die ursprüngliche Studie betrachtete südliche Teilgebiet des Hamburger Stadtteils St. Pauli liegt zwischen den bekannten Orientierungspunkten Reeperbahn und Landungsbrücken. Das relativ kleine Gebiet weist eine diverse Bebauungs- und Nutzungsstruktur auf, da hier Ausgekkultur und Partytourismus, neue quartiersbezogene Stadtentwicklungsprozesse sowie ein fast dörfliches Wohnambiente in (noch) nicht gentrifizierten Altbauten auf engem Raum zu finden sind. Diese Koexistenz sehr unterschiedlicher Interessen ist nicht konfliktfrei, wobei besonders die alteingesessenen Bewohner*innen des Quartiers durch die *GWA St. Pauli e.V.* in ihrer Selbstorganisation und Interessenvertretung unterstützt werden. Die Gemeinwesenarbeit trifft dabei auf eine politisierte Wohnbevölkerung, die auf eine lange, durch die Hausbesetzungen der 1980er Jahre begründete Tradition des Einforderns der Beteiligung an und Mitsprache bei politischen Entscheidungsprozessen zurückblickt.

Die Atmosphäre im Stadtteil zeichnet sich durch Solidarität und Nachbarschaftlichkeit aus; die unterschiedlichen kreativen, alternativen, studentischen und migrantischen Milieus zugehörigen Bewohner*innen schaffen so ein identitätsstiftendes Miteinander. Innerhalb dieser sozialen Gemeinschaft werden für das Quartier wichtige Themen wie Stadtentwicklung, Gentrifizierung, die Belastung durch den Tourismus, aber auch ein passender Umgang mit dem im Stadtteil präsenten Drogenhandel kontrovers diskutiert. Hieraus entwickeln sich ein starkes lokales aktivistisches Netzwerk als auch verschiedene Initiativen und Projekte, beispielsweise im Rahmen der Stadtteilkonferenz *St. Pauli selber machen* und den angegliederten Arbeitsgruppen.

Dortmund Innenstadt-Nord (Nordstadt)

Die Dortmunder Nordstadt mit ihren drei Quartieren *Hafen*, *Nordmarkt* und *Borsigplatz* stellt ein interessantes Untersuchungsgebiet in zentraler innenstädtischer Lage dar. Einerseits sind die vorhandenen sozialen und Akteursstrukturen sowie die niedrigeren Mieten für viele Menschen mit Migrationshintergrund wichtige Faktoren, die die Nordstadt zum ‚Ankommens- und Durchgangsstadtteil‘ für Stadt und Region machen. Die daraus resultierende hohe Mobilität in der Wohnbevölkerung, die nur wenige alteingesessene Bewohner*innen aufweist, und die damit verbundenen Bedarfe im Bereich des Ankommens und Einlebens stellen die breite und dicht vernetzte Akteursstruktur vor Ort vor Herausforderungen. Andererseits macht seine günstige Lage den Stadtteil für Stadtentwicklungsprozesse attraktiv, die vor allem die Quartiere *Hafen* und *Borsigplatz* prägen. Die neu entstehenden Wohnflächen sollen die Nordstadt aufwerten und zu einer weiteren Diversifizierung der ansässigen Milieus beitragen.

Die Soziale Arbeit in der Nordstadt bewegt sich in diesem Spannungsfeld zwischen sozialer Marginalisierung und (drohenden) Verdrängungsprozessen. Einige Trägerorganisationen verfolgen einen gemeinwesenorientierten Ansatz, der besonders auf die Aktivierung und das Empowerment migrantischer Milieus abzielt. Stark ausgeprägt ist dieser Anspruch im Falle des *Planerladen e.V.*, der sich neben

der Kinder- und Jugendarbeit zuletzt vor allem advokatorisch für die Zielgruppe der Neuzugewanderten aus Südosteuropa einsetzt. Daneben vertritt mit der *Stadtteil-Schule Dortmund e.V.*, die auch Träger des Quartiersmanagements ist, eine andere lokal prominente Organisation den Ansatz der Stadtteilarbeit mit einem Fokus auf Bildung und soziale Kompetenzen. Das Beispiel der *Machbarschaft Borsig11 e.V.* zeigt hingegen, dass auch ein kleinerer Akteur aus der kreativen Szene mit einem auf ‚soziale Kreativität‘, Partizipation und Begegnung ausgelegten Konzept Anklang sowie einen Betätigungsraum in der Nordstadt findet.

Dresden Prohlis

Der im Südosten Dresdens liegende Stadtteil Prohlis hat in den vergangenen fünfzig Jahren einen deutlichen Urbanisierungsprozess durchlaufen. War das Gebiet auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch eher ländlich geprägt, so führte die Errichtung einer Großwohnsiedlung zwischen 1976 und 1985 zu einer signifikanten Strukturänderung sowie einem starken Bevölkerungszuwachs. Heute weist die Prohliser Wohnbevölkerung einen hohen Anteil an älteren Menschen auf, die von der barrierearmen Infrastruktur profitieren. Hinzu kommt eine Vielzahl von Menschen, die aufgrund von Verdrängungsprozessen aus anderen Dresdner Stadtteilen in das mietgünstige Quartier ziehen.

Das im Jahr 2000 eingesetzte Quartiersmanagement unterstützt mit seinem Stadtteilbüro die Bewohner*innen in Prohlis durch Informationen und Vernetzung. Die Trägerschaft liegt bei der *KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH*, deren Mitarbeiter*innen vor Ort verschiedene Initiativen und Veranstaltungsformate entwickelt haben. Ein Großteil des Angebots wird durch Bewohner*innen in ehrenamtlicher Arbeit unterstützt. Ein Schwerpunkt dieser Aktivitäten liegt auf der Förderung des Austausches und der Begegnung zwischen verschiedenen Milieus sowie auf der Erschließung demokratischer Kompetenzen der Prohliser Bevölkerung.

4.2 Demokratische Integration durch die Teilnahme an Wahlen

In diesem Bericht wird die Interaktion zwischen Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie in diesen drei sehr unterschiedlichen Gebieten untersucht. Ein zentrales Konzept bei dieser Betrachtung stellt die demokratische Integration dar:

„Demokratische Integration [...] zeigt sich in einem hohen Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen, in einer hohen Bereitschaft, demokratische Regeln anzuerkennen und sich für das Gemeinwesen aktiv einzusetzen. Indikatoren dafür sind u.a. das zivilgesellschaftliche Engagement und das Ausmaß der Wahlbeteiligung“ (Blinkert/Klie 2019: 1f.).

Während die folgenden Kapitel vor allem den persönlichen und zivilgesellschaftlichen Einsatz der Bewohner*innen beschreiben (vgl. Kapitel 5 und 6), möchten wir hier zunächst den Stand der demokratischen Integration in den Untersuchungsgebieten anhand der Wahlbeteiligung und -ergebnisse der letzten jeweiligen Kommunalwahlen sowie der Bundestagswahl 2021 illustrieren.

Ein erster wichtiger Aspekt fällt bei der Betrachtung der jeweiligen Anteile der Wahlberechtigten an der Bevölkerung der Stadtteile ins Auge (vgl. Abbildung 3): Während bei den Kommunalwahlen rund drei Viertel (Hamburg St. Pauli und Dresden Prohlis) beziehungsweise gut die Hälfte (Dortmund Nordstadt) der Bewohner*innen wahlberechtigt sind, sinkt dieser Anteil bei der Bundestagswahl auf etwa

zwei (Hamburg St. Pauli und Dresden Prohlis) beziehungsweise ein (Dortmund Nordstadt) Drittel. Dieser Umstand, der besonders in der Dortmunder Nordstadt auffällt, lässt sich unter anderem mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Bewohner*innen ohne Wahlrecht erklären. Diese Menschen können somit an den ‚traditionellen‘ Elementen der repräsentativen Demokratie nicht teilnehmen und sehen ihre Bedarfe und Interessen daher häufig nicht in der Arbeit der gewählten Gremien berücksichtigt (vgl. Guill et al. 2020: 28ff.).

Ein weiteres Problem entsteht durch die teilweise sehr geringe Wahlbeteiligung, wie das Beispiel der Dortmunder Nordstadt weiter zeigt: Bei der letzten Wahl der Bezirksvertretung 2020 stimmte nur knapp jede*r vierte Wahlberechtigte (24,5 %) ab. Durch den bereits verhältnismäßig kleinen Anteil dieser Gruppe an der Bevölkerung des Stadtteils wurde dieses Gremium schlussendlich nur von 12,9 Prozent der Bewohner*innen der Nordstadt gewählt. Diese sehr niedrige Quote ist problematisch, da ein Großteil – hier fast 90 Prozent – der Bevölkerung nicht am Entstehungs- beziehungsweise Zusammensetzungsprozess der Bezirksvertretung beteiligt war. Auch wenn diese Situation sowohl in den anderen beiden Untersuchungsgebieten sowie generell im Hinblick auf die Bundestagswahl insgesamt weniger ausgeprägt ist, wird in keinem Fall eine Repräsentationsrate von 50 Prozent erreicht. Dieser Umstand stellt eine Herausforderung für die Frage nach der demokratischen Legitimation solcher Organe der repräsentativen Demokratie dar.

Die Wahlergebnisse in den drei Untersuchungsgebieten zeigen zudem die unterschiedlichen politischen Ausgangsbedingungen auf. In Hamburg St. Pauli heben die deutlich erhöhten Stimmanteile für die Parteien Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke bei Kommunal- und Bundestagswahlen die oben beschriebene widerständische Tradition des Stadtteils hervor. In der Dortmunder Nordstadt lässt sich ebenfalls gewissermaßen die Fortsetzung einer Tradition beobachten: Die vergleichsweise hohen Stimmanteile der SPD unterstreichen die traditionell den Sozialdemokrat*innen zugewandte Wahlkultur im Ruhrgebiet (vgl. Dinter 2019).

Die Wahlergebnisse in Dresden Prohlis unterstreichen hingegen die großen Herausforderungen, vor denen eine demokratisch orientierte Gemeinwesenarbeit und Zivilgesellschaft in diesem Stadtteil stehen.² Sowohl bei der letzten Kommunal- als auch bei der Bundestagswahl wurde die AfD in Prohlis mit Abstand stärkste Kraft (jeweils knapp unter 30 Prozent und acht bis neun Prozentpunkte vor der zweitstärksten Partei). Bei der Landtagswahl in Sachsen im September 2019 war diese Dynamik ebenfalls erkennbar: Während in Dresden mit 72,2 Prozent die höchste Wahlbeteiligung seit 1990 registriert wurde, war dieser Wert in Prohlis Süd mit 49,3 Prozent stadtweit am niedrigsten. Zugleich erreichte die AfD in Prohlis mit Werten von über 35 Prozent (Prohlis Süd: 39,1 %; Prohlis Nord: 36,8 %) ihre höchsten Stimmenanteile auf Stadtteilebene (Dresden: 20,7 %) (Landeshauptstadt Dresden 2019b).

² Auf die Notwendigkeit einer kommunalen und ressortübergreifenden Strategie der Demokratieförderung hat vor einem Jahrzehnt bereits eine Studie der Universität Bielefeld verwiesen, die für Prohlis überdurchschnittliche Werte in Bezug auf die Gefühle politischer Machtlosigkeit, die Wahrnehmung von Konflikten zwischen Gruppen sowie bei der Verbreitung fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Einstellungen gezeigt hatte (vgl. Heitmeyer et al. 2010).

Abbildung 3: Wahlergebnisse in den Untersuchungsgebieten

	Hamburg St. Pauli	Dortmund Innenstadt-Nord	Dresden Prohlis
Einwohner*innen	22.436 (2019)	59.380 (2020)	14.636 (2019)
Kommunalwahlen			
Gewähltes Gremium	Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	Bezirksvertretung Innenstadt-Nord	Stadtbezirksbeirat Prohlis
Jahr der letzten Kommunalwahl	2019	2020	2019
Wahlberechtigte	16.844	31.255	11.148
Anteil Wahlberechtigte an der Bevölkerung	75,1 %	52,6 %	76,2 %
Wähler*innen	ca. 10.157	7.663	5.372
Wahlbeteiligung	60,3 %	24,5 %	48,2 %
Anteil Wähler*innen an der Bevölkerung	ca. 45,3 %	12,9 %	36,7 %
Wahlergebnisse	GRÜNE: 40,4 %	GRÜNE: 27,0 %	AfD: 27,0 %
	DIE LINKE: 32,8 %	SPD: 26,1 %	DIE LINKE: 19,1 %
	SPD: 14,0 %	DIE LINKE: 14,6 %	CDU: 17,6 %
	CDU: 4,5 %	CDU: 9,7 %	SPD: 8,2 %
AfD: 2,8 %	AfD: 5,1 %	GRÜNE: 7,1 %	
FDP: 2,6 %	FDP: 2,4 %	FDP: 3,8 %	
Sonstige: 2,7 %	Sonstige: 15,1 %	Sonstige: 17,2 %	
	Die PARTEI: 5,3 %	Freie Wähler Dresden e.V.: 8,4 %	
	BVT: 4,7 %		
Bundestagswahl 2021 (Zweitstimme)			
Wahlberechtigte	14.792	20.511	10.196
Anteil Wahlberechtigte an der Bevölkerung	65,9 %	34,5 %	69,7 %
Wähler*innen	11.761	10.880	6.255
Wahlbeteiligung	79,5 %	53,0 %	61,2 %
Wahlbeteiligung in der Gesamtstadt	77,8 %	73,8 %	80,0 %
Anteil Wähler*innen an der Bevölkerung	53,2 %	18,3 %	42,7 %
Wahlergebnisse	GRÜNE: 42,3 %	SPD: 29,4 %	AfD: 29,0 %
	DIE LINKE: 21,1 %	GRÜNE: 23,3 %	SPD: 20,2 %
	SPD: 16,4 %	DIE LINKE: 13,1 %	CDU: 14,9 %
	FDP: 5,4 %	CDU: 10,1 %	DIE LINKE: 13,0 %
	CDU: 4,3 %	AfD: 6,2 %	FDP: 7,7 %
	AfD: 2,4 %	FDP: 5,3 %	GRÜNE: 5,3 %
	Sonstige: 8,1 %	Sonstige: 12,6 %	Sonstige: 9,9 %

Quellen: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019a, 2019b, 2019c, 2021a, 2021b; Dortmunder Statistik o.D., Stadt Dortmund 2020, 2021a, 2021b; Landeshauptstadt Dresden 2019a (berechnet auf Grundlage der Wahlbezirke 71100, 71200, 71400, 71500, 72100, 72200, 72300, 72500, 72700, 71000, 72000), 2019c, 2021a, 2021b, 2021c.

4.3 Zwischenfazit

Mangelnde Wahlberechtigung, geringe Wahlbeteiligung und hohe Stimmenanteile (rechts-) populistischer Parteien stellen eine Herausforderung für die demokratische Legitimation der gewählten kommunalen Gremien dar. Sie erschweren die Erschließung zivilgesellschaftlicher Potenziale, schwächen die Interessenvertretung der Bewohner*innen und drohen die politische Ungleichheit zuungunsten der benachteiligten Stadtteile weiter zu verstärken.

Die untersuchten Gebiete unterscheiden sich im Hinblick auf ihre demografische und sozialräumliche Struktur, zivilgesellschaftliche Engagementpotenziale und politische Teilhabechancen deutlich voneinander. Weitere Unterschiede zeigen sich bei den konzeptionellen Grundlagen, den strategischen Zielen und der lokalen Verankerung von Gemeinwesenarbeit sowie ihren Möglichkeiten, soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe im Quartier nachhaltig zu beeinflussen.

5 Soziale Integration und politische Beteiligung im Stadtteil: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung

Mit Hilfe einer Bevölkerungsbefragung wurden im Sommer 2019 grundlegende Einflussfaktoren von sozialem Zusammenhalt in den fünf Untersuchungsgebieten der ursprünglichen Studie erhoben.³ Die Befragung umfasste geschlossene Fragen zur Bewertung des sozialen Miteinanders, zur Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil, zum Engagement für das Gemeinwesen und zum Vertrauen in lokale Politik sowie eine offene Frage zu den Wünschen der Befragten zur Stärkung von Engagement und Beteiligung vor Ort. In jedem Quartier wurden mindestens 120 Menschen befragt, wobei die Selektivität der Befragten durch verschiedene Maßnahmen reduziert wurde, sodass von einer hohen Aussagekraft der Daten ausgegangen werden kann.⁴ In diesem Kapitel werden alle fünf Untersuchungsgebiete in die Analyse einbezogen, um die Ergebnisse der in diesem Bericht näher betrachteten Stadtteile Hamburg St. Pauli Süd, Dortmund Nordstadt und Dresden Prohlis besser einordnen zu können. Im Folgenden finden sich daher auch Daten aus dem Quartiersmanagement Heerstraße Nord in Berlin Spandau sowie aus Düren Nord und Düren Süd-Ost, die in der ursprünglichen Studie zur Stadt Düren zusammengefasst wurden.

Die folgende Darstellung bezieht sich auf die soziale Integration, die politische Beteiligung und die Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil in den untersuchten Gebieten. Diskutiert werden zudem statistische Zusammenhänge zwischen Antwortverhalten und soziodemografischen Merkmalen der Befragten. Die Ergebnisse vermitteln Einblicke in die Verbreitung von Einstellungen und Verhaltensweisen in den Untersuchungsgebieten. Sie verweisen zudem auf lokalspezifische Bedingungen und Herausforderungen für Stadtteilpolitik und Soziale Arbeit.⁵

³ Die Bevölkerungsbefragung wurde vom DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration im Rahmen des Projekts „Potenziale für Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie“ konzipiert und umgesetzt. Die Ergebnisse wurden im Abschlussbericht des Projekts ausführlich dokumentiert (vgl. Seidel/Gesemann 2021).

⁴ Insbesondere Befragung an verschiedenen Orten, Befragung an verschiedenen Wochentagen und zu verschiedenen Tageszeiten, situative Strategien der Zufallsauswahl von Passant*innen bei gleichzeitiger Orientierung wichtiger soziodemographischer Faktoren (Geschlecht und Altersgruppen) am Bevölkerungsquerschnitt des Stadtteils.

⁵ Zu den fünf Untersuchungsgebieten liegen Sonderberichte vor, die beim DESI angefordert werden können (vgl. Gesemann/Seidel 2021a-e).

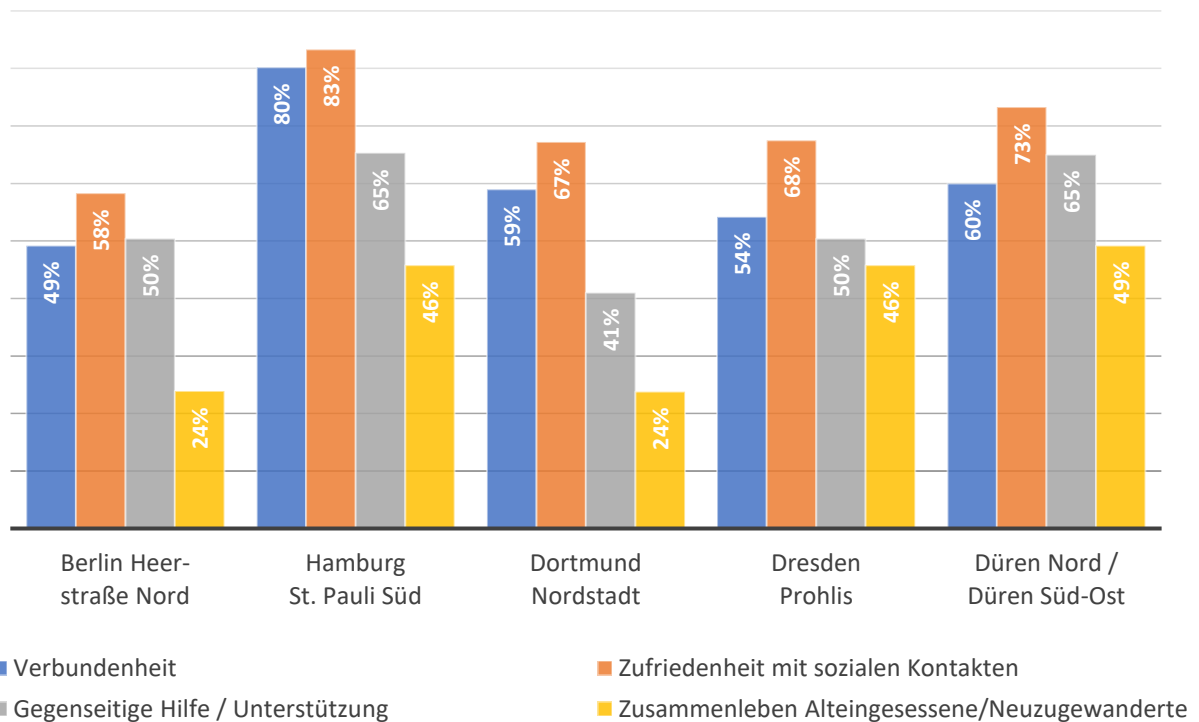
5.1 Soziale Integration im Stadtteil

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung verweisen auf funktionierende Gefüge sozialer Integration in den Stadtteilen, deuten aber auch Konflikte an. Eine Mehrheit der Befragten fühlt sich mit dem Stadtteil verbunden (60,5 %), ist mit den persönlichen Kontakten im Sozialraum zufrieden (69,9 %) und bewertet die gegenseitige Unterstützung in der Nachbarschaft positiv (54,4 %). Das Zusammenleben von Alteingesessenen und Neuzugewanderten wird dagegen nur von etwas mehr als einem Drittel der Befragten (37,6 %) positiv bewertet (vgl. Abbildung 4).

Im Vergleich der Quartiere zeigt sich allerdings eine hohe Varianz der Werte: Die Verbundenheit mit dem Stadtteil reicht beispielsweise von 80,2 Prozent in Hamburg St. Pauli Süd bis 49,2 Prozent im Gebiet Heerstraße Nord in Berlin-Spandau. Differenzen von mehr als zwanzig Prozentpunkten finden sich zudem bei den Items ‚Zufriedenheit mit Kontakten im Stadtteil‘ sowie ‚Zusammenleben von Alteingesessenen und Neugezogenen im Stadtteil‘.

Abbildung 4: Soziale Integration im Stadtteil

Anteile der Befragten, die die verschiedenen Merkmale des sozialen Zusammenlebens in ihrem Stadtteil / in der Wohngegend positiv bewerten (5er-Skala) (Angaben in Prozent, n=603)



Quelle: DESI – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung (2019)

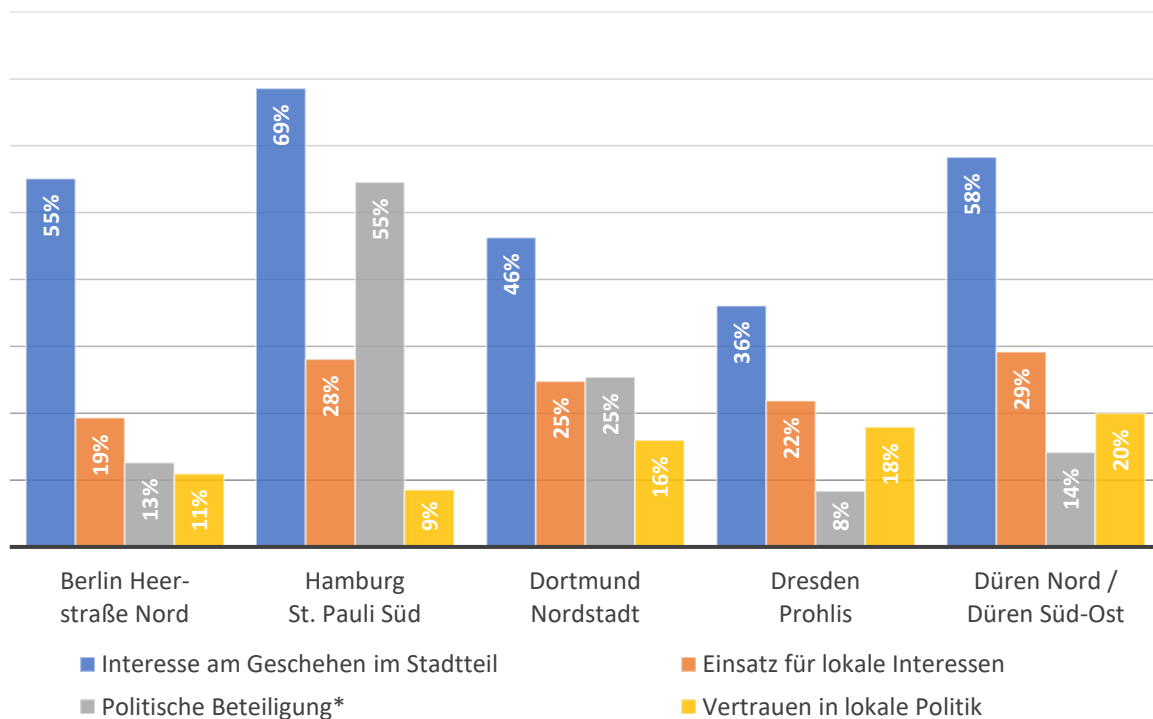
5.2 Politische Beteiligung im Stadtteil

Zu einem lebendigen demokratischen Gemeinwesen gehören demokratische Institutionen und eine „Kultur der Demokratie“, die sich im Engagement der Bürger*innen für das Gemeinwesen, in der Nutzung von Partizipationsmöglichkeiten und im Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse zeigt (vgl. Blinkert/Klie 2019).

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zeichnen ein differenziertes Bild „demokratischer Integration“ (Klie 2019) in den untersuchten Quartieren. Zwar interessieren sich etwas mehr als die Hälfte der Befragten stark für das Geschehen im Stadtteil (52,9 %), aber weniger als ein Viertel setzt sich aktiv für das Gemeinwesen ein (24,7 %). Sehr niedrig ist das Vertrauen in die (lokale) Politik (14,7 %). Im Vergleich der untersuchten Gebiete zeigen sich zudem ausgeprägte Differenzen bei einzelnen Werten und den jeweiligen Profilen. Große Unterschiede in Höhe von 30 bis 40 Prozentpunkten finden sich insbesondere bei den Items ‚Interesse am Geschehen im Stadtteil‘ und ‚Politische Beteiligung‘. Etwas geringer sind die Unterschiede zwischen den Untersuchungsgebieten in Bezug auf den Einsatz der Befragten für lokale Interessen und auch das Vertrauen in die lokale Politik schwankt stadtteilübergreifend auf sehr niedrigem Niveau zwischen etwa 10 und 20 Prozent (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Politische Beteiligung im Stadtteil

Anteile der Befragten, die die verschiedenen Merkmale der politischen Beteiligung in ihrem Stadtteil /



* Mittelwert der drei abgefragten Formen politischer Beteiligung.

Quelle: DESI – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung (2019)

Freiwilliges Engagement für den Stadtteil

Das Engagement der Bewohner*innen für ihren Stadtteil unterscheidet sich nach der Form des Engagements sowie nach dem untersuchten Gebiet. Etwa ein Viertel (24,7 %) der Befragten setzt sich nach eigenen Angaben selbst ‚sehr stark‘ oder ‚stark‘ für die Interessen ihrer Wohngegend und der dort lebenden Menschen ein und beteiligt sich an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen (22,9 %). Allerdings zeigt sich bei diesen Fragen eine Dreiteilung der Untersuchungsgebiete mit hohen (Hamburg St. Pauli Süd, Düren), mittleren (Dortmund Nordstadt) und niedrigen Engagementwerten (Dresden Prohlis, Berlin Spandau Heerstraße Nord). Trotz dieser Unterschiede können die Werte insgesamt als vergleichsweise hoch bewertet werden (siehe z. B. Gesemann/Schwarze/Seidel 2019: 97). Sie verweisen auf zivilgesellschaftliche Potenziale in den Untersuchungsgebieten, die es – auch im Rahmen einer aktiven Gemeinwesenarbeit – zu erschließen gilt.

Politische Partizipation

Knapp ein Viertel der Befragten (23,1 %) beteiligt sich in ihrem Stadtteil zumindest in einer der abgefragten Formen: Sie wenden sich mit einem Anliegen an Politiker*innen oder Gremien (6,0 %), schließen sich mit anderen in einer Gruppe zusammen, um ein bestimmtes Anliegen zu verfolgen (8,5 %), oder nehmen an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen teil (18,1 %). Im Vergleich zeigen sich allerdings erhebliche Unterschiede bei der politischen Beteiligung, die von geringen Werten in Dresden Prohlis (8,3 %), Berlin Heerstraße Nord (12,6 %) und Düren (14,2 %) über mittlere Werte in der Dortmunder Nordstadt (25,4 %) bis zu sehr hohen Werten für Hamburg St. Pauli Süd (54,5 %) reichen. Gebietsübergreifend gibt mehr als die Hälfte der Befragten (56,0 %) an, sich noch nie in irgendeiner dieser Formen engagiert zu haben.

Mit Ausnahme von Hamburg St. Pauli Süd haben große Bevölkerungsteile in den Untersuchungsgebieten nur wenige Berührungspunkte mit der lokalen Demokratie. Diese Leerstellen belegen den Mangel an demokratischer Integration auf Quartiersebene und zeigen auf, dass die vor Ort eingesetzten Instrumente demokratischer Integration erweitert und/oder weiterentwickelt werden müssen. Diese Einsicht liefert aus unserer Sicht starke Argumente dafür, die vielversprechenden Ansätze der Gemeinwesenarbeit zu stärken, um die Revitalisierung der Kultur der Demokratie vor Ort zu fördern.

Dass eine solche Entwicklung zumindest von Teilen der Bevölkerung durchaus befürwortet wird, zeigt sich in den Antworten auf die offene Frage zu den Wünschen der Befragten zur Stärkung von Engagement und Beteiligung. Jede*r zehnte Befragte (10,1 %) formuliert explizit einen Wunsch nach mehr politischen Beteiligungsmöglichkeiten, wobei etwa jede*r Sechste (16,9 %) darüber hinaus Verbesserungen auf politischer Ebene fordert.⁶ Die Antworten reichen dabei von dem Anspruch, die Politik solle „nicht weghören, sondern zuhören“ (Berlin Heerstraße Nord), über „die Einrichtung von Beteiligungsgremien“ in Form von „Nachbarschaftssitzungen/Stammtisch[en]“ oder einem „Forum für Bürgerbeteiligung“ (Hamburg St. Pauli Süd) bis hin zu der doppelten Forderung nach „mehr Eigeninitiative der Bewohner[*innen] und mehr Interesse der Politik“ (Düren). Das Spielfeld für neue Entwicklungen ist somit insgesamt sehr weit, wobei deutliche lokale Unterschiede feststellbar sind (vgl. Seidel/Gesemann 2021: 57f.).

⁶ Die häufigsten Aussagen beziehen sich auf Mängel öffentlicher Infrastrukturen und Angebote (35,5 %) oder thematisieren Wünsche wie ein „engeres Miteinander, mehr Gemeinsamkeit“ (22,1 %) (vgl. Seidel/Gesemann 2021: 57).

Vertrauen in lokale Politik

Eine der Kernfragen der Bevölkerungsbefragung beschäftigte sich mit dem Vertrauen, das die Befragten der lokalen Politik entgegenbringen. Das ernüchternde Ergebnis zeigt, dass nur 15 Prozent der Befragten ‚sehr großes‘ (1,7 %) oder ‚großes Vertrauen‘ (13,0 %) in die lokale Politik haben. Knapp die Hälfte aller Befragten zeigen hingegen nur ein ‚geringes‘ (26,5 %) oder ‚überhaupt kein Vertrauen‘ (20,8 %). Beim Vergleich der Untersuchungsgebiete zeigt sich ein bemerkenswertes Ergebnis: Hamburg St. Pauli Süd, das Gebiet, das bei allen anderen Fragen Spitzenwerte erzielt (insbesondere auch beim freiwilligen Engagement und der politischen Beteiligung im Stadtteil), weist hier den zweitniedrigsten Mittelwert und den niedrigsten Anteil der Befragten mit einem ‚sehr großen‘ oder ‚großen Vertrauen‘ in lokale Politik auf (8,5 %). Diese Zahlen unterstreichen die ausgeprägte Protestkultur im Stadtteil, bei der das Engagement eines großen Teils der Stadtteilbevölkerung in einem Spannungsverhältnis zur lokalen Politik steht.

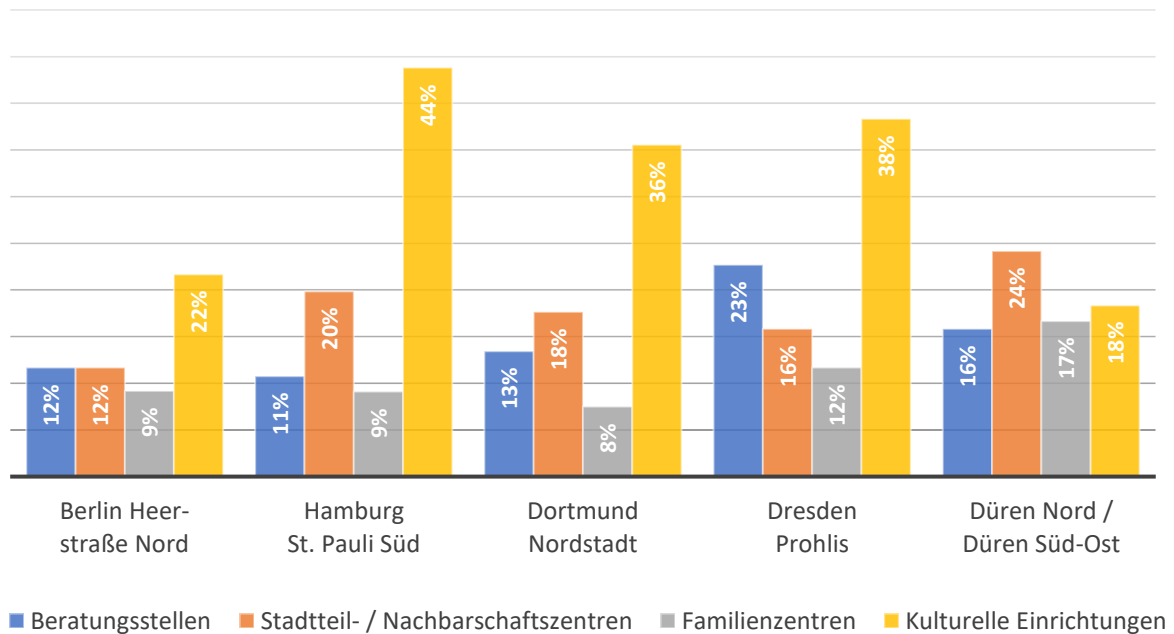
5.3 Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil

Der Grad der Bekanntheit und der Nutzung ausgewählter Einrichtungen wie Beratungsstellen, Familienzentren, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren sowie kulturellen Einrichtungen ist ein wichtiger Indikator für die Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten einer aktiven Gemeinwesenarbeit. Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zeigen allerdings, dass weniger als ein Drittel der Befragten die Einrichtungen ‚regelmäßig‘ oder ‚gelegentlich‘ nutzt (vgl. Abbildung 6). Mehr als die Hälfte bis drei Viertel der Befragten ‚kennen‘ die Einrichtungen entweder ‚nicht‘ oder ‚nutzen sie nie‘. Potenziale für lokale Demokratie können vor allem erschlossen werden, so lässt sich resümieren, wenn die Angebote der Einrichtungen im Stadtteil von möglichst vielen Bewohner*innen genutzt und durch eine aufsuchende Gemeinwesenarbeit ergänzt werden, die auf Menschen zugeht, ihre Bedarfe ermittelt und ihnen Zugänge zu Angeboten, Gruppen und Initiativen eröffnet.

Differenziert nach Untersuchungsgebieten zeigt sich eine hohe Nutzungsintensität von kulturellen Einrichtungen in Hamburg St. Pauli Süd, Dresden Prohlis und in der Dortmunder Nordstadt sowie von Stadtteil- und Nachbarschaftseinrichtungen in Düren, Hamburg St. Pauli Süd und der Dortmunder Nordstadt. Beratungsstellen werden am häufigsten in Düren und in der Dortmunder Nordstadt aufgesucht. Am seltensten werden Familienzentren genutzt, wo Anteile von über zehn Prozent nur in Düren und Dresden Prohlis zu finden sind. Die Ergebnisse zeigen, dass die Verbindung von kulturellen und sozialen Angeboten im Stadtteil ein wichtiger Anknüpfungspunkt für eine demokratiefördernde Gemeinwesenarbeit ist, die Menschen für Engagement und Beteiligung zu gewinnen versucht.

Abbildung 6: Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil

Anteile der Befragten, die die abgefragten Einrichtungen im Stadtteil „regelmäßig“ oder „gelegentlich“ nutzen (Angaben in Prozent, n=603)



Quelle: DESI – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung (2019)

5.4 Statistische Zusammenhänge

In den Fragekategorien zeigen sich teilweise signifikante Zusammenhänge mit soziodemographischen Faktoren (vgl. Abbildung 7). Die wichtigste Determinante stellt dabei die subjektive wirtschaftliche Lage der Befragten dar. Insbesondere das Vertrauen in die Politik und die Bewertung des sozialen Miteinanders im Stadtteil nehmen mit negativerer Bewertung der subjektiven wirtschaftlichen Lage ab.⁷ Gemeinwesenorientierte Angebote, vor allem Beratungsangebote, werden jedoch häufiger nachgefragt, was darauf hindeutet, dass Zielgruppen, die unter benachteiligenden Bedingungen leben, vielfach erreicht werden.

⁷ Von den Befragten, die ihre wirtschaftliche Situation als ‚schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘ bezeichnen, bewertet ein Drittel das Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Neuzugewanderten als ‚eher schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘ und über 70 Prozent zeigen nur ein ‚geringes‘ oder ‚sehr geringes Vertrauen‘ in lokale Politik.

Abbildung 7: Statistische Zusammenhänge – Soziodemografische Merkmale der Befragten

Dargestellt sind die Signifikanzniveaus teststatistischer Mittelwertvergleiche für den jeweiligen Zusammenhang (Mann-Whitney-U-Test für Geschlecht und Migrationshintergrund sowie Kruskal-Wallis-Test für Altersgruppen, wirtschaftliche Lage und Stadtteil).

Hervorgehobene Signifikanzniveaus: ■ signifikant ($p < 0,05$), ■ sehr signifikant ($p < 0,01$), ■ hoch signifikant ($p < 0,001$).

	Altersgruppen	Geschlecht	Migrationshintergrund	Wirtschaftliche Lage	Stadtteil
Verbundenheit mit dem Stadtteil	0,004	0,917	0,348	0,543	0,000
Zufriedenheit mit persönlichen Kontakten im Stadtteil	0,029	0,165	0,782	0,000	0,000
Bewertung des Zusammenlebens Alteingesessene/Neuzugezogene	0,722	0,016	0,674	0,011	0,000
Bewertung der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung im Stadtteil	0,752	0,670	0,758	0,022	0,000
Bekanntheit/Nutzungshäufigkeit von Stadtteil-/Nachbarschaftszentren	0,124	0,017	0,871	0,019	0,003
Interesse am Geschehen im Stadtteil	0,018	0,962	0,141	0,304	0,000
Persönlicher Einsatz für die Interessen der Wohngegend	0,045	0,655	0,748	0,080	0,003
Beteiligung an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen	0,408	0,050	0,250	0,020	0,000
Beteiligung am politischen Geschehen im Stadtteil	0,147	0,549	0,001	0,851	0,000
Vertrauen in die lokale Politik	0,215	0,800	0,000	0,009	0,003

Quelle: Seidel/Gesemann (2021: 56)

Starke Zusammenhänge zeigen sich zwischen der Wohndauer und dem Antwortverhalten der Befragten. Personen, die seit mehr als zehn oder zwanzig Jahren im Quartier leben, identifizieren sich stärker mit dem Wohngebiet, sind zufriedener mit ihren persönlichen Kontakten, zeigen mehr Interesse am Geschehen im Stadtteil und engagieren sich mehr für die Wohngegend, bringen aber der lokalen Politik weniger Vertrauen entgegen. Da es einen Zusammenhang zwischen Wohndauer und dem Alter der Befragten gibt, wurde diese Kategorie aber nicht in die dargestellten statistischen Zusammenhangsanalysen einbezogen.

Die Kategorie ‚Geschlecht‘ hat dagegen nur vereinzelt einen Einfluss auf die Bewertung der Fragen: So bewerten Frauen das Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen als positiver, sie nutzen etwas häufiger Stadtteil- und Nachbarschaftszentren und beteiligen sich auch etwas häufiger an Nachbarschaftsaktionen.

Ein Migrationshintergrund⁸ spielt beim Antwortverhalten der Befragten keine besonders auffällige Rolle – mit zwei bemerkenswerten Ausnahmen: Personen mit Migrationshintergrund zeigen ein

⁸ Ein Migrationshintergrund wurde in der Befragung angenommen, wenn die Befragten oder ihre Eltern in einem anderen Land als Deutschland geboren wurden.

deutlich höheres Vertrauen in die (lokalen) politischen Institutionen, beteiligen sich aber selbst sehr viel seltener am politischen Geschehen im Stadtteil. 24,0 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund, aber lediglich 9,4 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund bezeichnen ihr ‚Vertrauen in die lokale Politik‘ als ‚groß‘ oder ‚sehr groß‘. ‚Geringes‘ oder ‚überhaupt kein Vertrauen‘ in lokale Politik haben 39,2 Prozent der Menschen mit und 51,9 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund. An öffentlichen Nachbarschaftsaktionen im Stadtteil beteiligen sich jedoch nur 20,6 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund (24,3 % der Befragten ohne Migrationshintergrund) ‚regelmäßig‘ oder ‚gelegentlich‘. In irgendeiner Form politisch beteiligen sich 17,2 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund, aber 26,6 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund (vgl. Seidel/Gesemann 2021: 56).

Vergleichsweise hohe Vertrauenswerte in staatliche Institutionen zeigen sich bei Befragten mit Migrationshintergrund auch im aktuellen Integrationsmonitoring der Länder. Demnach vertraute die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2020 staatlichen Institutionen im Durchschnitt mehr als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. So vertrauten beispielsweise 86 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund der Stadt- und Gemeindeverwaltung, während der Wert bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei 81 Prozent lag. Auch der Grad des Vertrauens ist in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund höher: 33 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund und 26 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund vertrauten der Stadt- und Gemeindeverwaltung „voll und ganz“ (vgl. IntMK 2021: 160ff). Der Stadt- und Gemeindeverwaltung wird hierbei von beiden Bevölkerungsgruppen ein deutliches höheres Vertrauen als der Bundesregierung entgegengebracht, was die Bedeutung der lokalen Ebene für Strategien zur Stärkung der Demokratie unterstreicht.

Eine mögliche Erklärung für eine geringere politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund liefert eine qualitative Studie des *Göttinger Instituts für Demokratieforschung* zu Wählenden und Nichtwählenden in drei benachteiligten Göttinger Stadtteilen (vgl. Blaeser et al. 2016). Die Befragten mit Migrationshintergrund berichten über Diskriminierungserfahrungen und beklagen die Stigmatisierung des Stadtteils. Die damit einhergehende Beeinträchtigung ihrer Lebensperspektiven empfinden sie als Widerspruch zu den Aufstiegsversprechen moderner Gesellschaften. Sie betonen die Bedeutung von lokaler Politik, erleben diese aber als eher unnahbar. Den meisten mangelt es an „positiven Interaktionen“ mit lokaler Politik und viele wünschen sich mehr „diskursive Räume“ sowie „direkte Formen der Kommunikation mit, aber auch über Politik“ (ebd.: 35 ff.). Eine aktuelle Studie im Auftrag der *Open Society Foundations* zeigt ebenfalls, dass eine stärkere politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund durch strukturelle Barrieren wie beispielsweise Diskriminierungserfahrungen behindert wird (vgl. Dege et al. 2021).

Statistische Zusammenhänge – Kategorien „demokratischer Integration“

Bei vertiefenden statistischen Analysen zeigen sich außerdem starke und überwiegend hoch signifikante, korrelative Zusammenhänge zwischen den einzelnen Indikatoren sozialer und demokratischer Integration: Je höher die Zufriedenheit mit den persönlichen Kontakten im Stadtteil, desto größer fallen auch das Interesse am Geschehen im Stadtteil und der Einsatz für die Interessen der Wohngegend aus. Und je höher das Engagement der Befragten, desto stärker ausgeprägt ist auch ihre politische Partizipation. Soziale Integration, freiwilliges Engagement und politische Beteiligung scheinen sich

nicht nur gegenseitig zu verstärken, sondern auch die Verbundenheit mit dem Stadtteil zu beeinflussen. Auch andersherum kann dieser Zusammenhang gesehen werden: Wer sich mit dem Stadtteil sehr verbunden fühlt, engagiert sich häufiger und beteiligt sich auch stärker am politischen Leben. Allein beim Vertrauen in die lokale Politik zeigt sich kein linearer Effekt, was darauf hindeutet, dass dieses auch von überlokalen Faktoren beeinflusst wird.

5.5 Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung bestätigen die skizzierten Herausforderungen für (lokale) Demokratie und sozialen Zusammenhalt sehr deutlich. Sie illustrieren darüber hinaus, dass sich in den Untersuchungsgebieten sehr unterschiedliche Muster sozialer Integration und politischer Teilhabe zeigen. Zu den wesentlichen Differenzierungsmerkmalen gehören die räumliche Lage, wirtschaftliche Struktur und öffentliche Infrastruktur der Gebiete, die soziodemografische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Altersstruktur, Anteil sozial unterprivilegierter Menschen, Anteil der Bevölkerung ohne Wahlrecht) sowie zivilgesellschaftliche Akteur*innen und politische Institutionen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Groß- und Mittelstädten sowie innerstädtischen und randstädtischen Gebieten.

Hamburg St. Pauli Süd zeichnet sich durch den höchsten Wert für die demokratische Integration des Gemeinwesens aus, ist aber durch ein eher geringes Vertrauen in lokale Politik geprägt. Das kann als Folge von aktivem Engagement und ausgeprägten Beteiligungsansprüchen (Selbstverständnis des „Selbermachens“), hohen Mobilisierungspotenzialen und latenter Konfliktbereitschaft in der Zivilgesellschaft gedeutet werden. Dresden Prohlis und Dortmund Nordstadt liegen demgegenüber – hinter St. Pauli Süd und Düren und vor Berlin Spandau Heerstraße Nord – im unteren Mittelfeld der Rangliste – mit wiederum sehr unterschiedlichen Herausforderungen: Während die Dortmunder Nordstadt vergleichsweise niedrige Werte in den Kategorien ‚Engagement‘ und ‚Wahlbeteiligung‘ aufweist, sind die Werte in Bezug auf politische Beteiligung sehr hoch, insbesondere bei der ‚Teilnahme an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen‘ und ‚Mit anderen in einer Gruppe für ein Anliegen zusammengeschlossen‘. In Dresden sind dagegen sowohl Engagement für lokale Anliegen als auch politische Beteiligung eher schwach ausgeprägt. Das verweist auf unterschiedliche sozialräumliche Strukturen und Profile der beiden Stadtteile.

Die Gemeinwesenarbeit ist gefordert, Ansätze zur Bearbeitung der Herausforderungen vor Ort entlang der sozialräumlichen Besonderheiten der Gebiete zu entwickeln. Sie muss die Bedarfe und Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen durch vielfältige soziale und kulturelle Angebote in Nachbarschaftseinrichtungen sowie aufsuchende und aktivierende Angebote aufgreifen und bearbeiten. Die Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie können am besten erschlossen werden, wenn es Institutionen wie Nachbarschafts-, Familien- oder Kulturzentren gibt, die als Ankerorte für Engagement und Beteiligung dienen und attraktive Angebote entwickeln werden, die Menschen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen ansprechen und zusammenführen. Die Schaffung von Gelegenheiten für Engagement und Beteiligung, die individuelle und kollektive Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen, stärken demokratische Kompetenzen und das Interesse an politischer Beteiligung.

6 Ergebnisse der qualitativen Erhebungen in den Quartieren

Funktionierende Resonanzräume eines gesunden demokratischen Austauschs und Zusammenlebens (vgl. Rosa 2016; 2019) setzen vielschichtige gesellschaftliche Aktivierungs- und Einbindungsprozesse voraus. Gemeinwesenarbeit kann diese Entwicklungen auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene anstoßen und begleiten. Dies geschieht im Hinblick auf die drei Teilbereiche ‚Soziale Integration‘, ‚Kommunikation und Zivilität‘ sowie ‚Gesellschaftliche Teilhabe‘ (vgl. Kapitel 3). Die im Rahmen der Studie „Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ geführten Interviews und Fokusgruppendifkussionen mit Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit, Netzwerkwerkpartner*innen und Bewohner*innen zeigen, wie vielfältig diese Vorgehensweise in der Praxis aussieht und wie breitgefächert die Ansatzpunkte der Gemeinwesenarbeit sind (vgl. Gesemann/Riede 2021).

In diesem Kapitel präsentieren wir unterschiedliche Projekte und Geschichten aus diesen qualitativen Erhebungen, die sich auf das dritte Teilgebiet, die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe, beziehen, da dieser Aspekt für die Förderung der lokalen Demokratie besonders zentral ist (vgl. Kapitel 4). Die Wirkungsweise der Gemeinwesenarbeit erstreckt sich hierbei von der Entwicklung demokratischer Kompetenzen auf individueller Ebene über die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Beteiligung bis hin zum Ausbau kommunaler Beteiligungsstrukturen. Die Eindrücke aus Hamburg St. Pauli Süd, der Dortmunder Nordstadt und Dresden Prohlis werden durch Beispiele guter Praxis aus anderen Städten und Quartieren ergänzt, die in Bezug auf die jeweilige Handlungsebene interessante und ergänzende Ansätze darstellen.

6.1 Individuum: Demokratische Kompetenzen

Ihre unmittelbarste Wirkung in Bezug auf die Förderung demokratischer Kompetenzen entfaltet Gemeinwesenarbeit auf der individuellen Ebene: Durch Aktivierung und Empowerment ermöglicht sie Menschen wichtige Selbstwirksamkeitserfahrungen, die das Selbstbewusstsein sowie das (Selbst-) Verständnis der eigenen Rolle in demokratischen Diskussionen und Aushandlungsprozessen unterstützen können. Ein Ausbleiben solch bestärkender Erfahrungen, die auf der Beteiligung mit eigenen Ideen, Argumenten und Aktionen fußt, kann wiederum negative Effekte nach sich ziehen, da es einen deutlichen Kontrast zwischen den bestehenden politischen und administrativen Strukturen auf der einen und den Bewohner*innen auf der anderen Seite suggeriert und so den Willen zur politischen Teilhabe der Menschen senkt. Der Sozialen Arbeit kommt somit beim Entwickeln und Fördern demokratischer Kompetenzen auf der Ebene des Individuums im Sinne von Empowerment eine wichtige Rolle im Bemühen um den Ausbau demokratischer Beteiligung zu (vgl. Herringer 2020).

Drei Beispiele aus den Untersuchungsgebieten zeigen, wie diese Arbeit aussehen kann:

Gemeinwesenarbeit kann durch ihre facettenreiche Anwendung viele verschiedene Effekte entwickeln. Das Beispiel einer engagierten Bewohnerin von St. Pauli unterstreicht jedoch den Stellenwert der ‚traditionelleren‘ Kernelemente von Gemeinwesenarbeit, die vor allem auf das Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten im Stadtteil ausgelegt sind. Aufgrund einer Gehbehinderung ist die Frau auf ein barrierefreies physisches sowie auf ein solidarisches soziales Umfeld angewiesen. Das stark ausgeprägte nachbarschaftliche Miteinander im Quartier hat dazu geführt, dass sie sich nach ihrem Umzug nach St. Pauli schnell einleben und Anschluss finden konnte. Sie nutzt die von der *GWA St. Pauli e.V.*

organisierten Angebote regelmäßig und beteiligt sich nach Möglichkeit auch an deren Organisation. Dabei schätzt sie vor allem das Stadtteilzentrum *Kölibri*, das nicht nur einen zentralen Ort für Ansprache und Begegnung darstellt, sondern auch Räumlichkeiten für unterschiedliche Formate der Selbstorganisation bietet.

Die Bewohnerin fühlt sich durch die hier gesammelten Erfahrungen bestärkt und ist bereits mehrfach selbst aktiv geworden. So versuchte sie beispielsweise mithilfe der Gründung einer Nachbarschaftsinitiative der Übernutzung des Stadtteils durch den Tourismus entgegenzuwirken (Interview mit einer engagierten Bewohnerin, 14. August 2019). Auch wenn diese Aktion aufgrund stark unterschiedlicher Herangehensweisen und Standpunkte der Beteiligten, die ein Übereinkommen unmöglich machten, scheiterte, ist ein solcher Versuch, die Wirkkraft der eigenen Stimme zu entfalten, dennoch ein wichtiger Schritt für die Förderung der demokratischen Kompetenzen auf der individuellen Ebene.

Beispiel guter Praxis: Individuelle Aktivierungsprozesse, Quartier Heerstraße Nord, Staaken

In vielen Quartieren führen unterschiedliche örtliche Gegebenheiten sowie äußere Faktoren zu einer schwierigen Ausgangslage für die individuelle Ansprache von Bewohner*innen. Die Aktivierung einzelner Menschen ist daher kein Selbstläufer, vor allem da idealerweise ein nachhaltiges Empowerment und längerfristiges Engagement am Ende eines solchen Prozesses stehen sollte. Im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße Nord in Spandau-Staaken wurden Strategien entwickelt, mithilfe derer eine nachhaltige Ansprache, die an Selbstwirksamkeitserfahrungen geknüpft ist, möglich wird. Die Grundlage dieser Herangehensweise bildet das Aufnehmen lokaler Bedarfe und das Schaffen von Strukturen, die Menschen die Möglichkeit eröffnen, sich selbstständig für diese einzusetzen.

Ein Beispiel hierfür ist die Gründung der *JuMi-Lotsen* nach dem ‚Sommer der Migration‘ 2015, einer Gruppe mehrsprachiger Jugendlicher, die aufgrund ihrer Sprachkenntnisse als Übersetzer*innen zwischen neu angekommenen Geflüchteten und den Staakener Beratungsstellen agieren können. Aus diesem ehrenamtlichen Engagement ergab sich für viele Gründungsmitglieder der Impuls, Schulabschlüsse nachzuholen und in eine geregelte Erwerbstätigkeit einzutreten. Gleichzeitig blieben einige dem freiwilligen Engagement und für das Quartier treu, indem sie mit Unterstützung der Gemeinwesenarbeit durch den *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V.* internationale Jugendaustausche organisierten oder im Quartiersrat aktiv wurden. Auch in anderen Bereichen gelingt im Quartier Heerstraße Nord die Aktivierung Einzelner vor allem im Kontext der Kinder- und Jugendarbeit.

*Quellen: Interview mit Petra Sperling, Geschäftsführung des
Gemeinwesenvereins Heerstraße Nord e.V., 21. Mai 2019;
Fokusgruppendifkussion mit engagierten Bewohner*innen, 23. Mai 2019*

In der Dortmunder Nordstadt stellt die Einbindung der vielen neu zugezogenen Bewohner*innen, die aufgrund des Charakters eines ‚Ankunftsquartiers‘ häufig nicht sehr lange vor Ort verweilen, eine zentrale Herausforderung dar. Die Ansprache dieser Zielgruppe kann jedoch mit der Hilfe von Multiplikator*innen erreicht werden. Eine solche Schlüsselperson ist ein inzwischen vielfach engagierter Lehrer aus der Türkei, der bereits seit einigen Jahren in der Nordstadt wohnt. Aufgrund seiner geringen Deutschkenntnisse und der daraus entstehenden eigenen Sprachbarriere war er zunächst wenig in das Stadtleben eingebunden. Durch die vom *Planerladen e.V.* organisierte Banneraktion „Blickwechsel“, die auf die Lebensrealität der Zugewanderten aus Südosteuropa aufmerksam machen wollte, fühlte er sich jedoch angesprochen und erkannte, dass sein breites Netzwerk in den örtlichen türkischen und bulgarischen Communitys ein wertvoller Faktor ist.

So wurde er schließlich Teil des Projektes *IRON – Integration von Roma in die Dortmunder Nordstadt* und leistete als Honorarkraft aufsuchende Arbeit mit dem Ziel, eine bessere Integration der Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien zu erreichen. Seit seiner Pensionierung hat er sein Engagement neu ausgerichtet und setzt sich nun mit dem *Solidaritäts- und Freundschaftsverein der Neuzuwanderer Dortmund e.V.* für die Belange der Zielgruppe ein, wobei er zusätzlich als Autor der *Stimme der Nordstadt* zahlreiche Artikel für die mehrsprachige Stadtteilzeitung verfasst (Fokusgruppendifkussion mit verschiedenen Akteur*innen in der Nordstadt, 17. Juni 2019). So kann er auch weiterhin zum Diskurs im Stadtteil beitragen und seinem eigenen, aber auch anderen, marginalisierten Standpunkten eine Plattform eröffnen.

Eine Bewohnerin der Großwohnsiedlung in Dresden Prohlis verfolgt einen anderen Ansatz, um Menschen in das Gemeinwesen einzubinden. Die Mitte der 1970er Jahre zugezogene heutige Seniorin hat einen Handarbeitszirkel gegründet, um eine besondere Herausforderung zu adressieren: Durch die kleinräumigen Wohnstrukturen ist ein sozialer Austausch mit Freund*innen in der eigenen Wohnung häufig nicht möglich. Für viele Menschen, die nicht oder nur geringfügig erwerbstätig sind, bedeutet dies, dass sie sich häufiger einsam fühlen und es an Ansprache fehlt; aufgrund der sozioökonomischen Struktur trifft dies vor allem Frauen.⁹ Das Quartiersmanagement unterstützt die Bewohnerin dabei, ihren Stricktreff im Stadtteil bekannt zu machen und mit anderen Aktivitäten zu vernetzen. Es sorgt für die Verfügbarkeit eines kostenlosen Raums, bezieht den Stricktreff in Feste sowie in Verkaufsbasare mit ein und gibt Wollspenden weiter (Katrin Lindner, Quartiersmanagement Dresden Prohlis, E-Mail vom 11. Oktober 2021).

Das Angebot des Handarbeitszirkels schafft einen wichtigen Ausgleich, bei dem die teilnehmenden Frauen eine Auszeit von ihren anderweitigen Tätigkeiten und ‚Pflichten‘ nehmen können. Durch das Zusammenkommen in öffentlichen, aber im Rahmen des Angebots geschützten Räumlichkeiten erleben sie ein Aufbrechen der privaten Sphäre. Das Gemeinwesen reicht durchaus auch in den allgemein als ‚privat‘ definierten Raum hinein; Aktionen mit Bezug auf diesen Bereich können vor allem in Hinblick auf Gewaltprävention und Frauenrechte einen wichtigen Beitrag leisten (Interview mit Sabine Stövesand, Professorin an der Hochschule für angewandte Wissenschaft Hamburg, 13. Juni 2019).

⁹ In Deutschland arbeiten erwerbstätige Frauen (2018: 47,9 %) deutlich häufiger in Teilzeit als erwerbstätige Männer (2018: 11,2 %); fast die Hälfte (2018: 45,8 %) der in Teilzeit arbeitenden Frauen tun dies aufgrund familiärer Verpflichtungen, die sie von einer Vollzeitstelle abhalten (Bundeszentrale für politische Bildung 2020; siehe auch Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2021: 11 mit Zahlen für 2020). Die dafür verantwortliche *Gender Care Gap* zeigt sich beispielsweise auch an erwerbsfreien (Sonn-) Tagen, an denen Frauen im Schnitt 1,5 Stunden mehr unbezahlte (Haus-) Arbeit leisten als Männer (Samtleben 2019: 140).

Die in Prohlis geschaffene Handarbeitsgruppe erfüllt somit mehrere wichtige Zwecke: Sie bietet einerseits die Möglichkeit für Selbstwirksamkeitserfahrungen, sowohl für die Gründerin als auch für die Teilnehmer*innen, die auf Basaren mit den selbstgemachten Produkten Spenden sammeln; andererseits bringt sie verschiedene Menschen zusammen und fördert so die Entwicklung demokratischer Kompetenzen auf individueller Ebene. Diesem Miteinander sind jedoch auch Grenzen gesetzt. So berichtet die Gründerin, dass es aufgrund der Sprachbarriere Probleme mit der Einbindung neuzugezogener geflüchteter Frauen gebe (Fokusgruppendifkussion mit engagierten Bewohner*innen, 12. August 2019).

Diese Beispiele zeigen, wie vielfältig ein durch Gemeinwesenarbeit gefördertes individuelles Engagement aussehen kann. Die zentralen Elemente der Aktivierung und Selbstwirksamkeit, die für eine gesellschaftliche und politische Teilhabe von großer Bedeutung sind, können unterschiedliche Formen annehmen und in unterschiedliche Bereiche hineinwirken. Es bleibt jedoch zu bedenken, dass es sich bei diesen Geschichten um Einzelfälle handelt; aufgrund fehlender zeitlicher, finanzieller und personeller Ressourcen ist die aufsuchende Gemeinwesenarbeit häufig stark eingeschränkt, weshalb nicht alle Menschen vor Ort eine ähnlich gute Ansprache, Begleitung, Ermutigung und Unterstützung erfahren (können). Zudem leben viele Bewohner*innen mit signifikanten Mehrfachbelastungen, die eine aktive gesellschaftliche Beteiligung deutlich erschweren. Hier muss die Gemeinwesenarbeit mit entsprechend niedrigschwelligen Angeboten und professionellem Verständnis reagieren, um auch diese Menschen auf dem Weg hin zu eigenen Selbstwirksamkeitserfahrungen zu unterstützen.

6.2 Zivilgesellschaft: Engagement und Beteiligung

Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein wichtiger Baustein für die Förderung der Beteiligung an lokaler Demokratie. Im gemeinschaftlichen Austausch werden demokratische Kompetenzen erlernt und ausgebaut, nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit fremden Standpunkten und Meinungen. Auf diese Weise leistet die Zivilgesellschaft einen elementaren Beitrag zur Ausbildung einer funktionierenden ‚Streitkultur‘ vor Ort (vgl. Strukelj 2020; Bonacker 2009). Gleichzeitig dienen diese Formate dem Erproben demokratischer Prozesse ‚im Kleinen‘ und stellen so einen ersten Schritt in Richtung der Vertretung eigener Standpunkte bzw. des Artikulierens eigener Bedarfe auf politische Ebene dar.

Gemeinwesenarbeit unterstützt das Herausbilden einer facettenreichen zivilgesellschaftlichen Landschaft in den Quartieren auf unterschiedliche Weise. Einerseits ermöglichen eine persönliche Ansprache und advokatorische Haltung auch marginalisierten oder anderweitig benachteiligten Menschen einen niedrigschwelligen Einstieg in ein aktives Empowerment, das wiederum Selbstwirksamkeitserfahrungen fördert. Zudem geben diese Elemente einen An Schub für eine mögliche (Selbst-) Organisation der Betroffenen, die von der Gemeinwesenarbeit begleitet und unterstützt wird. Andererseits rahmt die Gemeinwesenarbeit durch das Einnehmen einer Moderations- und Schlichterrolle den zivilgesellschaftlichen Diskurs im Quartier und schafft so eine faire Umgebung für alle Beteiligten. Bei der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Formate ist zu bedenken, dass die so geformten Gruppen trotz ihres immensen Potenzials für sozialen Austausch auch Gefahr laufen, durch eine starke Homogenität der Mitglieder eine ausgrenzende Wirkung zu entwickeln (vgl. Hummel/Strachwitz 2021). Dieser Tendenz gilt es durch das Ansprechen möglichst breiter Zielgruppen und das Schaffen neuer Kontaktpunkte entgegenzuwirken.

Die gemeinwesenorientiert arbeitenden Organisationen in den Untersuchungsgebieten haben verschiedene Strategien gefunden, um die zivilgesellschaftlichen Potenziale in den jeweiligen Quartieren zu fördern und zu erschließen. Eine zentrale Herangehensweise basiert hierbei auf dem Schaffen gemeinsamer Erlebnisse, die auf geteilten Interessen aufbauen. Dieses Format wird an verschiedenen Orten mit ähnlichen Schwerpunkten implementiert. Zunächst scheint das gemeinschaftliche Gärtnern eine geeignete Plattform für Begegnung und Austausch zu bieten. So zeigt das Beispiel des *Gemeinschaftsgarten Prohlis*, dass die Verbindung von physischer Arbeit in der Natur mit sozialem Kontakt zu Menschen, zu denen ansonsten wenig bis keine Berührungspunkte im Alltag bestehen, eine gelungene Kombination darstellt, um die Verständigung untereinander zu fördern. Das Projekt wird sozialpädagogisch begleitet, um Gruppenprozesse zu steuern, Konflikte zu moderieren, das Ankommen neuer Teilnehmer*innen zu vermitteln und Besuchs- und Kooperationsanfragen zu beantworten. Ein wichtiger Erfolgsfaktor des Gemeinschaftsgartens ist die Öffnung dieses Raums für Nachbar*innen und Bekannte: Er lädt zum gemeinsamen Grillen, Essen, Verweilen und Austausch ein, wodurch das Miteinander weiter gestärkt wird (Katrin Lindner, Quartiersmanagement Dresden Prohlis, E-Mail vom 15. Juli 2021).

In der Dortmunder Nordstadt wird das Gärtnern hingegen als empowerndes Mittel im Rahmen der Selbstorganisation einer Gruppe türkischstämmiger Familien eingesetzt. Auf einer Brachfläche nahe einer Gesamtschule im Quartier Nordmarkt entstand zu Beginn der 2000er Jahre ein Konflikt zwischen Eltern und Anlieger*innen. Erstere wollten ihre Kinder, die die benachbarte Schule besuchten, vor dem Drogenhandel auf dem Areal schützen und begannen, die Fläche informell zu bewirtschaften. Dies verärgerte u.a. einen angrenzenden Kleingartenverein, der bei der Stadt Beschwerde einreichte. Der *Planerladen* schritt kurzerhand als Konfliktvermittler ein und begleitete die Familien bei der Gründung eines eigenen Kleingartenvereins – der auf diesem Wege entstandene *Yesil Bostan e.V.* erlangte das Nutzungsrecht der Grundstückseigentümer*innen und konnte das Gärtnern selbstbestimmt und ganz offiziell fortsetzen (Interview mit Prof. Dr. Reiner Staubach und Tülin Kabis-Staubach, Vorstandsmitglieder des *Planerladen e.V.*, 17. Juni 2019).

Beispiel guter Praxis: *Community Organizing* mit Geflüchteten, Friedrichsthal

Der Ansatz des *Community Organizing* verfolgt ähnliche Ziele wie die Gemeinwesenarbeit, da er Menschen dazu anregt, durch individuelle Ansprache Bedarfe zu identifizieren und in Selbstorganisation Aktionen zu entwickeln, die diese Themen adressieren. Die Gemeinwesenarbeit des *Caritasverbands für Saarbrücken und Umgebung e.V.* in Friedrichsthal griff diese Arbeitsweise 2017 in Zusammenarbeit mit dem *Forum Community Organizing e.V. (FOCO)* für ein über das Bundesprogramm *Demokratie leben* gefördertes Projekt auf, mit dem 2015 neu zugezogene Geflüchtete angesprochen werden sollten.

Zwischen Juli und Dezember 2015 fanden regelmäßige Treffen statt, bei denen interessierte Geflüchtete, die durch eine persönliche Ansprache der Gemeinwesenarbeiter*innen auf das Format aufmerksam gemacht wurden, zunächst die Grundlagen des *Community Organizing* erlernen und diese später auch anwenden konnten. Ab September übernahmen die Teilnehmer*innen die

Organisation der Veranstaltungen und bildeten zwei Arbeitsgruppen zu den von ihnen als zentrale Anliegen identifizierten Themen Spracherwerb und Arbeit. Aus ersterer entwickelte sich zeitnah ein Arabischkurs für Kinder, der bis heute – mit Unterbrechungen durch die Corona-Pandemie – stattfindet. Ein zentrales Anliegen des Projekts war, nicht die Hilfsbedürftigkeit, sondern die Handlungsfähigkeit der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Trotz der kurzen Laufzeit wurde dieses Ziel erreicht, da sich durch eine an den Bedarfen der Zielgruppe ausgerichteten Organisation (z.B. wurde eine Kinderbetreuung während der Treffen angeboten) vor allem junge Familien engagiert haben, deren Selbstbewusstsein durch die Aktion gestärkt wurde und die hier eine für ihr Selbstverständnis wichtige Selbstwirksamkeitserfahrung machen konnten.

Quelle: Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. 2019: 53-57

Weitere Tätigkeiten, die sich für die Förderung zivilgesellschaftlicher Beteiligung durch niedrigschwelligen Austausch eignen, finden sich schwerpunktmäßig im Kulturbereich. Ein wichtiges Element ist hier das Theater, das durch das Aufgreifen der Bedarfe und wichtigen Themen vor Ort sowie durch die Einbindung der Bewohner*innen der jeweiligen Quartiere ganz besondere Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen kann. Die *GWA St. Pauli* entwickelte zwischen 2003 und 2020 zusammen mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen verschiedene Theaterstücke, die immer wieder auf die Lebenssituationen im Stadtteil Bezug nahmen und sich so an den Realitäten der Mitspielenden orientierten (Interview mit Gesa Becher, Mitarbeiterin für Kultur-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der *GWA St. Pauli e.V.*, 14. August 2019; sowie GWA St. Pauli o.D. und Gesa Becher, Mitarbeiterin für Kultur-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der *GWA St. Pauli e.V.*, E-Mail vom 11. Oktober 2021).

„Menschen unterschiedlichen Alters und aus verschiedenen Kulturen, mit und ohne Fluchthintergrund, mit und ohne körperliche oder psychische Beeinträchtigung, diskutieren, entwickeln und spielen zusammen ‚ihr Theaterstück‘. Über einen Probenprozess von durchschnittlich sechs Monaten werden so Brücken zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gebildet. Menschen, die sonst wenig oder nichts miteinander zu tun hätten, lernen sich in einem sicheren Rahmen kennen. Die gemeinsame kreative Arbeit setzt sich auch über Sprachgrenzen hinweg und wirkt integrierend“ (Friederike Salow, GWA St. Pauli e.V., Produktionsleitung Theater, Veranstaltungen, Projekte, E-Mail vom 19.10.2021).

Ein ähnlich einbindendes Konzept wird vom jährlich stattfindenden Kunst- und Kulturprojekt *Zu Hause in Prohlis* verfolgt, das vom Societaetstheater Dresden in Kooperation mit dem Quartiersmanagement Prohlis durchgeführt wird. Das Projekt möchte dazu beitragen, dass Vorurteile abgebaut, wechselseitige Wertschätzung und Toleranz gefördert und benachteiligte Stadtteile wie Prohlis auch als „Quelle sozialer und kultureller Vielfalt“ wahrgenommen werden (*Zu Hause in Prohlis* o.D.). Im Rahmen des Projekts wird im Sommer ein Zirkuszelt in Prohlis aufgestellt, in dem verschiedene Theater- und Kulturveranstaltungen stattfinden. Diese sind auch für Dresdner*innen aus anderen Stadtteilen attraktiv und locken regelmäßig viele Besucher*innen nach Prohlis. Vor allem aber sprechen sie die Menschen vor Ort an, die auch selbst aktiv werden können, beispielsweise indem sie sich um das Catering kümmern. Inhaltlich orientieren sich die Events an den Interessen und Themen, die die Bewohner*innen

bewegen, und so ist *Zu Hause in Prohlis* ein aktivierendes und partizipatives Element, das viele Menschen zusammenbringt und sie Gemeinschaft erleben lässt (Interview mit Katrin Lindner, Quartiersmanagement Dresden Prohlis, 11. August 2019; Interview mit Martina Müller, Stadtplanungsamt Dresden, Sachbereich Stadterneuerung Dresden, 13. August 2019).

Ein zweiter Aspekt der Kulturarbeit ist die Musik. Zum einen werden im Rahmen der Gemeinwesenarbeit Konzerte organisiert, die Berührungspunkte zwischen verschiedenen Menschen schaffen sollen. Ein Beispiel hierfür sind die *Küchenkonzerte* der *GWA St. Pauli*, bei denen das gemeinsame Kochen und Essen im Stadtteilzentrum an das eigentliche Konzert gekoppelt werden. So kommen regelmäßig bis zu sechzig Bewohner*innen des Stadtteils zusammen, die einander kennenlernen, Kontakte knüpfen und sich so niedrigschwellig vernetzen und austauschen können (Interview mit Gesa Becher, Mitarbeiterin für Kultur-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der *GWA St. Pauli e.V.*, 14. August 2019).

Die *Machbarschaft Borsig11 e.V.* versuchte mit einer ähnlichen Konzeption, sogenannte *Innenhofkonzerte* in Wohnblöcken rund um den Borsigplatz zu etablieren. Die Idee, dass Anwohner*innen ihre Wohnungen öffnen, damit Besucher*innen der Musik aus den Fenstern lauschen können und so neue Orte der Begegnung geschaffen werden, stieß jedoch nur auf geringes Interesse. Einige Konzerte fanden schließlich mit Bestuhlung im Innenhof statt, das Format wurde schlussendlich jedoch nicht fortgesetzt (Interview mit Volker Pohlücke und Petra Dankelmann, Vorstandsmitglieder *Machbarschaft Borsig11 e.V.*, 29. August 2019). Dieser Fall zeigt, dass auch einem sehr niedrigschwelligen und quasi universell ansprechenden Ansatz Grenzen gesetzt sind, wenn er sich nicht explizit an den örtlichen Gegebenheiten orientiert.

Schließlich setzt das sinfonische Orchester des *Musaik – Grenzenlos musizieren e.V.* Musik als verbindendes Element in der Kinder- und Jugendarbeit in Dresden Prohlis ein. Hier soll durch die Teilnahme an kostenlosen Proben, Workshops und Konzerten das soziale Miteinander niedrigschwellig erlernt und gefördert werden. Während dies im ‚Regelbetrieb‘ vor allem die Jüngeren anspricht, erreichen öffentliche Auftritte des Orchesters auch die restliche Bevölkerung des Stadtteils, die so ebenfalls einen Nutzen aus dem Format ziehen kann (Interview mit Katrin Lindner, Quartiersmanagement Dresden Prohlis, 11. August 2019; Interview mit Martina Müller, Stadtplanungsamt Dresden, Sachbereich Stadterneuerung Dresden, 13. August 2019; sowie *Musaik o.D.*).

Kulturelle Angebote zur Belebung und Förderung der zivilgesellschaftlichen Ebene sehen also sehr verschieden aus, orientieren sich stets an den spezifischen Bedarfen vor Ort und entwickeln ein verbindendes Element, das auf dem gemeinsamen Erleben und Handeln beruht.

„Kulturelle Aktivitäten [haben] ein besonderes Potenzial der Mobilisierung von (unterschiedlichsten) Menschen und einer ‚Demokratievermittlung nebenbei‘ [...] und [eignen] sich gerade in eher problematischen Stadtteilen zur Förderung von Teilhabe und Zusammenhalt“ (Dr. Julia Günther, Referentin für Demokratie und Zivilgesellschaft im Bürgermeisteramt der Landeshauptstadt Dresden, E-Mail vom 19. März 2020).

Beispiel guter Praxis: *Temporäre Spielstraße*, Trier

Gemeinsame Erlebnisse, die Kinder und ihre Eltern zusammenbringen, können neue Kontaktpunkte und Austauschmöglichkeiten schaffen. In Trier-West ist ein solches Format im Rahmen der *Temporären Spielstraße* geschaffen worden. Hierbei wird eine Straße im Quartier im Sommerhalbjahr an jedem vierten Mittwoch im Monat für den Straßenverkehr gesperrt. Auch geparkte Fahrzeuge sollen aus dem Areal entfernt werden, sodass eine möglichst große freie Fläche entsteht, die den Kindern aus der Nachbarschaft für einen Nachmittag ein sicheres Spielen im öffentlichen Raum ermöglicht. Organisiert wird das Projekt von der Gemeinwesenarbeit und dem Quartiersmanagement Trier-West, beide unter der Trägerschaft des *Caritasverbands Trier e.V.*, sowie von der Sozialraumplanung der Stadt Trier. Unterstützt wird das Team zusätzlich vom *Jugendwerk Don Bosco*, das mit einem Spiele-Mobil vor Ort vertreten ist.

Außerdem erscheinen auch Mitglieder des Ortsbeirats Trier-West/Pallien zu den Aktionen, wodurch sich ein Austausch mit den Eltern und Kindern ergibt, der die (Regel-) Strukturen der lokalen Demokratie persönlich und direkt erlebbar macht. Diese Wechselwirkung ist umso wichtiger, da viele Anwohner*innen, von denen ein Großteil aus südosteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten stammt, die sonstigen Angebote der Gemeinwesenarbeit nicht wahrnehmen und daher eher schwer erreichbar sind. Die *Temporäre Spielstraße* bildet daher eine gelungene, niedrighschwellige Ergänzung zum bereits bestehenden Angebot der Akteur*innen vor Ort.

*Quellen: Quartiersmanagement Trier-West 2021: 23;
Simeon Friedrich, Sozialraumplanung der Stadtverwaltung Trier, E-Mail vom 28. Juni 2021*

Ein weiteres, noch stärker partizipativ orientiertes Format im Bereich der Zivilgesellschaft stellen die unterschiedlichen Arten des stadtteilweiten Austauschs im Rahmen moderierter Foren dar. In der Dortmunder Nordstadt findet sich eine Reihe solcher Angebote, die von verschiedenen Akteur*innen angeboten werden. Das Quartiersmanagement organisiert *Nachbarschaftliche Austausche*, sogenannte *„Quartiersgespräche“*, bei denen Bewohner*innen der drei Quartiere zu einem themenbezogenen Treffen und moderierten Austausch an einem für den Gesprächsfokus relevanten Ort eingeladen sind. An den Veranstaltungen nehmen immer auch Vertreter*innen verschiedener Organisation oder Institutionen teil, um in einen Dialog mit den Menschen vor Ort zu treten. Nicht selten sind die Entwicklung und Erneuerung des Stadtteils Anlass für diese Austausche (Fokusgruppendifkussion mit Christiane Certa, Strategische Sozialplanung der Stadt Dortmund, Uta Wittig-Flick, Gebietskordinatorin Nordstadt, Stadterneuerung und Quartiersentwicklung der Stadt Dortmund, und Martin Gansau, Quartiersmanagement Nordmarkt, 19. August 2019; sowie Amt für Stadterneuerung der Stadt Dortmund o.D.).

Einen anderen Fokus setzt das *Jugendforum Nordstadt*, mit dem der *Planerladen* das Ziel verfolgt, Jugendliche für eine zivilgesellschaftliche und politische Beteiligung zu gewinnen. Die angebotenen Formate orientieren sich an den Interessen der jungen Zielgruppe und versuchen, gegenseitige Offenheit und Toleranz zu vermitteln. So sind die Bewohner*innen der Nordstadt beim *Speed-Dating der Kulturen* dazu eingeladen, über wenige Minuten mit vielen unterschiedlichen Menschen ins Gespräch zu kommen und dabei Berührungängste und Vorurteile abzubauen. Die Jugendlichen des *Jugendforums*

begleiten diese Events filmisch. Neben dieser Einführung in die Medienarbeit bieten andere Veranstaltungsformate die Möglichkeit, sich redaktionell oder moderierend zu erproben.

Dies geschieht vor allem im Rahmen regelmäßiger Diskussionsforen, für die die Jugendlichen Themen und Gäste aussuchen, aber auch Fragen und Gesprächsführung planen dürfen. So entstehen Gesprächsrunden, bei denen die Zielgruppe für sie wichtige Aspekte in einem selbstgewählten Rahmen kontrovers diskutieren und aushandeln kann. Dieses Format wird regelmäßig vor den Wahlen auch für Diskussionsrunden mit den lokalen Kandidat*innen genutzt, bei denen die Jugendlichen ganz unmittelbar und selbstbestimmt mit den Politiker*innen interagieren und ihren Ideen und Bedarfen eine Stimme verleihen können (Interview mit Regina Hermanns und Ali Şirin, *Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen und Jugendforum Nordstadt, Planerladen e.V.*, 19. Juni 2019; sowie Jugendforum Nordstadt o.D.).

Schließlich organisieren die *Auslandsgesellschaft.de e.V.* und der *Planerladen* mit dem Dialogforum *Nord trifft Süd* regelmäßige Bürgerforen, die zu vorher festgelegten Themen einen Austausch zwischen der Nordstadt und anderen Dortmunder Stadtteilen ermöglichen. Ziel ist hierbei, der Stigmatisierung der Nordstadt und ihrer Bewohner*innen entgegenzuwirken und stadtweite Netzwerke zu fördern (Interview mit Regina Hermanns und Ali Şirin, *Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen und Jugendforum Nordstadt, Planerladen e.V.*, 19. Juni 2019). So nahm beispielsweise der oben genannte Kleingartenverein Yesil Bostan an der ersten Ausgabe des Formats zum Thema „Gartenvereine und Stadtteilkultur“ teil und konnte Kontakte zu gleichgesinnten Hobbygärtner*innen im restlichen Stadtgebiet knüpfen (Planerladen o.D.).

Das Stadtteilforum in St. Pauli geht über diese organisierten Dialogformate hinaus und spiegelt so den eigensinnigen (und widerständigen) Charakter des Stadtteils, dessen Bewohner*innen traditionell stärker politisiert sind und eine Mitsprache bei politischen und verwaltungstechnischen Entscheidungsprozessen einfordern. Mit *St. Pauli selber machen* hat sich ein niedrigschwelliges Forum entwickelt, das einen Raum zur Diskussion über den Stadtteil betreffende Themen bietet, aus dem Impulse für die Lebenswelt der Bewohner*innen entstehen. Dies geschieht einerseits im Rahmen der (fest) eingerichteten Arbeitsgruppen, die in Anlehnung an verschiedene Stadtteilversammlungen gegründet wurden und zentrale Themen behandeln, beispielsweise die Stadtteilzeitung, den Umgang mit der örtlichen Drogenszene oder das Eintreten für die Unterstützung von Geflüchteten. Zusätzlich gehen aus den im Rahmen von *St. Pauli selber machen* geführten Diskussionen immer wieder Initiativen hervor, die gezielt an besonderen Problemstellungen arbeiten. Die *GWA St. Pauli* unterstützte das Stadtteilforum in der Gründungsphase; sie ist weiterhin offizielle Ansprechpartnerin und stellt Räumlichkeiten für die regelmäßigen Treffen im Stadtteilzentrum *Kölibri* zur Verfügung.¹⁰ Dennoch wird das „selber machen“ im Namen von allen Beteiligten großgeschrieben und unterstreicht den eigenen Anspruch, den Stadtteil mitgestalten und einen Gegenpol zu Kommunalpolitik, -verwaltung und Kommerzialisierung bieten zu können (Fokusgruppendifkussion mit engagierten Bewohner*innen, 13. August 2019; sowie *St. Pauli selber machen* o.D.1, o.D.2). An diesem Beispiel zeigt sich der Stellenwert von Politisierung und einem selbsterhobenen Anspruch auf die Entwicklung und Förderung selbstbestimmter zivilgesellschaftlicher Foren.

Die Vielfalt der in diesem Abschnitt vorgestellten Vereine, Projekte und Veranstaltungen zeigt, wie facettenreich zivilgesellschaftliches Engagement sein kann. Als verbindendes Element tritt die

¹⁰ Die Treffen finden abwechselnd im *Kölibri* in St. Pauli Süd sowie im *Centro Sociale* im Schanzenviertel statt, um den Stadtteil in seiner Vielfalt abzubilden.

Gemeinschaft in den Vordergrund, die durch Erlebnisse, Diskussionen oder Aktionen hergestellt wird und zu Begegnung zwischen Menschen führt, die in ihrem Alltag sonst kaum oder keine Berührungspunkte haben. In diesem Aspekt liegt ein enormes Potenzial, das es durch professionelle Aktivierung, Begleitung und Moderation zu erschließen gilt. Die Gemeinwesenarbeit kann hier aufgrund ihrer flexiblen Herangehensweise, die immer an der gegebenen Situation und den Ressourcen vor Ort ausgerichtet ist, ein wichtiger Faktor sein. Gleichzeitig zeigt sich, dass kein Format allgemeingültig funktioniert oder beliebig übertragen werden kann. Der lokale Kontext und vor allem die Menschen in den Quartieren entscheiden, inwieweit diese Förderung von Engagement und Beteiligung angenommen wird und gelingt. Mit einem breiten Repertoire, einer Offenheit neuen Impulsen gegenüber und einer Experimentierfreudigkeit, die nicht immer sofort zum Erfolg führen muss, kann auf zivilgesellschaftlicher Ebene jedoch viel erreicht werden – und der Gemeinwesenarbeit kommt hierbei eine zentrale Rolle zu.

6.3 Kommune: Ausbau von Beteiligungsstrukturen

Auch auf kommunaler Ebene gibt es noch unausgeschöpfte Potenziale für die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe. Einen wichtigen Baustein stellt hierbei der Ausbau von Beteiligungsstrukturen dar, die an die etablierten (lokalen bzw. kommunalen) Politik- und Verwaltungsstrukturen anknüpfen und diese, wo möglich, sinnvoll ergänzen sollen. Letzteres ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Gelingensfaktor, da die neu entstehenden Sprachrohre der lokalen Bevölkerung möglichst gut auf die vorhandenen Strukturen abgestimmt sein müssen, damit Beteiligung zum Erfolg führt. Hinzu kommt, dass in Politik und Verwaltung ein gewisser Kooperationswille erkennbar sein muss. Dies kann in Einzelfällen durch eine deutlich advokatorische Haltung der Gemeinwesenarbeit vor Ort erschwert werden, da ein solches Eintreten für die Bedarfe und Belange marginalisierter Bewohner*innen immer auch ein Konfliktpotenzial in der Interaktion mit lokaler Politik und Verwaltung birgt. Gleichzeitig fördert diese Parteilichkeit aber auch Aktivierungs- und Beteiligungsdynamiken in Zielgruppen, die eher selten mit ‚herkömmlichen‘ Beteiligungsverfahren erreicht werden.

Auch wenn das Aushandeln der Beteiligungsformen so teilweise eine Gratwanderung zwischen unterschiedlichen Interessen darstellt, lohnt sich dieser Prozess für Verwaltung und Akteur*innen der repräsentativen Demokratie, die auf diese Weise vom unmittelbaren Zugang der Gemeinwesenarbeit zu den Menschen vor Ort profitieren. Die folgenden Beispiele zeigen, dass auch bei der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe auf kommunaler Ebene ein großes Spektrum an Formaten entsteht, die eine verbesserte Mitsprache mit Hinblick auf verschiedene Bereiche des Lebens zulassen.

Der *Planerladen* hat im Rahmen der Europa- und Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 25. Mai 2014 versucht, über niedrigschwellige Angebote die Wahlbeteiligung und somit die Einbindung der Bewohner*innen in die politischen Regelstrukturen zu verbessern. Hierzu wurde im Vorfeld zu den Wahlen eine Diskussionsveranstaltung mit lokalen Kandidat*innen organisiert, bei der die Standpunkte der unterschiedlichen Parteien zu ausgewählten, für den Stadtteil und dessen Bevölkerung wichtigen Themen herausgearbeitet wurde. Dies sollte den Menschen eine möglichst bewusste und informierte Stimmabgabe ermöglichen.

Eine einmalige Veranstaltung führt jedoch nicht automatisch zu einer höheren Wahlbeteiligung. Um Bewohner*innen, die aufgrund von Sprachbarrieren und einer eher geringen Vertrautheit mit dem

politischen System in Deutschland unsicher in der Ausübung ihres Wahlrechts waren, zu bestärken, bot der *Planerladen* in den Wochen vor der Wahl regelmäßig eine physische Begleitung zum Wahlbüro der Stadt Dortmund an, wo in einer Wahlkabine die Stimme abgegeben werden konnte. Dieser niedrigschwellige Ansatz, der die Vorbehalte der Menschen aufnahm und eine unkomplizierte Lösung anbot, konnte so zumindest eine kleine Gruppe aktivieren und einen Beitrag zur Erhöhung der Wahlbeteiligung in der Dortmunder Nordstadt leisten (Interview mit Prof. Dr. Reiner Staubach und Tülin Kabis-Staubach, Vorstandsmitglieder des *Planerladen e.V.*, 17. Juni 2019). Gleichzeitig ist diese Art der Ansprache sehr ressourcenintensiv und kann daher nur ein Teil einer umfassenden Strategie sein.

Beispiel guter Praxis: Quartiersräte, Berlin

In einigen Stadtteilen wird der Ansatz verfolgt, die Bewohner*innen über neu geschaffene Gremien mit klaren Handlungskompetenzen dauerhaft in Entscheidungsprozesse einzubinden. Ein bewährtes Mittel hierfür sind die *Quartiersräte*, in denen Vertreter*innen der lokalen Bevölkerung über wichtige, den Stadtteil betreffende Themen beraten. Dieses Format wird seit 2005 in Berlin in den Gebieten, die dem Bundesprogramm *Soziale Stadt* angehören, angewandt. Ein Quartiersrat setzt sich aus Bewohner*innen des jeweiligen Quartiers sowie aus Vertreter*innen wichtiger lokaler Einrichtungen und Organisation zusammen. Obwohl es sich rechtlich um ein informelles Beteiligungsverfahren handelt, können die Quartiersräte in der Regel einen signifikanten Einfluss auf Entscheidungen ausüben, die die Entwicklung des Quartiers sowie neue Bauprojekte und andere Aktionen vor Ort betreffen.

Die Vertreter*innen der Wohnbevölkerung werden durch öffentliche, lokale Wahlen bestimmt; eine Ausnahme bildete hier bisher der Quartiersrat im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße Nord in Spandau-Staaken, der – so es die Gruppengröße zuließ – alle Kandidat*innen ohne formelle Wahlprozedur in das Gremium aufnahm, um ein enttäuschendes und entmutigendes Erlebnis lokaler Demokratie im Falle einer Wahlniederlage zu vermeiden und möglichst viele Bewohner*innen für ein Engagement gewinnen zu können.

Quellen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2018; Interview mit Christian Porst, Quartiersmanagement Heerstraße Nord, 02. Juli 2019

Die Beteiligung von Bewohner*innen auf kommunaler Ebene findet nicht nur innerhalb der etablierten Strukturen statt, sondern auch im Rahmen neugeschaffener Beteiligungsformate, die thematisch häufig im Bereich der Stadtentwicklung anzusiedeln sind. In Hamburg St. Pauli gibt es zwei Beispiele für solche Prozesse: den *Park Fiction* und die *PlanBude*. Ersterer wurde von Bewohner*innen in den 1990er Jahren angestoßen, die sich einen Park als Grünfläche im dicht bebauten Quartier wünschten. Der so geschaffene Raum entstand Anfang der 2000er Jahre und wurde im Rahmen einer sogenannten Wunschproduktion gestaltet. Mit dem zunehmenden Tourismus im Stadtteil entwickelte sich der Park jedoch aufgrund seiner Lage mit Blick auf Landungsbrücken und Hafen zu einem Publikumsmagneten,

sodass er den ursprünglichen Charakter des Refugiums für die Wohnbevölkerung verlor (Interview mit einer engagierten Bewohnerin, 14. August 2019; sowie Schafer o.D.; Park Fiction 2016).

Als zweiter, bundesweit beachteter Beteiligungsprozess entwickelte sich aus der *AG Esso-Häuser-Planung* der Stadtteilkonferenz *St. Pauli selber machen die PlanBude*. Diese hatte zum Ziel, Ideen für die Neugestaltung eines Areals zu sammeln, das durch den Abriss eines Wohnblocks, der sogenannten Esso-Häuser, Anfang 2014 entstanden war. Es bestand ein hohes Konfliktpotenzial rund um den attraktiven Standort am Spielbudenplatz zwischen der *Bayerischen Hausbau* als Eigentümerin und den ehemaligen Bewohner*innen der abgerissenen Wohnungen sowie der Bevölkerung im Quartier, die eine weitere Kommerzialisierung und einen damit einhergehenden Gentrifizierungsprozess fürchteten. Die *PlanBude* trat mit einem Container-Büro in unmittelbarer Nähe zum betroffenen Grundstück als Vermittlerin auf und öffnete ihre Türen für interessierte Bewohner*innen, die ihre Ideen für die Neugestaltung des Bauplatzes beisteuern konnten. So sammelte das Team 2.300 Anregungen, die zusammengetragen und mit Wirtschaft, Verwaltung und Politik kommuniziert wurden. Am Ende entstand ein Entwurf für ein vielfältiges neues Quartier, das verschiedenen Ansprüchen gerecht werden und unterschiedliche, für den Stadtteil typische Nutzungstypen vereinen soll. Dieser befindet sich aktuell noch in der Umsetzungsphase, von deren Ergebnis der Erfolg dieses Beteiligungsverfahrens abhängt (Interview mit Bodo Hafke, Baudezernent im Bezirksamt Hamburg-Mitte, 08. Oktober 2019; Fokusgruppendifkussion mit engagierten Bewohner*innen, 13. August 2019).

Beispiel guter Praxis: Nachbarschaftsgespräche, Pforzheim

Mit den 2017 zunächst als Pilotprojekt des Landes Baden-Württemberg gestarteten *Nachbarschaftsgesprächen* wurde in Pforzheim ein neues Format der Beteiligung von und des Austausches mit Bürger*innen geschaffen. Politik und Verwaltung folgen hierbei dem Ansatz der „aufsuchenden Beteiligung“, indem sie im Rahmen eines organisierten Gesprächs zwischen Nachbar*innen in ausgewählte Stadtteile hineingehen und in den direkten Dialog mit den Menschen vor Ort treten. Dieses Vorgehen ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zu diesen sonst häufig als distanziert wahrgenommenen Elementen der lokalen Demokratie und kann so das Vertrauen in Politik fördern.

Die Teilnehmer*innen der Gesprächsrunde werden mittels einer Zufallsauswahl bestimmt: Hierzu werden Bewohner*innen der jeweiligen Stadtteile zufällig aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt und zum *Nachbarschaftsgespräch* eingeladen. Interessierte können sich per Rückmeldung für die Veranstaltung anmelden. Durch die so erreichte zufällige Zusammensetzung der Gruppe von Nachbar*innen wird ein vielfältiger Querschnitt der Bevölkerung abgebildet. Dass viele der Beteiligten sich nicht persönlich kennen, wirkt sich eher positiv auf die häufig kooperative Atmosphäre in den Gesprächen aus. Durch die Anpassung des Einladungsprozesses auf verschiedene Stadtteilprofile ist es in Pforzheim gelungen, eine höhere Beteiligungsquote allgemein schlechter erreichbarer Zielgruppen zu bewirken; dieser Bereich ist jedoch weiterhin ausbaufähig.

Quelle: Hansen et al. 2021

Dass ein langgezogener, umständlicher Prozess eine deutliche Entmutigung in der Bevölkerung hervorrufen kann, zeigt das Beispiel des *Bürgerhauses* in Dresden Prohlis: In einem aus der dörflichen Vergangenheit des Stadtteils erhaltenen Gebäudekomplex soll seit Mitte der 1990er Jahre ein Zentrum entstehen, das Räume für vielfältige Aktionen, Angebote und Veranstaltungen bietet. Aufgrund der aktuell stark eingeschränkten Verfügbarkeit von Räumlichkeiten in Prohlis stieß dieses Vorhaben auf große Zustimmung. Eine Ideensammlung des Quartiersmanagements für mögliche Nutzungsprofile und -ansprüche wurde erst 2018 vom Stadtrat bestätigt. Die Entwürfe für das Bauvorhaben lagen im Herbst 2020 vor; das *Bürgerhaus* soll nach einer längeren Umbauphase 2023 seine Türen öffnen, knapp dreißig Jahre nach den ersten Bemühungen, dieses Zentrum entstehen zu lassen. Dieser lange Zeithorizont hatte auf die Einstellung zu Beteiligungs- und Stadtentwicklungsprozessen vieler Bewohner*innen des Quartiers eine ernüchternde Wirkung (Quartiersmanagement Prohlis o.D.; Interview mit Katrin Lindner, Quartiersmanagement Dresden Prohlis, 11. August 2019; Interview mit Martina Müller, Stadtplanungsamt Dresden, Sachbereich Stadterneuerung Dresden, 13. August 2019; Fokusgruppendifkussion mit engagierten Bewohner*innen, 12. August 2019).

6.4 Zwischenfazit

Die zahlreichen Beispiele in diesem Kapitel zeigen, dass Gemeinwesenarbeit auf den drei Ebenen des Individuums, der Zivilgesellschaft und der Kommune auf vielfältige Art und Weise einen Beitrag zur Entwicklung und Verbesserung lokaler Demokratie leisten kann. Dabei gibt es weder eine Herangehensweise, noch ein bestimmtes Format, die Allgemeingültigkeit beanspruchen können. Vielmehr muss sich Gemeinwesenarbeit immer an den lokalen Gegebenheiten ausrichten und präzise an die Situation vor Ort anpassen, um Menschen zu aktivieren und zu empowern. Trotz dieser flexiblen Arbeitsweise gelingt es nicht immer, die Projekte und Aktionen erfolgreich im Stadtteil zu etablieren.

Die Bandbreite der in diesem Kapitel präsentierten Ansätze unterstreicht jedoch den Stellenwert der Experimentierfreudigkeit für eine Gemeinwesenarbeit, die einen positiven Effekt auf die gesellschaftliche und politische Beteiligung der Bewohner*innen entfalten kann. Die Ausrichtung der Angebote an den örtlichen Gegebenheiten führt im Gegenzug auch zur Ausprägung unterschiedlicher Profile bzw. Strategien, die sich in den unterschiedlichen Herangehensweisen der Gemeinwesenarbeit erkennen lassen.

7 Strategien der Gemeinwesenarbeit

Die Ergebnisse der Studie „Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ zeigen, dass es in den von uns untersuchten Gebieten eine spezifische Ausgestaltung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten gibt, die mit sozioökonomischen Rahmenbedingungen und politischen Entwicklungsdynamiken, lokalen Akteurskonstellationen und Netzwerkstrukturen sowie den konzeptionellen Grundlagen und der strategischen Ausrichtung von Gemeinwesenarbeit zusammenhängen. In der Studie konnten verschiedene Schwerpunktsetzungen in den Strategien der zentralen Akteur*innen von Gemeinwesenarbeit zur Stärkung lokaler Demokratie herausgearbeitet werden (vgl. Gesemann 2021). Bezogen auf die in diesem Bericht berücksichtigten Untersuchungsgebiete finden sich folgende Herangehensweisen der Gemeinwesenarbeit vor Ort:

- Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und politische Beteiligungserwartungen in einem eigensinnigen und widerständigen, von Gentrifizierung betroffenen Stadtteil in Hamburg St. Pauli Süd;
- Aktivierung und Empowerment artikulatioonsschwächerer, sozial benachteiligter und politisch nicht repräsentierter Bevölkerungsgruppen in der Dortmund Nordstadt; und
- Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit als niedrigschwellige Demokratie- und Strukturförderung in Dresden Prohlis.

Durch die Identifizierung spezifischer Handlungsansätze sollen – vor dem Hintergrund lokaler Besonderheiten und Herausforderungen – Anregungen gegeben werden, wie die Potenziale, die in einer stärkeren Verzahnung von aktiver Gemeinwesenarbeit und strategisch orientierter Kommunalpolitik liegen, besser erschlossen werden können. Zu den zentralen Herausforderungen gehört hierbei die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch die Gestaltung von Partizipation, Begegnung und Dialog zwischen heterogenen Bevölkerungsgruppen.

7.1 Hamburg St. Pauli Süd: Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und politische Beteiligung in einem eigensinnigen Stadtteil

Das Thema Wohnen ist angesichts steigender Mieten, des insbesondere in Städten herrschenden Mangels an (bezahlbarem) Wohnraum, Verdrängungsprozesse und Straßenproteste in vielen großen Städten in den letzten Jahren wieder zu einem zentralen und kontroversen Thema in der politischen Debatte geworden (vgl. Holm 2014). Auch in unseren Untersuchungsgebieten ist ‚bezahlbares Wohnen‘ für viele Mieter*innen zu einem wichtigen Anliegen avanciert. Dabei haben sich aber auch gebietsspezifische Schwerpunkte herausgebildet, die von Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit aufgegriffen und bearbeitet werden. Die *GWA St. Pauli* hat sich im Laufe der Jahre eine besondere Akzeptanz bei der engagierten Auseinandersetzung mit Gentrifizierungskonflikten und der Wohnraumproblematik erworben, da diese Themen seit Jahren zentrale lokale Probleme darstellen.

In ihrer Stadtteilarbeit fördert die *GWA St. Pauli* Eigeninitiative und Selbstorganisation, vernetzt Einzelne und Gruppen im Stadtteil miteinander, moderiert Dialoge und Konflikte und fördert politische Teilhabe, beispielsweise mittels Mieterinitiativen, Demonstrationen oder Stadtteilstesten. Die *GWA St. Pauli* verfolgt eine parteiliche Gemeinwesenarbeit, die das Machtgefälle bei Beteiligungsprozessen in den Blick nimmt, die Bewohner*innen zu stärken versucht und dabei auch vor Konflikten nicht zurückscheut:

„Wir haben einen Blick darauf [...], dass es keinen neutralen Runden Tisch in der Gesellschaft gibt, der Tisch hat Ecken und Kanten. Es gibt Leute, die sind artikulationsstärker, und es gibt Leute, die kommen gar nicht an diesen Runden Tisch. Entweder, weil sie nicht gewünscht sind, oder weil sie sich nicht eingeladen fühlen, oder weil sie nicht gesehen werden als Akteure in diesem Prozess. Das ist [...] unser Selbstverständnis, unsere Aufgabe, diese Brüche, [...] dieses Machtgefälle und die bestimmten Herrschaftsinstrumente die es [...] offensichtlich gibt, im Blick zu haben und zu sagen: ‚Okay, wie kriege ich den Runden Tisch dann tatsächlich rund?‘“ (Interview mit Steffen Jörg, Mitarbeiter der GWA St. Pauli e.V. im Bereich Stadtteilpolitik, 14. Juni 2019).

Die Freie und Hansestadt Hamburg verfügt über eine lange Tradition der Konfliktbearbeitung zu den Themen Stadtentwicklung und Wohnen, die sich beispielsweise auch im „Netzwerk von Hamburger Initiativen für eine Stadt für alle“ zeigt, welches ein „Recht auf Stadt“ und „kollektive Selbstorganisation“ postuliert (vgl. Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg 2017). Der Stadtteil St. Pauli war dabei mit der *PlanBude* auch Schauplatz eines bemerkenswerten Beteiligungsprozesses, der bundesweit Beachtung gefunden hat. Nach dem *Park Fiction*, einer öffentlichen Grünfläche in der Nähe der Hafenstraße, ist es ein weiteres bottom-up-initiiertes Planungsverfahren in St. Pauli mit frühzeitiger und starker Einbeziehung der Anwohner*innen (vgl. Stövesand 2017).

Als Ergebnis eines umfassenden Beteiligungsprozesses ist im Rahmen der Aktion der *St. Pauli Code* entstanden, der Grundsätze beschreibt, die über die Neubebauung des Areals hinaus exemplarisch auch für die Zukunft des Stadtteils gelten sollen. Kleinteilige Strukturen, architektonische Vielfalt, Orte für Experimente und Subkultur, attraktive öffentliche Räume als Orte für Begegnung und Austausch sowie günstiger Wohnraum als Bedingung für eine soziale Mischung der Bewohnerschaft erklärt der Code als Voraussetzung für unverwechselbare Nachbarschaften (vgl. Gesemann 2021).

Das von der *PlanBude* erarbeitete Konzept für das betroffene *Baufeld 5* am Spielbudenplatz drohte Anfang 2020 an den hohen Kosten einiger ausgeschriebenen Bauabschnitte zu scheitern, die für interessierte Baugemeinschaften und Genossenschaften nicht tragbar waren. Erst durch ein Einschreiten der Stadt Hamburg, die schließlich das Areal erwarb, konnte die Umsetzung sichergestellt werden. Dieser Eingriff stellt jedoch vor allem aufgrund des hohen finanziellen Aufwands eine „Ultima Ratio“ (Finanzsenator Dr. Andreas Dressel, zitiert nach Twickel 2020) dar. Das Spannungsfeld zwischen Interessen der Wohnbevölkerung, Immobilienwirtschaft und Politik wird damit zwar durch Erfahrungen eines erfolgreichen Beteiligungsprozesses angereichert, aber unterschiedliche Bedarfe, Interessen und Handlungsmöglichkeiten werden auch in Zukunft mehr oder weniger konflikthaft aufeinandertreffen. Zurückgegriffen werden kann dabei zukünftig auf die Erfahrungen eines erfolgreichen Beteiligungsprozesses. Als Gelingensbedingungen für die „Verankerung des Stadtteilinteresses im Planungsprozess“ werden dabei von Akteur*innen des *PlanBude*-Teams „im Rückblick“ folgende Punkte hervorgehoben (vgl. Tribble/Wedler 2019: 211):

- „Frühzeitiger Planungsprozess, solange noch Entscheidungsmacht besteht,
- Zusicherung der Relevanz der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses in der weiteren Planung,
- Dauer und Tiefe des Beteiligungsprozesses,
- gleichberechtigte Stellung des Stadtteilinteresses neben den Interessen von Planung und Politik sowie Eigentümer*innen und Investor*innen, Ableitung von grundsätzlichen Prinzipien und damit prüfbarer Kriterien für die zukünftige Entwicklung.“

Zum Gelingen des Beteiligungsprozesses haben allerdings nicht zuletzt auch die besondere Mischung der Bevölkerung auf St. Pauli und ihr zivilgesellschaftliches Selbstverständnis beigetragen. Das alternative, beteiligungsorientierte und konfliktbereite, aber auch solidarische Miteinander und Selbstverständnis vieler Bewohner*innen zeigt sich auch in den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung, die im Rahmen der Studie durchgeführt wurde (vgl. Seidel/Gesemann 2021 sowie Kapitel 5). Die Identifikation mit dem Stadtteil, der Umfang sozialer Kontakte, gegenseitige Unterstützung und Hilfe, der Einsatz für lokale Interessen und politisches Engagement – all diese Werte sind in St. Pauli besonders ausgeprägt. Nur das Vertrauen in die lokale Politik ist vergleichsweise gering, wofür es aber eine einleuchtende Erklärung gibt: Die Dinge selbst ‚in die Hand zu nehmen‘ und nicht auf politisch Verantwortliche zu vertrauen, gehört fest zur Tradition und Stadtteilkultur.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und Mobilisierungskraft in St. Pauli, trotz der Einschränkungen, die durch die ‚Rettung in letzter Sekunde‘ deutlich wurden, als besonderes Beispiel eines ergebnisoffenen Beteiligungsformats unter starker Beteiligung der Stadtteilbevölkerung und mit allseits gelobten Ergebnissen gelten kann. Dieses markiert in Hamburg eine neue Qualität in der Kooperation zwischen Politik bzw. Verwaltung, (Wohnungs-) Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die *GWA St. Pauli* ist eine wesentliche Akteurin in diesen zivilgesellschaftlichen Aktivierungs- und Beteiligungsprozessen, die von ihr (mit-) initiiert, begleitet und gestärkt werden. Sie bewegt sich allerdings in einem Spannungsfeld von repräsentativer Demokratie und direkten Beteiligungsansprüchen, das bei den verschiedenen Akteur*innen Fragen nach dem Rollenverständnis der Gemeinwesenarbeit aufwirft.

7.2 Dortmund Innenstadt-Nord: Empowerment und Dialogveranstaltungen im Ankommensstadtteil

Die Dortmunder Nordstadt war im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms *Soziale Stadt* „ein Pionier der ersten Stunde“ (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2019: 20), wobei die Schwerpunkte auf der Vernetzung der Akteur*innen, der Stabilisierung und Aufwertung des „Integrationsinkubators“ Dortmund Nordstadt durch erhebliche Investitionen, dem restriktiven Umgang mit Problemimmobilien sowie gezielten Maßnahmen der Imageverbesserung lagen (vgl. ebd.: 20 ff.).¹¹ Ein zentrales Anliegen des Aktionsplans *Soziale Stadt Dortmund* war es zudem, das Selbsthilfepotenzial, das gemeinsame Handeln und das nachbarschaftliche Miteinander der Menschen durch Aktionsraumbeauftragte, Quartiersmanagementteams und Projektfonds zu stärken (vgl. Stadt Dortmund 2018).

Die strategische Ausrichtung des Quartiersmanagements in der Nordstadt hat sich jedoch in den letzten Jahren gewandelt. Seit den Anfängen in den 2000er Jahren waren aktivierend-partizipatorische Ansätze und die Schaffung eines niedrighwelligen Rahmens für die Artikulation nicht-organisierter Interessen aus der Bewohnerschaft ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Quartiersmanagements. Die konzeptionelle Ausgestaltung wurde auch durch den *Planerladen* mitbestimmt, der zu den Initiatoren der Quartiersmanagementstruktur gehörte und bis Ende 2010 Träger des Quartiersmanagements im Hafen-Quartier war (vgl. Staubach 2013: 35 ff.). Aus der aktivierenden und parteilichen Haltung des *Planerladen* gegenüber vernachlässigten Interessen im Quartier ergaben sich jedoch Reibungen mit lokal- bzw. kommunalpolitischen Ebenen, die einer Fortsetzung des Quartiersmanagements in dieser Form im Weg standen.

¹¹ Die Dortmunder Nordstadt wurde von 1999 bis 2019 über das Programm *Soziale Stadt* gefördert.

Die neue kommunale Ausrichtung des Quartiersmanagements zielt auf eine städtebauliche Aufwertung des Stadtteils und setzte daher zuletzt die Schwerpunkte vor allem in den Bereichen Stadterneuerung, Immobilienmanagement und Imageförderung. Die Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen rückt dabei in den Hintergrund, denn nur wenige der früheren bewohnernahen partizipativen Elemente wurden in die aktuelle Arbeit übernommen. Diese Entwicklung lässt eine gewisse Abkehr von gemeinwesenorientierten Ansätzen und Strukturen mit direkten Beteiligungs- und Aktivierungsformaten erkennen, die sich an alle, vor allem aber an benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Stadtteil richten. Zugleich kann die Nordstadt aber auf Erfahrungen aus einem Jahrzehnt gemeinwesenorientierten und empowernden Quartiersmanagements zurückgreifen, auf die künftig erneut aufgebaut werden könnte. Ein neues Potenzial der gegenwärtigen Quartiersarbeit sehen kommunale Akteur*innen dagegen in der nun verstärkten Rolle des Quartiersmanagements als Vernetzer „oberhalb“ der breiten lokalen Trägerstruktur und in der gemeinwesenbezogenen Arbeit von Regeleinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen oder Jugendfreizeiteinrichtungen.

Der *Planerladen* sieht sich in der Stadtteilarbeit nicht als „neutrale Instanz“, sondern versucht für eine sozialverträgliche und partizipative Quartiersentwicklung aktiv Position zu beziehen. Prof. Dr. Reiner Staubach, Vorstandsmitglied des Vereins, berichtet, dass dieser empowernde Ansatz von Seiten der kommunalen Politik jedoch nicht erwünscht gewesen sei. Der *Planerladen* mache sich mit seiner explizit auf Inklusion setzenden Haltung „nicht bei allen Institutionen beliebt“ (Interview mit Prof. Dr. Reiner Staubach, Vorstandsmitglied des *Planerladen e.V.*, 14. Juni 2017).

Eine derartige emanzipatorische Handlungsmacht und Unabhängigkeit erscheint allerdings sehr voraussetzungsvoll; sie muss über Erfahrung und Wissen immer wieder erkämpft werden. Die oftmals unbequeme Haltung des *Planerladen* wird in Teilen der Stadtverwaltung geschätzt, da sie zur Belebung der lokalen Demokratie beitrage. So unterstreicht Christiane Certa, Leiterin Strategische Sozialplanung im *Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit* der Stadt Dortmund, die politische Komponente der Arbeit des *Planerladen* und lobt die so hervorgerufene Polarisierung als wichtiges Element für das Leben und den Diskurs im Stadtteil (Fokusgruppendifkussion mit Christiane Certa, Strategische Sozialplanung der Stadt Dortmund, Uta Wittig-Flick, Gebietskordinatorin Nordstadt, Stadterneuerung und Quartiersentwicklung der Stadt Dortmund, und Martin Gansau, Quartiersmanagement Nordmarkt, 19. August 2019).

Der sozialräumliche Arbeitsansatz des *Planerladen* basiert auf dem Grundsatz der „aktivierenden Einmischung“, die darauf abzielt, nicht nur individuelle Kompetenzen der Bewohner*innen zu stärken, sondern diese auch strukturell in die Lage zu versetzen, ihre Interessen zu artikulieren und zu vertreten (Kabis-Staubach/Staubach 2017: 5). Dazu gehören horizontale und vertikale Unterstützungsleistungen wie die Förderung der Selbstorganisation verschiedener Gruppen,¹² die Förderung von Begegnungen von Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus, ethnischen Herkunftsgruppen und Stadtteilen¹³ sowie die Stärkung demokratischer Kompetenzen und Teilhabe von benachteiligten, weniger artikulationsstarken Gruppen. Erfolgsfaktoren gelingender sozialräumlicher Aktivierung und Beteiligung seien dabei niedrigschwellige Ansprache, kommunikative Nähe, interkulturelle Öffnung von Angeboten und Institutionen, sowie der Einsatz von Kultur- und Sprachmittlern (Kabis-Staubach/Staubach 2017).

¹² Beispielsweise der *Dortmunder Türkische Elternverein DOTEV e. V.* (2000), der Kleingartenverein *Yeşil Bostan e. V.* (2004) sowie der *Solidaritäts- und Freundschaftsverein der Neuzuwanderer Dortmund (SFN) e. V.* (2014).

¹³ Siehe z. B. das Bürgerforum *Nord trifft Süd* (seit 2012) und das Projekt *Dortmund all inclusive – Ein Projekt zur Förderung des innerstädtischen Grenzverkehrs* (2015 bis 2017). Zur Bedeutung von Dialogformatieren in der Dortmunder Nordstadt siehe auch Döring/Kurtenbach (2020).

Strategien, die sich auf die Aktivierung und Vernetzung endogener Potenziale und das Angebot kompensatorischer Unterstützungsangebote für benachteiligte Menschen beschränken, sind allerdings in Ankunftsquartieren wie der Dortmunder Nordstadt, die von Armutsrisiken und mangelnden Ressourcen ihrer Bewohner*innen geprägt sind, nicht ausreichend. Die lokal verfügbaren Ressourcen müssen auch auf der gesamtstädtischen Ebene durch Interessenvertretung, Vernetzung, Verständigung und Vertrauensaufbau gestärkt werden. Zudem haben viele Menschen vor Ort kein Wahlrecht, wodurch ihre Mitsprache in der repräsentativen Demokratie eingeschränkt ist. Hier ist es wichtig, durch kommunale Interessenvertretungen, wie zum Beispiel den Integrationsrat der Stadt Dortmund, und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, „bessere Anschlussmöglichkeiten“ zu schaffen (vgl. Farwick et al. 2019: 54).

Zu den Besonderheiten des *Planerladen*, so lässt sich resümieren, gehören die Kontinuität der Aktivitäten in der Dortmunder Nordstadt, die Ausgründungen und Netzwerkbeziehungen sowie die Unabhängigkeit des Vereins von kommunalen Finanzzuweisungen. Dies ermöglicht dem *Planerladen*, seinen Ansatz der „aktivierenden Einmischung“ konsequent zu verfolgen. Seine politische Unabhängigkeit, wissenschaftliche Expertise und strategischen Kooperationen mit relevanten Akteur*innen erlauben dem *Planerladen* zudem, politische Debatten insbesondere im Bereich der Antidiskriminierungs-, Integrations- und Wohnungspolitik erfolgreich anzustoßen.

7.3 Dresden Prohlis: Demokratieförderung und Quartiersentwicklung in einer Großwohnsiedlung

Zu den Aufgaben und Zielen des Quartiersmanagements Prohlis gehören die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft sowie die Initiierung, Begleitung und Unterstützung von Projekten der Bürger*innen in den unterschiedlichsten sozialen, kulturellen und ökonomischen Handlungsfeldern. Wie auch in anderen Programmgebieten der *Sozialen Stadt* gibt es in Prohlis einen Quartiersrat und einen Verfügungsfonds, über die demokratische Beteiligung im Stadtteil organisiert werden. Bemerkenswert im Kontext der Stärkung lokaler Demokratie erscheint aber vor allem die Rolle des Quartiersmanagements Prohlis bei der Initiierung und Unterstützung kultureller Angebote wie dem Projekt *Zu Hause in Prohlis* und dem *Gemeinschaftsgarten Prohlis* (siehe Kapitel 6) sowie dem Netzwerk *Prohlis ist bunt!*

Letzteres ist ein Zusammenschluss aus Einrichtungen und Vereinen, der *Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Prohlis*, dem *Ortsamt Prohlis*, dem *Quartiersmanagement Prohlis* sowie weiteren Akteur*innen. Die Beteiligten setzen sich für eine aktive Gestaltung des Stadtteils und ein friedliches Zusammenleben ein. Sie möchten zudem ein Zeichen gegen rassistische Einstellungen setzen und in Prohlis ein „Klima des Willkommens“ für Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere Geflüchtete, schaffen. Vom Netzwerk werden verschiedene Projekte wie Deutschkurse, Patenschaften zur Unterstützung von Geflüchteten und ein Begegnungscafé angeboten. Die einzelnen Aktionen und Projekte werden von engagierten Bürger*innen durchgeführt.

Aus Sicht der Quartiersmanagerin ist das Netzwerk Prohlis ist bunt! für alle Beteiligten sehr wichtig, „da es Austausch, Synergien, gemeinsame Aktivitäten, gegenseitige Unterstützung und Sensibilisierung“ ermögliche. Es habe aber auch wichtige Potenziale für „die Vertretung des Stadtteils und seiner Bedarfe nach Außen“ (Katrin Lindner, Quartiersmanagement Dresden Prohlis, E-Mail vom 20. März 2020). Das Quartiersmanagement habe bei der Entstehung und Verankerung des Netzwerks eine

zentrale Rolle gespielt, da es für die Koordination zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellt. Zudem übernahm es in Teilen die Mittelakquise für kleinere Veranstaltungen; die unternehmerische Form des Trägers setzt hier jedoch Grenzen, wodurch das Netzwerk finanziell eingeschränkt sei, was die gemeinsame Arbeit erschwere (ebd.).

Letztendlich fehlt es Katrin Lindner zufolge bei den kommunalen Entscheidungstragenden an der Einsicht, dass die Gemeinwesenarbeit bzw. die Netzwerkarbeit der Akteur*innen eine elementare Grundlage für die Teilhabe der Menschen, einen lebendigen Stadtteil und den Austausch mit anderen Stadtteilen ist. Bereits einige Jahre zuvor hatte die langjährige Quartiersmanagerin Veronika Gottmann (2017: 162) mehr Ressourcen für eine aktivierende und empowernde Gemeinwesenarbeit gefordert, um die Potenziale der Bevölkerung im Wohngebiet besser zu erschließen und die Träger zu entlasten:

„Um mehr für das Wohngebiet zu erreichen und weitere Angebote zu generieren, ist eine ausreichend finanzierte und mit Räumlichkeiten ausgestattete Gemeinwesenarbeit dringend erforderlich. Es gibt Engagement in Prohlis, gerade der sozial Schwachen, aber es braucht Strukturen. Ohne diese kann der ‚Schatz‘ des Gebietes nicht gehoben werden und es bleibt bei betreuenden paternalistischen Strukturen, die wenig Raum für das Erleben von Selbstwirksamkeit lassen“ (Gottmann 2017: 162).

Das Lokale Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden (Landeshauptstadt Dresden 2017) verfolge zwar eine bessere Verzahnung von Demokratie- und Stadtteilentwicklung, setze aber zu hochschwellig an. Es begreife Gemeinwesenarbeit nicht per se als Demokratiearbeit, sondern verlange den Förderbedingungen entsprechende Anträge, was für die lokalen Träger zu anspruchsvoll ist (Katrin Lindner, Quartiersmanagement Dresden Prohlis, E-Mail vom 20. März 2020). Es erscheint daher paradox, dass die Landeshauptstadt Dresden mit dem Lokalen Handlungsprogramm und dem Entwicklungskonzept für Prohlis über Instrumente verfügt, um Handlungskonzepte und -programme zur Demokratie- und Stadtteilentwicklung stärker aufeinander zu beziehen, die damit verbundenen Potenziale aber aufgrund des unternehmerischen Charakters des Trägers des Quartiersmanagements und der Ausrichtung der Förderung nicht in vollem Umfang erschlossen werden können.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen in der Landeshauptstadt Dresden liefern einen deutlichen Beleg für die Herausforderungen für die (lokale) Demokratie (vgl. Kapitel 4.2). Dieser nimmt sich das Quartiersmanagement im Rahmen unterschiedlicher Formate an, die Menschen mittels eher unpolitischer Tätigkeiten eine Möglichkeit für Austausch und Verständigung bieten. Katrin Lindner plädiert in diesem Zusammenhang für eine niedrigschwellige Demokratieförderung. Die „traditionellen“ politisch orientierten Projekte seien „eher auf die Mittelschicht ausgelegt“ und in Bezug auf die demokratische Lücke weniger wirksam als andere Formen von Aktivierung und Empowerment: „Es muss diese positiven Erfahrungen im Machen geben“ (Katrin Lindner, Quartiersmanagement Dresden Prohlis, Reflexionsworkshop in Berlin, 3. März 2020; zitiert nach Gesemann 2021: 94f.).

Die Landeshauptstadt Dresden hat auf diese Herausforderungen, so lässt sich resümieren, mit der Entwicklung und Fortschreibung von Konzepten und Handlungsprogrammen zur Förderung von Demokratie, Teilhabe und Weltoffenheit sowie der Verzahnung mit sozialraumbezogenen Entwicklungskonzepten reagiert. So hat das vom Quartiersmanagement unterstützte Netzwerk *Prohlis ist bunt!* zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktivitäten im Stadtteil entfaltet, die das Miteinander im Stadtteil und den Umgang von Geflüchteten und Neuzugewanderten nachhaltig geprägt haben. Die soziale

Netzwerkarbeit, aber auch die sozio-kulturellen Projekte des Quartiersmanagements scheinen positiv auszustrahlen und zur Verbesserung des Zusammenlebens beizutragen. Die Beispiele zeigen, dass die Verzahnung kommunaler und sozialraumbezogener Konzepte wirksam ist, wenn lokale Akteur*innen wie das Quartiersmanagement Prohli einbezogen und zentrale Akteur*innen im Quartier themenbezogen vernetzt werden.

7.4 Zwischenfazit

Die Potenziale der Gemeinwesenarbeit für eine Vitalisierung der lokalen Demokratie liegen vor allem in der Aktivierung und dem Empowerment weniger artikulationsstarker Bevölkerungsgruppen, der Förderung von Begegnung und Dialog im Gemeinwesen, der Prävention antidemokratischer und (rechts-) populistischer Haltungen und Strömungen sowie in der Vermittlung zwischen den Strukturen der repräsentativen Demokratie und lokalen Bewohnerorganisationen. Allerdings können diese Potenziale nur erschlossen werden, wenn lokal verankerte Träger von der Kommune ein entsprechendes Mandat erhalten, hierfür ausreichende Ressourcen bereitgestellt und förderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Ergebnisse der Studie „Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ unterstreichen zudem, dass eine aktive Kommunalpolitik, die sozialräumlichen Ungleichheiten entgegenwirkt sowie Integration, Teilhabe, Engagement und Beteiligung fördert, ein weiterer Schlüsselfaktor ist.

8 Diskussion der Ergebnisse und Fazit

Die zahlreichen Projekt- und Aktionsbeispiele aus den Untersuchungsgebieten sowie die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zeigen, dass Gemeinwesenarbeit das Schaffen von (lokalen) Resonanzräumen unterstützen und auf diese Weise eine demokratiefördernde Wirkung entfalten kann. Dieser Prozess entfaltet sich mit unterschiedlichen Dynamiken auf drei Ebenen:

- Das **Individuum** wird durch aufsuchende Arbeit oder niedrigschwellige Angebote angesprochen und profitiert vom ausgeprägten Fokus der Gemeinwesenarbeit auf der Aktivierung und dem Empowerment artikulationsschwächerer Bevölkerungsgruppen. Durch die Beteiligung an Aktionen, Projekten und Veranstaltungen können die Menschen in der Folge ihre demokratischen Kompetenzen (weiter) ausbilden und Beteiligungsmöglichkeiten besser ausschöpfen bzw. anfordern.
- Die **Zivilgesellschaft** wird mithilfe von begegnungs- und dialogfördernden Formaten adressiert, eingebunden und zur weiterführenden (Selbst-) Organisation ermutigt. Die Gemeinwesenarbeit fördert in diesem Zusammenhang auch die diskursive demokratische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Standpunkten und hilft so, eine inklusive Gesprächskultur zu entwickeln.
- Die **Kommune** erfährt durch die Gemeinwesenarbeit eine Erweiterung und Ergänzung der Beteiligungsmöglichkeiten für Bewohner*innen. Durch die bessere Vernetzung von Akteur*innen und die zunehmende Einforderung von Beteiligung durch Bewohner*innen entstehen neue und verbesserte Kommunikationskanäle zwischen (Lokal-) Politik, Verwaltung und der Wohnbevölkerung.

8.1 Gelingensbedingungen der Gemeinwesenarbeit

Damit sich diese Dynamiken entwickeln können, müssen einige Gelingensbedingungen für die Gemeinwesenarbeit erfüllt sein. Zunächst ist es für die Eingliederung von Gemeinwesenarbeit in die (Soziale) Arbeit vor Ort sowie für die Interaktion zwischen verschiedenen lokalen Organisationen und politischen Akteur*innen wichtig, dass die Kommunalpolitik offen für neue Impulse und eine partizipative sowie strategische Ausrichtung ist. Idealerweise sollte sich die von kommunaler Politik und Verwaltung vertretene Strategie durch einen starken Stadtteilbezug, eine ausgeprägte Diversitätssensibilität, Engagementförderung und ein Interesse an (mehr) Bürgerbeteiligung auszeichnen.

In diesem Zusammenhang hat die Ernsthaftigkeit, die hinter Beteiligungsformaten steht, eine zentrale Bedeutung. Für die Bewohner*innen, die im Rahmen von durch die Gemeinwesenarbeit begleiteten Formaten an Entscheidungsprozessen der lokalen Politik und Verwaltung beteiligt werden, ist entscheidend, dass ihre Stimmen gehört und ernstgenommen werden. Dies führt zu Selbstwirksamkeitserfahrungen, die einen positiven Effekt auf den Beteiligungswillen der Menschen und das Vertrauen in lokale Demokratie haben können (vgl. Karnick et al. 2021; Kausmann et al. 2021). Daher muss sichergestellt sein, dass eine Scheinbeteiligung ausgeschlossen ist, denn diese würde die Politikverdrossenheit nur weiter verstärken.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten des Projekts „Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ zeigen zudem, dass Gemeinwesenarbeit vor allem dann viele Menschen erreicht, wenn sie auf sogenannte „Ankerorte“ zurückgreifen kann (vgl. Kapitel 5). Dies können unterschiedliche Institutionen im Quartier sein, beispielsweise Nachbarschafts-, Familien- oder Kulturzentren, die bei den Bewohner*innen bekannt sind, durch vielfältige Angebote unterschiedlichste Zielgruppen ansprechen und so einen Ort für Begegnung, Engagement und Beteiligung bieten. Gemeinwesenarbeit kann diese Einrichtungen als Plattform für Ansprache und Aktivierung sowohl auf der individuellen als auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene nutzen. Außerdem können diese Orte Räume für die (Selbst-) Organisation von Bewohner*innen zur Verfügung stellen.

Die Qualität der lokalen Infrastruktur, Verfügbarkeit von Stadtteil-, Nachbarschafts-, Familien- und Kulturzentren ist nicht zuletzt eine Frage der Ressourcenausstattung, einer weiteren Gelingensbedingung von Gemeinwesenarbeit. Ohne ausreichende finanzielle, personelle und infrastrukturelle Ressourcen sind den Möglichkeiten vor Ort deutliche Grenzen gesetzt. Eine Absichtserklärung seitens der lokalen Politik und Verwaltung ist nicht ausreichend, um wirkungsvolle Effekte entfalten zu können. Stattdessen benötigt Gemeinwesenarbeit einen verlässlichen Förderrahmen, der auch eine mittelfristige Planung ermöglicht. Nur so können relevante Veranstaltungs- und Projektformate zusammen mit den Bewohner*innen entwickelt und erprobt werden.

Wie die Fallbeispiele aus den Untersuchungsgebieten zeigen (vgl. Kapitel 6), sind trotz sorgfältiger Planung nicht alle Projekte ein Erfolg – manchmal braucht es mehrere Anläufe, andere Ideen passen hingegen abschließend nicht so gut zu den örtlichen Bedingungen, wie zunächst gedacht. Für ein solches ‚konstruktives Scheitern‘ muss ein Spielraum geschaffen werden, der sich in der Ressourcenzuteilung widerspiegelt und zum Ausprobieren neuer, teilweise auch unkonventioneller Formate einlädt.

Bei der Betrachtung dieser Gelingensbedingungen sowie der Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Erhebungen in den Untersuchungsgebieten (vgl. Kapitel 5 und 6) wird deutlich, dass neben

einigen zentralen Punkten die örtlichen Faktoren eine wichtige Rolle für die Ausrichtung und den Erfolg von Gemeinwesenarbeit spielen. Daher ist die vielleicht wichtigste Voraussetzung für eine gelungene Gemeinwesenarbeit, dass sich diese den Bedingungen im Quartier anpasst und allgemeine Handlungsempfehlungen und -richtlinien auf die Situation vor Ort bezieht. Diese Flexibilität sollte von den verfügbaren Förderrahmen gespiegelt bzw. aufgefangen werden.

8.2 Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit

Trotz der stark variierenden Situationsausprägung in den Untersuchungsgebieten lassen sich zusammenfassend einige übergreifende Herausforderungen beschreiben, denen sich die Gemeinwesenarbeit stellen muss. So sieht sich die menschenrechtsorientierte Gemeinwesenarbeit in einigen Quartieren mit antidemokratischen und (rechts-) populistischen Haltungen und Strömungen konfrontiert. Solche Situationen komplizieren die Aktivierung und das Empowerment von Bewohner*innen, da diese Prozesse grundsätzlich innerhalb des demokratischen Spektrums und mit einem Fokus auf das Gemeinwohl stattfinden sollen. Des Weiteren kann es in diesen gesellschaftlichen Dynamiken passieren, dass der Versuch, mehr Bewohner*innen zur Ausübung ihres Wahlrechts zu ermutigen, zu höheren Stimmanteilen für rechtspopulistische und demokratiefeindliche Parteien, nicht zuletzt für die AfD, führt.

Eine erfolgreiche Gemeinwesenarbeit kann in diesen Situationen auf präventive Maßnahmen setzen und mit Aktionen und Veranstaltungsformaten aus dem Bereich der politischen Bildung ergänzt werden. Auch hier bedarf es entsprechenden Förderprogrammen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene, die eine nachhaltige Stärkung der (lokalen) Demokratie ermöglichen.

Schließlich sollte Gemeinwesenarbeit zum Ziel haben, die Diversität der Wohnbevölkerung sowie die daraus resultierende Bandbreite an Bedarfen aufzugreifen und abzubilden. Eine interkulturelle Öffnung sowie eine gezielte Ansprache unterschiedlicher, teilweise auch marginalisierter Communities sind zentrale Aspekte für die Umsetzung dieses Anliegens. Die Fallbeispiele der *JuMi-Lotsen* aus Berlin Spandau Heerstraße Nord sowie des engagierten Bewohners der Dortmunder Nordstadt (siehe Kapitel 6.1) zeigen, dass Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen ein immenses Potenzial für die Einbindung von Sprachbarrieren betroffener Communities birgt. Zudem spielen Multiplikator*innen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Darüber hinaus müssen jedoch (neue) Ansätze entwickelt werden, die Zielgruppen ansprechen und in den Stadtteil einbinden, zu denen aktuell wenig oder kein Kontakt besteht. Die Fokussierung auf niedrigschwellige, individuell an den jeweiligen Bedarfen ausgerichtete Formate macht die Gemeinwesenarbeit hier zu einem idealen Instrument, das dieser Herausforderung unter der (Gelingens-) Bedingung einer ausreichenden personellen Ausstattung gewachsen ist.

Schließlich ist jede*r Einzelne gefordert, damit soziale Verbundenheit in einer zunehmend diverseren und vernetzten Gesellschaft entstehen kann: Für den Erwerb von Schlüsselkompetenzen wie „autonome Handlungsfähigkeit“ und „Interagieren in heterogenen Gruppen“, die für die persönliche und soziale Entwicklung der Menschen in modernen, komplexen Gesellschaften wesentlich sind (vgl. OECD 2005: 7), bedarf es vielfältiger Gelegenheiten für Begegnung, Dialog und Handeln, um ethnische, soziale und politische Grenzen zu überbrücken, und zudem eines Wissensfundus, wenn die Generierung von brückenbildendem sozialem Kapital im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten gelingen soll:

„Was erforderlich ist, sind vielmehr Fähigkeiten, Kenntnisse und Qualifikationen, den potenziellen Wert sozialer Beziehungen zu aktualisieren. [...] Wir müssen lernen, eine Interaktionskultur zu schaffen, die dazu beiträgt, dass Menschen soziale Verbundenheit gelingt“ (Allen 2020: 137ff.).

8.3 Weiterführende Forschungsfragen

Zusätzlich zu den praktischen Handlungsempfehlungen (siehe nachfolgend Kapitel 0), lassen sich aus den hier diskutierten Ergebnissen einige Forschungsfragen und -schwerpunkte ableiten, die lohnenswert für weitere Erhebungen erscheinen und interessante Anknüpfungspunkte für zukünftige Projekte darstellen (vgl. in Teilen auch Gesemann/Seidel et al. 2019):

- *Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld (stadt-) politischer Logiken und Rollenzuschreibungen.*
Nicht erst seitdem Gemeinwesenarbeit an vielen Standorten von Quartiersmanagement in seinen verschiedensten Ausprägungen und Erwartungen flankiert wird, bewegen sich Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit vor Ort in einem Spannungsfeld zwischen öffentlichen Dienstleister*innen mit Steuerungsanspruch „von oben“ und unabhängigen Vertreter*innen nachbarschaftlicher Anliegen „von unten“. Von den Logiken verschiedener Träger – von unabhängigen Vereinen bis hin zu privaten Stadtentwicklungsgesellschaften – sind zusätzliche Wirkungen auf die Positionierung in diesem Spannungsfeld zu erwarten, die es weiter zu ergründen gilt. Dazu gehört auch die Frage, wie eine angemessene Balance in der Kooperation von Gemeinwesenarbeit mit Politik und Verwaltung aussieht.
- *Wirkungen von Gemeinwesenarbeit auf politische Prozesse.*
Unsere Untersuchungen vor Ort haben gezeigt, dass Gemeinwesenarbeit zivilgesellschaftliche Anliegen bündelt und verstärkt und diese häufig erst öffentlich sichtbar macht. Die Frage aber, in welchem Umfang und mit welchem Erfolg Gemeinwesenarbeit dazu beitragen kann, diese Anliegen in politische Prozesse einzubringen und Veränderungen in Form politischer Entscheidungen zu bewirken, bedarf über die Darstellung von Einzelbeispielen hinaus einer Systematisierung, um Potenziale auf dieser Ebene einschätzen zu können. Wie schlägt sich Gemeinwesenarbeit also im politischen Prozess nieder, was kann Politik aus der Gemeinwesenarbeit lernen? Welche politischen Impulse benötigt Gemeinwesenarbeit? Gelingt es, politische Prozesse über die lokale Ebene hinaus zu beeinflussen?
- *Stärkung benachteiligter Quartiere in der lokalen Demokratie.*
Die soziale Segregation in deutschen Städten und die ungleiche sozialräumliche Verteilung führen in ärmeren, benachteiligten Gebieten zu einer Konzentration von Menschen, die sich nicht an Wahlen beteiligen (dürfen). Hierdurch kommt es zu einer Wechselwirkung zwischen Beteiligung und Interessenvertretung: Wer nicht an politischen Prozessen beteiligt ist, dessen*deren Interessen werden selten bis nie berücksichtigt. Bürger*innen, die keine Wirkkraft im eigenen potenziellen politischen Engagement sehen, werden entmutigt, sich am politischen Prozess zu beteiligen, und tragen damit dazu bei, dass ihre Interessen immer schwächer vertreten sind und sich die soziale Schere auch in soziopolitischer Hinsicht immer weiter öffnet. Gefragt werden muss daher auch, ob bzw. unter welchen Bedingungen es einer quartiersbezogenen Gemeinwesenarbeit gelingen kann, die Anliegen benachteiligter Stadtteile auch auf gesamtstädtischer Ebene sichtbar zu machen.

- *Kleinräumige Auswertungen der Wahlbeteiligung in (ausgewählten) Großstädten.*
 (u.a. interessant mit Bezug auf die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2021)
 In ausgewählten Städten könnten die Zusammenhänge zwischen sozialer und ethnischer Segregation, Wahlberechtigung, Wahlbeteiligung und Parteienpräferenzen näher analysiert werden. Zu fragen ist vor allem, welche Auswirkungen mangelnde Wahlberechtigung und -beteiligung auf die Legitimität kommunaler Gremien haben, wie Parteien und Politiker vor Ort auf diese Herausforderungen reagieren, und welche Handlungsansätze sich bewährt haben.
- *Empirische Erhebungen zur Politikverdrossenheit in benachteiligten Quartieren.*
 In Anlehnung an unsere Bevölkerungsbefragung bietet sich eine weiterführende, großflächige Untersuchung der Thematik des mangelnden Vertrauens in Politik an. Von Interesse sind in diesem Zusammenhang vor allem die Hintergründe und Ursachen dieser Dynamik sowie mögliche Lösungsansätze, die sich aus den Antworten der Bewohner*innen ableiten lassen. Eine Befragung kann zudem die Rolle bzw. das Potenzial der Gemeinwesenarbeit für eine Reduzierung von ‚Demokratiemüdigkeit‘ vor Ort näher beleuchten.
- *Beteiligung im Spannungsfeld von Demokratiedistanz und Rechtspopulismus.*
 Wie oben beschrieben, stellt dieses Spannungsfeld eine zentrale Herausforderung für die Gemeinwesenarbeit dar. Wichtige Fragen sind in diesem Zusammenhang: Wie kann lokale Beteiligung gefördert werden, ohne dass es rechtspopulistischen und demokratieverachtenden Kräften wie der AfD nutzt? Welche lokalen Konzepte entwickeln zentrale Akteur*innen (Gemeinwesenarbeit, politische Bildungsarbeit, Kommunalpolitik), um mit diesem Dilemma umzugehen?
- *Umgang der Kommunalpolitik mit sozialer Segregation und politischer Ungleichheit.*
 „Der Appell von Mannheim“ (2018) unterstreicht, dass die Auswirkungen globaler Prozesse mit einer zunehmenden Segmentierung der Städte „in unterschiedlich leistungsstarke und integrationsfähige Quartiere [...] qualitativ neue Ausmaße“ erreicht hat, die „langfristige Folgen [...] auch für Entscheidungsprozesse in den gewählten Gremien und den sie tragenden Parteien“ haben. Es müsse daher im gesamtstaatlichen Interesse liegen, „Städte und besonders diese Quartiere funktionsstüchtig zu halten für balancierte, demokratisch gesteuerte Entwicklungsprozesse“ (Der Appell von Mannheim 2018: 2ff.). Ansatzpunkte für Lösungsmöglichkeiten zur Stärkung der Demokratie durch eine aktive Stadt- und Quartierspolitik könnten im Rahmen einer weiterführenden Studie gesammelt und kontrastierend analysiert werden, um neue Potenziale und konstruktive Entwürfe herauszustellen.

9 Empfehlungen zur Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe

Potenziale für die Ausweitung von gesellschaftlicher Teilhabe und eine Vitalisierung der Demokratie lassen sich vor allem auf kommunaler Ebene erschließen, denn dort bieten sich aufgrund der Alltagsrelevanz und Lebensnähe politischer Prozesse sowie der geringeren Distanzen zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung niedrigschwelligere und wirksamere Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten. Auf lokaler Ebene kann der Kern der Demokratie, das Versprechen auf politische Gleichheit, daher am ehesten eingelöst werden. Zugleich zeigen sich insbesondere in Großstädten mit hohen Bevölkerungsanteilen von Menschen, die kein Wahlrecht besitzen, und einer häufig weit unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung in unterprivilegierten Stadtvierteln mit Bewohner*innen, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, besondere Herausforderungen. Kommunen können zudem die strukturellen Ursachen für ungleiche politische Beteiligung wie zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit, Armut und Bildungsungleichheit, Migration und mangelnder Bürgerstatus sowie soziale und räumliche Segregation wenig beeinflussen.

Demokratie ist nicht nur ein Verfahren kollektiver Entscheidungsfindung auf den unterschiedlichen Ebenen eines Staatswesens, sondern beruht auf geteilten normativen Überzeugungen und einer zivilgesellschaftlichen Praxis, die durch Merkmale wie Engagement und Partizipation, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, Offenheit und Toleranz sowie Gewaltfreiheit und Rechtsstaatlichkeit geprägt ist. Als Gesellschafts- und Lebensform lebt sie von Kompetenzen wie demokratischen Einstellungen und Werten, praktischen Handlungsfähigkeiten sowie Wissen und kritischem Denken. Demokratie reicht dabei von der Familie und der Arbeitswelt, über Institutionen wie Kindertageseinrichtungen und Schulen, bis zu öffentlichen Angelegenheiten. Sie wird gefördert durch vielfältige Mitwirkungs-, Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten in allen Bereichen des alltäglichen Lebens und die Identifikation der Bürger*innen mit ihrem Gemeinwesen. Kommunen können zu einer lebendigen Demokratie vor Ort beitragen, indem sie ganzheitliche Strategien der Demokratieförderung entwickeln, die möglichst vielfältige Anknüpfungspunkte für Engagement und Beteiligung bieten.

Um die demokratische Integration von Städten und Quartieren zu verbessern, können Strategien und Programme auf verschiedenen Ebenen weiterentwickelt werden. Im Rahmen des Abschlussberichts zum Projekt „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ wurden vielfältige Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Gemeinwesenarbeit vorgeschlagen, um demokratiefördernde Potenziale von Gemeinwesenarbeit besser zu erschließen (vgl. Gesemann/Riede 2021). Im vorliegenden Bericht haben wir den Bereich ‚Gesellschaftliche Teilhabe‘ mit den Dimensionen ‚Demokratische Kompetenzen‘, ‚Engagement und Beteiligung‘ sowie ‚Ausbau von Beteiligungsstrukturen‘ vertiefend in den Blick genommen, was sich auch in den folgenden Empfehlungen widerspiegelt:

9.1 Förderung demokratischer Kompetenzen

- *Gesellschaftliche Teilhabe durch (Weiter-) Entwicklung demokratischer Kompetenzen stärken:* Demokratische Einstellungen und Werte, selbständige Lern- und praktische Handlungsfähigkeiten sowie politisches Wissen und kritisches Denken sind wesentliche Elemente demokratischer Kompetenzen, die erlernt, geübt und erfahren werden müssen. Das erfolgt in Kindertageseinrichtungen und Schulen, in der beruflichen Bildung und im Arbeitsleben, in Initiativen, Vereinen und Verbänden

und im Rahmen von Beteiligungsverfahren und Dialogprozessen. Kommunen können als Träger der Kinder- und Jugendhilfe, als Akteur*innen und/oder Koordinator*innen lokaler Bildungslandschaften sowie von Partnerschaften für Demokratie entsprechende Aktionsbündnisse und Handlungskonzepte, Maßnahmen und Projekte fördern, die die Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürger*innen fördern.

Infoveranstaltungen im Vorfeld von Wahlen, bei denen die (lokalen) Kandidat*innen anwesend sind und der Bezug zum Alltag der Menschen vor Ort deutlich wird. Die Zielgruppe, bzw. Vertreter*innen dieser, sollte mindestens eine Fragerunde, idealerweise aber die komplette Veranstaltung (mit-) vorbereiten. Dadurch wird einerseits sichergestellt, dass das Format die Menschen inhaltlich anspricht, andererseits bietet sich so die Möglichkeit, einen etwas größeren Teilnehmer*innenkreis zu gewinnen.

Die organisierte **Begleitung von Menschen zum Wahlbüro**, um marginalisierten Gruppen den Stellenwert demokratischer Abläufe und Prozesse zu verdeutlichen. Dieses Vorgehen lässt sich zwar nur bedingt stadtteilweit umsetzen, da es relativ aufwändig in der Organisation ist. Dennoch stellt es einen effektiven Ansatz dar, der für die eine oder andere klar umrissene Zielgruppe – in Verbindung mit Aktionen oder Kampagnen – hilfreich sein könnte.

9.2 Förderung von Engagement und Beteiligung

- *Lokale Engagementkultur fördern und verankern*: Eine lebendige Kultur des freiwilligen Engagements im Stadtteil entsteht, wenn es Organisationen, Einrichtungen und Projekten gelingt, Anliegen, Bedarfe und Wünsche der Wohnbevölkerung aufzugreifen, konkrete und vielfältige Anknüpfungspunkte für das Engagement vor Ort zu schaffen sowie lebensweltnahe Angebote der Engagementförderung zu entwickeln und zu etablieren. Die Stärkung sozialräumlicher Angebote und Einrichtungen, die Förderung von freiwilligem Engagement und politischer Partizipation, die Anerkennung und Wertschätzung von Engagement, die Anregung von Vernetzung und Kooperation sowie die Verzahnung der Stadtteilentwicklungspolitik mit der gesamtstädtischen Politik bilden hierfür wesentliche Grundlagen (vgl. Gesemann/Roth 2015: 73ff.).
- *Begegnungsmöglichkeiten durch interkulturelle Öffnung schaffen*: Gesellschaftliche Spaltung profitiert von einem Mangel an Berührungspunkten zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. In der Abwesenheit von Begegnung und Austausch können sich Vorurteile leichter verbreiten und soziale Fronten schneller verhärten (vgl. Gesemann/Schwarze/Seidel 2019: 155f.). Das Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten im Rahmen aktionsbasierter Formate kann diesen Tendenzen entgegenwirken. Dabei ist es wichtig, dass sich Bewohner*innen aus allen Bevölkerungsgruppen willkommen fühlen und die Angebote wahrnehmen. Die Berücksichtigung der Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen sowie das Leitmotiv der interkulturellen Öffnung sind daher für diesen Prozess wichtige Elemente.

- *Rechtspopulismus mit sozialraumorientierter politischer Bildung entgegenwirken:* Die gesamtgesellschaftlich wahrnehmbaren zunehmenden rechtspopulistischen Dynamiken wirken sich auch auf Stadtteil- und Quartiersebene aus. Eine demokratiefördernde Gemeinwesenarbeit muss sich in einigen lokalen Kontexten der Herausforderung einer politischen Aktivierung der Bewohner*innen angesichts hoher Zustimmungsraten für rechtspopulistische Organisationen und Parteien stellen. Vor allem in diesen Situationen, aber grundsätzlich an allen Orten mit niedriger zivilgesellschaftlicher und politischer Beteiligung, können Ansätze aus dem Bereich der politischen Bildung eine wichtige Ergänzung zur ‚klassischen‘ Gemeinwesenarbeit darstellen (vgl. Görtler 2018).

Die **Förderung von Demokratiekompetenzen** in Form von Einstellungen und Werten, praktischen Handlungsfertigkeiten, Wissen und kritischem Denken sollte frühzeitig ansetzen. Anknüpfungspunkte bieten die Verankerung von Demokratie- und Engagementlernen in Kita, Schule und Stadtteil (Klassenräte, Kinder- und Jugendparlamente, Engagement- und Beteiligungsprojekte). **Kinder und Jugendliche**, die die Erfahrung machen, durch Engagement und Beteiligung etwas bewirken zu können, werden selbstbewusst und erwerben Fähigkeiten, die sich auf ihren individuellen Lebensweg, das soziale Miteinander und die Zukunft der Demokratie positiv auswirken werden. Demokratiepoteziale können zudem durch eine **Öffnung von Bildungseinrichtungen gegenüber dem Gemeinwesen** und eine umfassende **Beteiligungskultur** erschlossen werden.

Insbesondere durch **aktivierende, begleitende und unterstützende Formate** können Bewohner*innen bei ihren ‚Bedürfnissen‘ abgeholt und **Engagementpotenziale** gehoben werden. Hierzu gehören **klassische Nachbarschaftsaktionen** (wie z.B. Müllsammelungs- und Putzaktionen) ebenso wie eine **Unterstützung der Selbstorganisation** zur Überwindung individueller Ohnmachtsgefühle (wie z.B. Mieterinitiativen, die sich gegen übermächtig erscheinende Wohnungsunternehmen zur Wehr setzen). Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf Bevölkerungsgruppen gerichtet werden, die als schwerer erreichbar gelten (Alleinerziehende, Zugewanderte etc.), um sie an Angebote und Einrichtungen im Stadtteil heranzuführen. **Lotsen-, Mentoring- und Patenschaftsprojekte** haben sich dabei als besonders geeignet erwiesen, um Integration und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchtgeschichte durch brückenbildendes soziales Kapital zu fördern.

Gruppenübergreifende aktionsbasierte Formate, beispielsweise gemeinschaftliches Gärtnern oder Kochen, bieten einen strukturierten Rahmen, innerhalb dessen Begegnung und Austausch zwischen verschiedenen Gruppen von Bewohner*innen stattfinden können. Durch eine professionelle Begleitung dieser Angebote kann sichergestellt werden, dass sie für alle Beteiligten ein **sicherer, anfeindungsfreier Raum** sind, in dem potenziell auftretende Konflikte konstruktiv gelöst werden. Der Fokus auf eine Aktion statt auf ein inhaltliches Diskussionsthema ermöglicht zudem einerseits die Öffnung des Angebots für möglichst viele unterschiedliche Menschen außerhalb eines politischen Rahmens, andererseits bietet das gemeinsame Tun eine niedrigschwellige Gesprächsgrundlage für die Teilnehmenden.

9.3 Ausbau von Beteiligungsstrukturen in der Kommune

- *Qualität der lokalen Demokratie verbessern:* Kommunen können die Qualität der lokalen Demokratie insbesondere durch eine Politik verbessern, die durch Stadtteilbezug, Diversitätssensibilität, Engagementförderung und die Beteiligung von Bewohner*innen geprägt ist. Dazu gehört, soziale Netze und Verbundenheit in einer solidarischen Stadt zu stärken, den Blick für die Vielfalt und die Potenziale von Gemeinschaften, Lebensweisen und Milieus zu schärfen sowie tragfähige Brücken zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu bauen und Konflikten entgegenzuwirken. Engagement und Beteiligung sollten diversitätssensibel, inklusiv und nachhaltig gefördert, Anknüpfungspunkte und Gelegenheiten für die Erfahrung von (politischer) Selbstwirksamkeit geschaffen sowie das Vertrauen der Menschen in die Gestaltbarkeit und Offenheit politischer Prozesse gestärkt werden.
- *Politischer Ungleichheit in der Kommune entgegenwirken:* Kommunen sollten verschiedene Beteiligungsinstrumente nutzen, um auf eine mangelnde Repräsentation von bestimmten Bevölkerungsgruppen zu reagieren. Besonders geeignet erscheinen hierbei Bürgergremien, deren Mitglieder durch eine Zufallsauswahl aus der Bevölkerung bestimmt werden. Solche Gremien könnten zu bestimmten Sachfragen eingesetzt werden und die Arbeit der kommunalen Parlamente durch selbst erarbeitete Empfehlungen ergänzen. Sie könnten Anhörungen durchführen, sich durch Expert*innen beraten lassen und würden idealerweise auch über ein eigenes Budget verfügen, das für Projekte vor Ort verwendet werden könnte, um Partizipation attraktiv zu machen (vgl. Schäfer 2015: 242).
- *Politische Teilhabe durch vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten fördern:* Kommunen können die lokale Demokratie durch verschiedene Formen politischer Partizipation stärken. Anknüpfungspunkte bieten repräsentative Strukturen (Stadt- und Gemeindevertretungen, Stadtteilbeiräte, Ausländer- oder Integrationsbeiräte), direktdemokratische Instrumente (Referenden, Bürgerhaushalte, Bewohnerfonds) und deliberative Partizipationsformen (Bewohnerorganisationen, Bürgerforen und Quartiersräte, Nachbarschafts- bzw. Stadtteildialoge, Kinder- und Jugendparlamente). Die Gemeinwesenarbeit könnte hierbei Menschen aktivieren und stärken, kollektive Handlungskompetenzen fördern, sowie zwischen repräsentativ-demokratischen Strukturen und den Lebenswelten der Menschen im Stadtteil vermitteln.

Menschen entscheiden sich nicht selten gegen eine **Stimmabgabe bei Wahlen**, weil sie sich im politischen System nicht repräsentiert fühlen und/oder unsicher sind, was sie mit einer Stimme überhaupt verändern/beeinflussen können. Es könnte daher sinnvoll sein, Informationsformate auch außerhalb des Wahlkampfs anzubieten. Hier würde der Fokus dann nicht auf den Profilen der Kandidat*innen, sondern auf der Struktur des politischen Systems in Deutschland und der Relevanz politischer Beteiligung liegen. Selbst wenn diese Veranstaltungen nicht sehr gut besucht sind, besteht die Hoffnung, dass durch eine gewisse Regelmäßigkeit eine größere Anzahl an Menschen erreicht wird.

Mit Hilfe von Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit könnten **Wahlprüfsteine** zum Umgang der lokalen Politik mit bestimmten Themen oder Herausforderungen entwickelt werden, um die zur Kommunalwahl antretenden Parteien und Personen nach ihren Konzepten zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Quartier (z.B. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Schutz vor Verdrängung), der sozialen Infrastruktur oder zur Verbesserung der Lebenssituation bestimmter Gruppen (z.B. Jugendliche oder neu zugewanderte Menschen) zu befragen.

Die **politischen Parteien** sollten in die Pflicht genommen werden, sich dem Dialog mit Bewohner*innen auch außerhalb der Wahlkampfperioden und auch in weniger ‚beliebten‘ Stadtvierteln zu stellen. Durch mehr Kontakt und Begegnungen mit (Lokal-) Politiker*innen im Alltag – also auch im Rahmen von Veranstaltungen, deren Fokus nicht primär auf einer politischen Informationskampagne liegt –, entdecken vielleicht mehr Menschen den Stellenwert (lokaler) Politik für ihr Leben. Außerdem lernen sie so die Namen und Gesichter der lokalen Ansprechpartner*innen kennen, die dann auch auf dem Stimmzettel bereits bekannt sind – es würde sich also sicherlich auch für die Parteien auszahlen, in weniger privilegierten Gebieten präsenter und besser vernetzt zu sein.

Eine **persönliche Ansprache** ist in der Regel wirksamer als ein allgemeines Informationsangebot. Es erscheint lohnenswert, das Thema ‚Wahlen‘ in unterschiedlichen Kontexten zu thematisieren, beispielsweise im Nähkreis, Sprachcafé und an anderen Orten, wo Menschen regelmäßig in ihnen vertrauten Gruppen zusammenkommen. So könnte mit der Zeit ein größeres Bewusstsein für den Stellenwert von Wahlen geschaffen und, bei Interesse, auch ein gemeinsamer Wahlgang oder das gemeinsame Beantragen der Briefwahl organisiert werden. Außerdem können die Teilnehmer*innen ihrerseits wiederum zu Multiplikator*innen im Familien- und Bekanntenkreis werden. Zusätzlich gibt es hier das Potenzial, dass im persönlichen Gespräch Fragen und Bedarfe der Menschen deutlicher zur Sprache kommen als bei einer allgemeinen Informationsveranstaltung, wobei aus diesen wiederum u.U. ein gezielteres und dadurch ansprechenderes Veranstaltungsformat abgeleitet werden kann.

10 Literatur

- Allen, Danielle 2020: Politische Gleichheit. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2017. Berlin: Suhrkamp.
- Amt für Stadterneuerung der Stadt Dortmund o.D.: Nachbarschaftlicher Austausch. dortmund.de. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/planen_bauen_wohnen/stadterneuerung/projekte_stadterneuerung/stadterneuerung_nordstadt/qm_nordstadt/aktivitaeten_qmn/nachbarschaftlicher_austausch_qm.html [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Barber, Benjamin R. 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch [Original erschienen 1984: Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age. Berkely: University of California Press].
- Bertelsmann Stiftung/ Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) 2014: Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Blaeser, Maximilian/ Butzlaff, Felix/ Micus, Matthias/ Pausch, Robert/ Scalabrino, Giannina 2016: Wahl und Nichtwahl. Politikeinstellungen und Politik-Hoffnungen in Göttinger Stadtvierteln. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Blinkert, Baldo/ Klie, Thomas 2019: Einführung: Sozialstruktur und demokratische Integration. In: Klie, Thomas (Hrsg.) Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-10.
- Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2013: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) 2019: 20 Jahre integrierte Quartiersentwicklung. Die Soziale Stadt. Berlin: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.
- Bonacker, Thorsten 2009: Warum Gesellschaften Konflikte brauchen. Streitkultur in sozialwissenschaftlichen Konflikttheorien. In: kursiv- Journal für politische Bildung, 3, S. 12-19.
- Bundeszentrale für politische Bildung 2020: Voll- und Teilzeitbeschäftigte. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61705/voll-und-teilzeitbeschaeftigte> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. 2019: Mittendrin – 40 Jahre Gemeinwesenarbeit Friedrichsthal. Verfügbar unter: https://www.caritas-gwa-friedrichsthal.de/fileadmin/Veroeffentlichungen/40Jahre_GWA_2019.pdf [zuletzt abgerufen am 24.09.2021].
- Decker, Frank/Best, Volker/ Fischer, Sandra/ Küppers, Anne 2019: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Dege, Yonca/ Eichhorn, Jan/ Nicke, Sascha/ Spöri, Tobias 2021: Wer kann mitmachen #1-Politische Beteiligung, Selbstidentifikation und Rassismuserfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichten in Deutschland. Berlin: d|part.
- Der Appell von Mannheim 2018: Den Blick für die Demokratie schärfen! Für eine aktive Stadt- und Quartierspolitik mit einem handlungsfähigen, gestaltenden Staat und einer glaubwürdigen

Bürgerbeteiligung. Mannheim. Verfügbar unter: <https://kopfmaennchen.files.wordpress.com/ap-pell-von-mannheim.pdf> <https://kopfmaennchen.files.wordpress.com/ap-pell-von-mannheim.pdf> [zuletzt abgerufen am 13.10.2021].

Deutscher Städtetag 2013: Thesen zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie (Beschlussen vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages am 7. November 2013 in Berlin). Berlin. Verfügbar unter: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/thesen-papier_lokale_demokratie_endfassung_ha_07_11_2013.pdf [zuletzt abgerufen am 13.10.2021]

Dewey, John 2011: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. [Original erschienen 1927: *The Public and its Problems*. New York: Holt Publishers]. Aus dem Amerikanischen von Wolf-Dietrich Junghanns. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hans-Peter Krüger. Berlin/Wien: Philo.

Dinter, Jan 2019: Politischer Strukturwandel? Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 69, 1-3, S. 31-38.

Döring, Helge/ Kurtenbach, Sebastian 2020: Dialog in der Dauerkrise. Einblicke in die Alltagsbewältigung armutsgeprägter Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien in die Dortmunder Nordstadt. In: Bochmann, Cathleen/ Döring, Helge (Hrsg.): *Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 187-217.

Dortmunder Statistik o.D.: Bevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in den Statistischen Bezirken am 31.12.2020. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf_statistik/bevoelkerung/02_02_Bevoelkerung_Geschlecht_Staatsangehoerigkeit_Statistische_Bezirke.pdf [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].

Farwick, Andreas/ Hanhörster, Heike/ Knorn, Tobias/ Ramos Lobato, Isabel/ Staubach, Reiner/ Striemer, Wiebke/ Zilske, Dennis 2019: *Soziale Integration im Quartier. Förderung von Netzwerken und Begegnungen in benachteiligten Sozialräumen*. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Gesemann, Frank 2021: Lokale Demokratie: Strategien der Gemeinwesenarbeit und Handlungsschwerpunkte der Kommunalpolitik. In: Gesemann, Frank/ Riede, Milena (Hrsg.): *Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie*. Berlin, S. 84-98. Verfügbar unter https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._21_GWA_und_lokale_Demokratie.pdf [zuletzt abgerufen am 21.10.2021]

Gesemann, Frank/ Freudenberg; Lea/ Höfler, Leif Jannis 2021a: Die Verhältnisse zum Schwingen bringen – Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie. In: *Migration und Soziale Arbeit*, 1, 2021, S. 276-283. Verfügbar unter: https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/zeitschriften/migration_und_soziale_arbeit/article/Journal.html?tx_beltz_journal%5Barticle%5D=47148&cHash=a8730765cb1bca2aac850cd84b08ccc3 [zuletzt abgerufen am 21.10.2021].

Gesemann, Frank/ Freudenberg, Lea/ Höfler 2021b: Strategien der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung lokaler Demokratie. In: *eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 7/2021* vom 14.07.2021.

Gesemann, Frank/ Höfler, Leif Jannis 2021: Wachsende sozialräumliche Spaltungen erfordern neue Wege der Beteiligung. Ergebnisse eines Forschungsprojekts zu Potenzialen von

Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie: In: BBE – Newsletter für Engagement und Beteiligung, 09/2021 Verfügbar unter: https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2021/05/Newsletter-9-Gesemann-Hoefler.pdf [zuletzt abgerufen am 21.10.2021].

- Gesemann, Frank/ Riede, Milena (Hrsg.) 2021: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Unter Mitarbeit von Lea Freudenberg, Alexander Seidel, Amanda Groschke und Antje Bruno. Eine Studie des DESI -Instituts für Demokratie Entwicklung und Soziale Integration in Kooperation mit der Hochschule für Angewandte Pädagogik. Abschlussbericht. Berlin 2021: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Verfügbar unter https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._21_GWA_und_lokale_Demokratie.pdf [zuletzt abgerufen am 21.10.2021]
- Gesemann, Frank/ Roth, Roland 2015: Engagement im Quartier. BBSR Online-Publikationen, 04/2015. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Verfügbar unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2015/ON042015.html> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Gesemann, Frank/ Schwarze, Kristin/ Seidel, Alexander 2019: Städte leben Vielfalt. Fallstudien zum sozialen Zusammenhalt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Bestellbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/staedte-leben-vielfalt>.
- Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander 2021a: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße Nord in Berlin Spandau. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, überarbeitete Fassung, März 2021.
- Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander 2021b: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße Nord in Hamburg St. Pauli Süd. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, überarbeitete Fassung, März 2021.
- Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander 2021c: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in der Dortmunder Nordstadt. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, überarbeitete Fassung, März 2021.
- Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander 2021d: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Dresden Prohlis. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, überarbeitete Fassung, März 2021.
- Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander 2021e: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in der Stadt Düren. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale

- Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, überarbeitete Fassung, März 2021.
- Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander/ Freudenberg, Lea (DESI)/ Riede, Milena/ Groschke, Amanda (HSAP) 2019: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Zwischenbericht. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration/ Hochschule für Angewandte Pädagogik (HSAP).
- Görtler, Michael 2018: Sozialraumorientierte politische Bildung – Didaktische Überlegungen zu einem politisch-bildenden Handlungskonzept der Sozialen Arbeit. In: sozialraum.de, 10/1 Online verfügbar unter <https://www.sozialraum.de/sozialraumorientierte-politische-bildung.php> [zuletzt abgerufen am 14.10.2021].
- Gottmann, Veronika 2017: Herausforderung Quartiersmanagement. Engagement in Gebieten mit besonderen sozialen Bedarfen am Beispiel des Stadtteil Dresden Prohlis. In: Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Heft 18, S. 157-163.
- Guill, Vera/ Schneider, Jan/ Tonassi, Timo/ Wittlif, Alex 2020: Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Forschungsbereich.
- GWA St. Pauli o.D.: Theatervorstellungen. Verfügbar unter: <https://gwa-stpauli.de/theater.html> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hansen, Scholastika/ Wacker, Susanne/ Wezel, Hannes 2021: Nachbarschaftsgespräche: Niedrigschwellig, aufsuchend, nahe am Menschen. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Zugänge erschließen – Austausch ermöglichen. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 43-52.
- Heitmeyer, Wilhelm/ Borstel, Dierk/ Grau, Andreas/ Wandschneider/ Marth, Julia 2010: Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden. Bielefeld: Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung/ Landespräventionsrat Sachsen.
- Herringer, Norbert 2020: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 6., erweiterte und aktualisierte Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.
- Holm, Andrej 2014: Wiederkehr der Wohnungsfrage. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64, 20-21, S. 25-30.
- Hummel, Siri/ Strachwitz, Rupert Graf 2021: Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 71/ 13–15, S. 35-41.
- IntMK (Hrsg.) 2021: Sechster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder. Bericht 2021. Berichtsjahre 2017-2019 und Bund-Länder-Integrationsbarometer 2020. Internetportal: „Integrationsmonitoring der Länder“ (www.integrationsmonitoring-laender.de). Herausgeber: Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK).

- Jörke, Dirk 2019: Die Größe der Demokratie: Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation. Berlin: Suhrkamp.
- Jugendforum Nordstadt o.D.: Jugendforum: Jugendforum Nordstadt. Verfügbar unter: <https://www.jugendforum-nordstadt.de/index.php?/pages/Jugendforum.html> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Kabis-Staubach, Tülin/ Staubach, Reiner 2017: Beteiligung und Aktivierung im Stadtteil. Wissenschaftliche Betrachtungen und praktische Erfahrungen aus dem Planerladen in der Dortmunder Nordstadt. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2017 vom 06.04.2017.
- Karnick, Nora/ Simonson, Julia/ Tesch-Römer, Clemens 2021: Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Institutionen und der Demokratie. In: Simonson, Julia/ Kelle, Nadiya/ Kausmann, Corinna/ Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersforschung (DZA), S. 252-274.
- Kausmann, Corinna/ Kelle, Nadiya/ Simonson, Julia/ Tesch-Römer, Clemens 2021: Freiwilliges Engagement – Bedeutung für Gesellschaft und Politik In: Simonson, Julia/ Kelle, Nadiya/ Kausmann, Corinna/ Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersforschung (DZA), S. 276-281.
- Klie, Thomas (2019): Demokratische Integration. Strukturbedingungen von Regionen und ihr Einfluss auf Wahlbeteiligung und freiwilliges Engagement. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 46, S. 41-48
- Kuder, Thomas 2019: Lokale Demokratie. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS, S. 29-38.
- Ladner, Andreas/ Bühlmann, Marc 2007: Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegröße und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie. Zürich/Chur: Rüegger.
- Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) 2017: Wir entfalten Demokratie. Lokales Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden 2017 bis 2022. Dresden. Verfügbar unter: https://www.dres-den.de/media/pdf/broschueren/lokales_Handlungsprogramm_web.pdf [zuletzt abgerufen am 03.01.2020].
- Landeshauptstadt Dresden 2019a: Wahl Stadtbezirksbeirat 2019 – Prohlis. Verfügbar unter: https://wahlen.dresden.de/2019/sbbw/ergebnisse_ortsamt_8.html [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Landeshauptstadt Dresden 2019b: Ergebnisse der Landtagswahl 2019 in der Landeshauptstadt Dresden. Pressemitteilung vom 02.09.2019. Verfügbar unter: https://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/presse-mitteilungen/2019/09/pm_006.php [zuletzt abgerufen am 03.04.2020].
- Landeshauptstadt Dresden 2019c: Dresden in Zahlen. II. Quartal 2019. Verfügbar unter: https://www.dresden.de/media/pdf/statistik/Dresden_in_Zahlen_2019_II_Quartal.pdf [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Landeshauptstadt Dresden 2021a: Bundestagswahl 2021. 71 – Prohlis-Nord. Verfügbar unter: https://wahlen.dresden.de/2021/btw/ergebnisse_stadtteil_71.html [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].

- Landeshauptstadt Dresden 2021b: Bundestagswahl 2021. 72 – Prohlis-Süd. Verfügbar unter: https://wahlen.dresden.de/2021/btw/ergebnisse_stadtteil_72.html [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Landeshauptstadt Dresden 2021c: Bundestagswahl 2021. Wahlkreise Dresden I und Dresden II – Bautzen II. Verfügbar unter: <https://wahlen.dresden.de/2021/btw/index.html> [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Merkel, Wolfgang 2015: Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, S. 473-498.
- Merkel, Wolfgang/ Kneip, Sascha/ Weißels, Bernhard 2020: Zusammenfassung und Ausblick: Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie. In: Kneip, Sascha/ Merkel, Wolfgang/ Weißels, Bernhard (Hrsg.): Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 389-407.
- Mosaik o.D.: Über Uns – Idee. Verfügbar unter: <https://www.mosaik.eu/%C3%BCber-uns/idee/> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg 2017: Programmatische Grundlage. Verfügbar unter: <http://www.rechtaufstadt.net/beispiel-seite> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Nolte, Paul 2011: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, S. 5-12.
- Oehler, Patrick 2021: Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung.
- Park Fiction 2016: Kollektive Wunschproduktion und das Recht auf Stadt. Verfügbar unter: <https://park-fiction.net/kollektive-wunschproduktion/> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Planerladen o.D.: Nord trifft Süd: Bürgerforum erfolgreich gestartet. Verfügbar unter: https://www.planerladen.de/fileadmin/Dateien/PL/Projektbereiche/Begegnung/Nord-TrifftSued/1._Buergerforum-Bericht_12.10.2011.pdf [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Potz, Petra/ Güntner, Simon/ Rosenow, Roland/ Zimmer-Hegmann, Ralf/ Matzke, Felix Leo 2020: Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt. Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsvorsorge, Städtebauförderung und Sozialer Arbeit. Studie im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Berlin.
- Przeworski, Adam 2020: Krisen der Demokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Putnam, Robert 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.
- OECD 2005: Definition und Auswahl von Schlüsselkompetenzen. Zusammenfassung. Online verfügbar unter: <https://www.oecd.org/pisa/35693281.pdf> [zuletzt abgerufen am 30.11.2020].
- Quartiersmanagement Prohlis o.D.: Ein Bürgerhaus für den Stadtteil im Palitzschhof. Verfügbar unter: <http://qm-prohlis.de/Buergerhaus-Prohlis.166.html> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].

- Quartiersmanagement Trier-West 2021: Überbrücken: Neues aus Trier-West/Pallien. Trier. Verfügbar unter: https://www.caritas-region-trier.de/cms/contents/caritas-region-trier/medien/dokumente/i-3-lebensraeume/stadtteilzeitschrift1/2021_02_ueberbruecken.pdf?d=a&f=pdf [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Rosa, Hartmut 2016: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut 2019: Demokratie und Gemeinwohl. Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung. In: Ketterer, Hanna/ Becker, Karina (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: Suhrkamp, S. 160-188.
- Samtleben, Claire 2019: Auch an erwerbsfreien Tagen erledigen Frauen einen Großteil der Hausarbeit und Kinderbetreuung. DIW Wochenbericht Nr. 10/2019. Verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.616021.de/19-10-3.pdf [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Schafer, Sarah o.D.: Park Fiction. Eine Grünfläche am Hamburger Hafen. hamburg.de. Verfügbar unter: <https://www.hamburg.de/sehenswuerdigkeiten/2926780/park-fiction/> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Schäfer, Armin 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus.
- Schäfer, Armin/ Roßteutscher, Sigrid 2015: Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl. In: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, S. 90-118.
- Schäfer, Armin/ Zürn, Michael 2021: Die demokratische Regression. Berlin: Suhrkamp.
- Schnur, Olaf/ Krüger Kirsten/ Drilling, Matthias/ Niermann Oliver 2019: Quartier und Demokratie – eine Einführung. In: Schnur, Olaf/ Drilling, Matthias/ Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS. S. 1-25.
- Seidel, Alexander/ Gesemann, Frank 2021: Sozialer Zusammenhalt und demokratische Integration im Stadtteil – Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten. In: Gesemann, Frank/ Riede, Milena (Hrsg.): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, S. 46-60. Verfügbar unter https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._21_GWA_und_lokale_Demokratie.pdf [zuletzt abgerufen am 21.10.2021]
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2018: Beteiligungsmodelle in der Sozialen Stadt. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Verfügbar unter: https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/user_upload/SoS_2018-07-06_Flyer-Beteiligung.pdf [zuletzt abgerufen am 30.08.2021].
- St. Pauli selber machen o.D.1: Wir über uns. Verfügbar unter: <https://www.st-pauli-selber-machen.de/st-pauli-selber-machen/> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].

- St. Pauli selber machen o.D.2: Gruppen & Initiativen. Verfügbar unter: <https://www.st-pauli-selber-machen.de/gruppen-initiativen/> [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Stadt Dortmund 2018: Zehn Jahre Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund vor Ort. Dortmund: Stadt Dortmund: Dezernat für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Sport und Freizeit. Stadträtin Birgit Zorner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Sport und Freizeit.
- Stadt Dortmund 2020: Ergebnis – Stadt Dortmund – Innenstadt-Nord – Bezirksvertretungswahl 13.09.2020. Verfügbar unter: https://wahlen.digistattdo.de/wahlergebnisse/Kommunalwahl2020/05913000/presentation/ergebnis.html?wahl_id=24&stimmentyp=0&id=ebene_8_id_1 [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Stadt Dortmund 2021a: Ergebnis – Stadt Dortmund – Innenstadt-Nord – Wahl zum Deutschen Bundestag 26.09.2021 – Zweitstimmen. Verfügbar unter: https://wahlen.digistattdo.de/wahlergebnisse/Bundestagswahl2021/05913000/presentation/ergebnis.html?wahl_id=32&stimmentyp=1&id=ebene_8_id_1 [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Stadt Dortmund 2021b: Ergebnis – Stadt Dortmund – Wahl zum Deutschen Bundestag 26.09.2021 – Zweitstimmen. Verfügbar unter: https://wahlen.digistattdo.de/wahlergebnisse/Bundestagswahl2021/05913000/presentation/ergebnis.html?wahl_id=32&stimmentyp=1&id=ebene_3_id_1 [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2021: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2020. Nürnberg. Verfügbar unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Frauen-und-Maenner/generische-Publikationen/Frauen-Maenner-Arbeitsmarkt.pdf?__blob=publicationFile [zuletzt abgerufen am 26.08.2021].
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019a: Bevölkerung in Hamburg am 31.12.2018. Statistische Berichte. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_S_1_j_H/A_I_S1_j18.pdf [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019b: Analyse der Wahlen zu den Bezirksversammlungen in Hamburg am 26. Mai 2019. Teil 3: Stadtteilergebnisse, Wahlverhalten nach soziostrukturellen Merkmalen. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bezirksversammlungenwahlen/2019/Analyse/Wahlanalyse_2019_Teil_3_ENDG%C3%9CLTIG.pdf [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019c: Ergebnispräsentation der vorangegangenen Wahlen in Hamburg. Bezirksversammlungswahl 2019 (26.05.2019). Verfügbar unter: <https://www.wahlen-hamburg.de/wahlen.php?site=left/gebiete&wahltyp=6#> [zuletzt abgerufen am 01.10.2021].
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2021a: Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2021 in den Hamburger Stadtteilen (Zweitstimmen). Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien in Prozent. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bundestagswahlen/2021/Bezirke_und_Stadtteile/e_Tab_26_BTW2021_HH_Stadtteile.pdf [zuletzt abgerufen am 15.10.2021].

- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2021b: Endgültige Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 (Zweitstimme mit Briefwahl) in den Hamburger Stadtteilen. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bundestagswahlen/2021/Wahlbezirke-Download/e_Tab_30_BTW2021_HH_Zweit_Stadtteile.xlsx [zuletzt abgerufen am 15.10.2021].
- Staubach, Reiner 2013: Der Planerladen e. V. in der Dortmunder Nordstadt: Von der „Hinterraumplanung“ zum Aufbau eines Praxisnetzwerks zur integrierten Stadtteil- und Quartiersentwicklung. In: Bömer, Hermann/Zimmermann, Daniel (Hrsg.): Stadtentwicklung in Dortmund seit 1945: Nordstadt-, Energie-, Gesundheits-, Beschäftigungs- und Bahnhofspolitik. Essen: Klartext.
- Stövesand, Sabine 2017: GWA als Akteurin in Gentrifizierungsprozessen. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 4, S. 193-197.
- Stövesand, Sabine 2019: Gemeinwesenarbeit. In: socialnet Lexikon [online]. Bonn: socialnet. Verfügbar unter: <https://www.socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit> [zuletzt abgerufen am 13.12.2019].
- Strukelj, Tanja 2020: Wie Streit die Demokratie stärken kann: Nicole Deitelhoff über Potenziale und Grenzen der demokratischen Streitkultur. Normative Orders – Forschungsverbund der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Verfügbar unter: <https://www.normativeorders.net/de/aktuelles/forschung-aktuell/7661-wie-streit-die-demokratie-staerken-kann-nicole-deitelhoff-ueber-potenziale-und-grenzen-der-demokratischen-streitkultur> [zuletzt abgerufen am 14.10.2021].
- Tribble, Renée/ Wedler, Patricia 2019: Der PlanBuden-Prozess: Das Interesse des Stadtteils als Grundlage von Planung. In: Schnur, Olaf/ Drilling, Matthias/ Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. S. 203-214. Wiesbaden: Springer VS, S. 203-214.
- Twickel, Christoph 2020: Paloma-Viertel: Kaufen, wo andere nicht mehr können. ZEIT-ONLINE vom 13. Februar 2020. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/hamburg/2020-02/hamburg-reeperbahn-paloma-viertel-immobilien-grundstueck-neubau> [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].
- Wagner, Sabine 2019: Lokales Demokratie-Update. Wirkung dialogorientierter und direktdemokratischer Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: Springer VS.
- Wiesner, Claudia 2018: Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate (Hrsg.) 2021: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Zu Hause in Prohlis o. D.: Über das Projekt. Verfügbar unter: <https://zuhaeuse-in-prohlis.de/ueber-das-projekt/> [zuletzt abgerufen am 12.10.2020].

Herausgeber

Das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) ist ein privates sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich für die Förderung von Zivilität und bürgerschaftlichem Engagement sowie die Weiterentwicklung und Verwirklichung von Bürger- und Kinderrechten einsetzt. Zu den Schwerpunkten von DESI gehören wissenschaftliche Expertisen, Evaluationen und Wirkungsanalysen von Programmen und Projekten sowie die Beratung und Begleitung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Die Arbeits- und Forschungsschwerpunkte des Instituts liegen in den Themenfeldern Demokratie und Zivilgesellschaft, Engagement und Beteiligung, Migration- und Integration, Stadt- und Quartiersentwicklung sowie Kinder, Familie und frühpädagogische Institutionen.

Kontakt

Dr. Frank Gesemann

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Nymphenburger Str. 2, 10825 Berlin

Tel.: 030 / 814 86 502

E-Mail: info@desi-sozialforschung-berlin.de

Webseite: www.desi-sozialforschung-berlin.de